

121. Sitzung

am Dienstag, dem 5. März 2013, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 11367

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Sylvia Stierstorfer** und **Konrad Kobler** 11367

Regierungserklärung des Staatsministers für Umwelt und Gesundheit
"Gut.Leben.Bayern - intakte Umwelt, gesundes Leben"

Staatsminister Dr. Marcel Huber..... 11367 11402
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 11372
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 11376
Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER)..... 11378
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 11382
Julika Sandt (FDP)..... 11385 11386
Dr. Thomas Zimmermann (CSU)..... 11388 11390
11391
Ludwig Wörner (SPD)..... 11391
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 11394
Theresa Schopper (GRÜNE)..... 11396
Tobias Thalhammer (FDP)..... 11399 11400

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Sicher leben in Bayern - Kriminalität erfolgreich bekämpfen"

Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 11403
Harald Schneider (SPD)..... 11405
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)... 11406 11407
Susanna Tausendfreund (GRÜNE)..... 11407
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 11408
Josef Zellmeier (CSU)..... 11409
Manfred Ländner (CSU)..... 11410 11411
Staatsminister Joachim Herrmann..... 11411

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes und anderer Gesetze (Drs. 16/15695)**
- Erste Lesung -

Verweisung ohne Aussprache in den Verfassungsausschuss..... 11413

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Feiertagsgesetzes (Drs. 16/15696)**
- Erste Lesung -

Staatsminister Joachim Herrmann..... 11413
Franz Maget (SPD)..... 11414
Petra Guttenberger (CSU)..... 11415 11417
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 11416
Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 11417
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 11418
Tobias Thalhammer (FDP)..... 11418 11420
Peter Meyer (FREIE WÄHLER)..... 11419
Dr. Thomas Beyer (SPD)..... 11420

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 11421

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur **Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (Drs. 16/15831)**
- Erste Lesung -

Staatsminister Joachim Herrmann..... 11421
Reinhold Perlak (SPD)..... 11422
Andreas Lorenz (CSU)..... 11423
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER)..... 11423
Christine Kamm (GRÜNE)..... 11424
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 11424

Verweisung in den Kommunalausschuss..... 11425

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Leistungslaufbahngesetzes
 und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/15832)**

- Erste Lesung -

Staatssekretär Franz Josef Pschierer.....	11425
Stefan Schuster (SPD).....	11426
Ingrid Heckner (CSU).....	11426
Peter Meyer (FREIE WÄHLER).....	11427
Claudia Stamm (GRÜNE).....	11428
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....	11429

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 11429

Gesetzentwurf der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
 Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**zur Kompensation der Studienbeiträge und zur
 Sicherung der Qualität in Studium und Lehre
 mittels Studierendenboni (Studierendenboni-
 gesetz - StudiboG) (Drs. 16/15834)**

- Erste Lesung -

Isabell Zacharias (SPD).....	11429	11431
	11431	11432
Dr. Thomas Goppel (CSU).....	11431	

Jörg Rohde (FDP).....	11431
Eike Hallitzky (GRÜNE).....	11432
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER).....	11432
Ulrike Gote (GRÜNE).....	11433
Oliver Jörg (CSU).....	11435
Karsten Klein (FDP).....	11436

Verweisung in den Hochschulausschuss..... 11437

Gesetzentwurf der Staatsregierung
**zur Änderung des Bayerischen Besoldungs-
 gesetzes (Drs. 16/15035)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
 Dienstrechtsausschusses (Drs. 16/15850)

Beschluss..... 11437

Schlussabstimmung..... 11437

**Abstimmung
 über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge,
 die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung
 nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)**

Beschluss..... 11437

Schluss der Sitzung..... 11437

(Beginn: 14.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte, die Plätze einzunehmen. - Ich eröffne die 121. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Wenn alle ihre Plätze eingenommen haben, können wir fortfahren. -

Meine Damen und Herren, bevor ich in die Tagesordnung eintrete, möchte ich zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Jeweils einen runden Geburtstag feierten am 22. Februar Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer und am 28. Februar Herr Kollege Konrad Kobler. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin Erfolg für Ihre parlamentarische Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Umwelt und Gesundheit
"Gut.Leben.Bayern - intakte Umwelt, gesundes Leben"**

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich allen, die hier sitzen, einen herzlichen Dank aussprechen, dass Sie trotz dieses herrlichen Wetters geneigt sind, meiner Regierungserklärung zu lauschen.

In Bayern leben heute so viele Menschen wie nie zuvor, und es werden im Gegensatz zu anderen Bundesländern immer mehr. Allein 2011 sind fast 130.000 Menschen aus ganz Deutschland zu uns gezogen. Ich werte das als ein Kompliment für Bayern. Warum leben die Menschen so gerne bei uns in Bayern? Die Kollegen werden unterschiedliche Antworten geben. Bayern ist wirtschaftlich stark. Bayern bietet Beschäftigung. Bayern bietet Sicherheit. Bayern ist das Land, in dem Bildung groß geschrieben wird und man mit Geld ordentlich umgeht.

Ich spreche jetzt von meinem Verantwortungsbereich. Die Menschen schätzen die gute Gesundheitsversorgung mit hoch qualifizierten Ärzten und Krankenhäusern. Sie lieben in Bayern vor allem die intakte Natur und die wunderschönen Landschaften. 94 % der Bayern sagen, dass gerade diese schönen Landschaften und die Natur ihre Heimat ausmachen. Diese lebens- und lebenswerte bayerische Heimat wollen wir für

uns und unsere Kinder und Enkel bewahren. Das empfinde ich als Auftrag der bayerischen Umwelt- und Gesundheitspolitik.

Bayern steht für sauberes Wasser, klare Luft, gute Bodenqualität und für eine erstklassige Gesundheitsversorgung. In Bayern geht es uns gut. Dafür haben wir viel getan. Wir müssen aber auch an morgen denken; denn die Welt verändert sich ständig. Aktuell stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir müssen zum Beispiel unseren Teil dazu beitragen, dem Klimawandel entgegenzutreten. Wir müssen uns schon heute klug an seine Folgen anpassen.

Eng mit dem Klimaschutz verbunden ist ein planvoller Umbau unserer Energieversorgung. Wir müssen dabei eine schwierige Balance finden. Dieser Umbau muss sozialverträglich, aber auch klimaverträglich sein. Wir müssen außerdem darauf achten, dass Natur und Landschaftsbild bestmöglich geschont werden.

Nicht zuletzt fordert uns im Bereich Gesundheit der demografische Wandel. Die steigende Lebenserwartung der Menschen ist erfreulich. Sie erfordert aber auch frühzeitige Anpassung vor allem auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung. Mit unserer bayerischen Umwelt- und Gesundheitspolitik arbeiten wir heute für das lebenswerte Bayern von morgen. In den Jahren 2013 und 2014 investieren wir in Umwelt und Gesundheit insgesamt über 1,6 Milliarden Euro.

Wenn wir uns ans Werk machen, beachten wir drei große Wegweiser. Der erste Wegweiser, Generationengerechtigkeit, bedeutet für mich: Heute gut leben, aber auch unsere Kinder und Enkel morgen noch gut leben lassen. Der zweite Wegweiser ist die öffentliche Verantwortung für die Umwelt und ihre Naturschätze. Sie dürfen nicht zur reinen Handelsware werden. Der dritte Wegweiser besteht in der Vereinigung wirtschaftlicher und ökologischer Interessen. Die Donau steht für eine neue Leitidee für intelligentes Wachstum: optimieren statt maximieren.

Heute möchte ich Ihnen unsere Strategien für Klimaschutz und Energiewende, Umweltschutz und Gesundheit anhand konkreter Maßnahmen exemplarisch aufzeigen. Gleichzeitig muss ich sagen: Mein Haus ist so reich an Themen, dass ich in der Kürze der Zeit nur wesentliche Schlaglichter setzen kann. Für eine Vertiefung stehen Ihnen unsere Broschüre "Gut.Leben.Bayern" und unser Internetangebot zur Verfügung.

Der Klimawandel ist keine abstrakte Hypothese mehr. Er ist ein global erkennbares Faktum. Wir haben uns aus diesem Grund schon vor Jahren ehrgeizige CO₂-Einsparungsziele gesetzt und bauen unsere Energie-

versorgung aktiv um. Der beschlossene Kernkraftausstieg bis 2022 erfordert hierfür zusätzliche Anstrengungen und ein noch ambitionierteres Handeln.

Bayern zählt mit weitreichenden Klimaschutzmaßnahmen schon heute weltweit zu den klimafreundlichsten Industrieländern. Der energiebedingte CO₂-Ausstoß liegt mit sechs Tonnen pro Kopf und Jahr ein Drittel unter dem Bundesdurchschnitt von neun Tonnen. Bis 2020 wollen wir diesen Wert trotz gleichzeitigen Kernkraftausstiegs auch deutlich unter sechs Tonnen reduzieren. Bis 2030 könnte ich mir sogar fünf Tonnen vorstellen. 2013 und 2014 stellen wir im Haushalt des Ministeriums insgesamt 53 Millionen Euro für Klimaschutz und Energiewende bereit. So geben wir allein für die Renaturierung von Mooren als wichtige CO₂-Speicher 2013 und 2014 je 2,5 Millionen Euro aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nächste Woche jährt sich das fürchterliche Unglück von Fukushima zum zweiten Mal. Mit unserem bayerischen Energiekonzept, das wir gemeinsam mit Kollegen Zeil und seinem Haus erarbeitet haben, haben wir bereits damals die Weichen zur regenerativen Energieversorgung ohne Kernkraft gestellt. Bayern soll ein Modell für ein neues Energiezeitalter werden. Energie der Zukunft heißt für uns: versorgungssicher, umweltverträglich und bezahlbar.

Erstens treiben wir Energiesparen und Energieeffizienz voran. Wir wollen bis 2020 den Stromverbrauch in Bayern um 20 % reduzieren. Gemeinsam setzen wir dazu einen Zwölf-Punkte-Aktionsplan "Klimaschutz durch Energiesparen" um, den wir mit dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz erarbeitet haben.

Zweitens bauen wir die erneuerbaren Energien aus. Bis 2021 sollen sie 50 % unseres Stromverbrauchs decken. Bayern kommt damit gut voran. Bereits heute liegt ihr Anteil am Stromverbrauch bei über 33 %. Das ist ein bedeutender Erfolg. Zum Vergleich: Beim Bund sind es heute etwa 23 %.

Ich will aber nichts beschönigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind in einer schwierigen Phase. Wir erleben einerseits eine breite, abstrakte Zustimmung der Bevölkerung zu Energiewende und Kernkraftausstieg. Andererseits gibt es erhebliche Widerstände gegen lokale Projekte. Wir brauchen für die Energiewende die Akzeptanz der gesamten Bevölkerung, einen breiten Mix aller regenerativen Energien und eine kluge Balance zwischen den Schutzgütern Mensch, Natur und Landschaft.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dafür müssen wir gemeinsam werben.

Der Freistaat Bayern macht dabei seine Hausaufgaben. Wir steuern den Ausbau der erneuerbaren Energien verträglich für Umwelt und Landschaftsbild. Aber auch der Bund muss das Seinige dazu tun. Wir müssen bundesweit genau die Energieformen ausbauen und fördern, die wir für die Energieversorgung der Zukunft brauchen. Dazu ist ein neues Strommarktdesign nötig, das zügig entwickelt werden muss. Und wir müssen darauf achten, dass wir für die erneuerbaren Energien nicht mehr bezahlen als nötig, ohne dabei gleichzeitig den Ausbau zu behindern. Als Sofortmaßnahme zur Dämpfung des Strompreises sollte der Bund unter anderem eine deutliche steuerliche Entlastung vornehmen.

Bayerns schöne Landschaft und die vielfältige Natur sind für uns ein großer Reichtum. Mit seiner Biodiversitätsstrategie hat der Freistaat eine Vorreiterrolle übernommen. Wir wollen den Rückgang der Artenvielfalt bis 2020 stoppen. Wir gehen sogar noch weiter: Bis 2020 soll sich für 50 % der Arten die Gefährdungssituation um mindestens eine Stufe verbessert haben.

Um diese Ziele zu erreichen, investieren wir in den nächsten zwei Jahren insgesamt 90 Millionen Euro in Naturschutz und Landschaftspflege. Dabei können wir uns auf hoch kompetente und engagierte Partner verlassen.

Den bayerischen Weg eines kooperativen Naturschutzes zusammen mit Naturschutzverbänden und Landschaftspflegeverbänden, aber auch mit den Landwirten gehen wir ganz bewusst weiter. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei den vielen Ehrenamtlichen, die ihren Beitrag dazu leisten, herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Neu ist: Mit einem "Aktionsprogramm bayerische Artenvielfalt" geben wir unserer Biodiversitätsstrategie zusätzlichen Schwung. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf endemischen und stark bedrohten Pflanzenarten.

Wir bauen das "BayernNetz Natur" weiter aus. Wir sichern die Zukunft unserer beiden Nationalparks und der Naturschutzgebiete und machen sie noch attraktiver. Etwas Besonderes: Wir haben die große Freude, im Mai dieses Jahres im Nationalpark Berchtesgaden das neue "Haus der Berge" eröffnen zu können. Wir investieren hier 19 Millionen Euro in eine hochkarätige Attraktion des Nationalparks. Es wird auch ein Leuchtturm für unsere starke bayerische Umweltbildung

sein, mit der wir die Menschen für Bayerns Naturschätze begeistern wollen. Es gilt nämlich die Regel: Nur wenn sich die Menschen der Schätze bewusst sind, die wir in Bayern haben, helfen sie auch mit, sie zu schützen.

Dazu soll auch ein anderes Großprojekt dienen, das besonders aktuell ist. Wir erweitern das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön um gut 57.000 Hektar auf 130.000 Hektar. Diese Erweiterung wurde nur möglich mit Hilfe der Landkreise und Gemeinden, die dies als Herzensanliegen schon lange definiert haben. Gleichzeitig weisen wir die seit Langem erforderliche Kernzone aus, sichern damit zum einen den vorhandenen Teil des Biosphärenreservats und machen es zum anderen möglich, einen Antrag für die Erweiterung zu stellen.

Der Weg dorthin war übrigens nicht leicht. Gemeinsam mit Landkreisen, Gemeinden und dem Bund ist es mit einem großen Beitrag des Freistaats Bayern nunmehr gelungen, die notwendigen 3.915 Hektar für eine nutzungsfreie Kernzone fristgerecht bereitzustellen. Die abschließende Entscheidung ist justament heute Morgen im Ministerrat gefallen. Dies ist also eine topaktuelle Nachricht.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Erweiterung ist ein großer Erfolg für den Naturschutz, und sie ist auch für die ganze Region von Bedeutung. Das Biosphärenreservat ist nicht nur für die Natur wichtig, sondern auch für die Entwicklung und Attraktivität der Region, insbesondere für den Tourismus. Es ist nebenbei das größte Naturschutzprojekt dieser Legislaturperiode, und es ist auch ein Beispiel dafür, wie Großprojekte des Naturschutzes im Konsens aller und gemeinsam mit den Bürgern gelingen. Ein herzlicher Dank gilt allen Beteiligten, insbesondere den Bayerischen Staatsforsten, die zweieinhalbtausend Hektar und damit den größten Brocken beige-steuert haben, aber auch den Landkreisen und Gemeinden, die sich aktiv bemüht haben, und natürlich auch an die Bundeswehr und die Bundesvermögensverwaltung. Sie alle haben ihren Teil dazu beigetragen.

Beim heiß diskutierten Thema "naturschutzrechtlicher Ausgleich bei Eingriffen" stehen wir ebenfalls vor einem wichtigen Durchbruch. Wir haben hier eine neue, zukunftsweisende Konzeption erarbeitet. Sie stellt den Ausgleich auf eine neue Basis, zumindest was das Bundesnaturschutzgesetz angeht. Mit dieser Konzeption ist Bayern bundesweit Schrittmacher. Das Zauberwort, das dahintersteht, heißt Flexibilisierung. Wir konzentrieren uns nicht mehr auf die unmittelbare Nachbarschaft einer Eingriffsfläche, sondern betrach-

ten die ökologischen Zusammenhänge in einem größeren Bereich. Das eröffnet uns zusätzliche Möglichkeiten für den Ausgleich. Der oberste Grundsatz wird künftig sein: Qualität vor Quantität. Je hochwertiger der Ausgleich, desto weniger Fläche wird fällig.

Über Ökokonten entzerren wir den Ausgleich auch zeitlich. Mit alledem machen wir einerseits den Ausgleich qualitativ noch besser, noch gezielter, das heißt: Wir schaffen mehr Ökoprodukt, wie man es heute nennt. Andererseits schonen wir gerade unsere ertragreichsten und wertvollsten Ackerböden. Mit dieser Herangehensweise gewinnen meiner Meinung nach alle: Natur, Vorhabensträger und Landwirte.

Dabei bleibt der Grundsatz ähnlich wie bei der Energie erhalten: Die beste Fläche ist die, die wir nicht zu bauen. 18 Hektar pro Tag in Bayern sind immer noch zu viel. Hier werden wir unsere Anstrengungen intensivieren. Aber auch die Kommunen müssen mitmachen.

Den dicksten Knoten haben wir zweifellos beim Donaubau durchschlagen. Nach Jahrzehnten oft harter Auseinandersetzung schien das kaum noch im Konsens lösbar. Die Menschen vor Ort haben uns zuletzt bei der Donaureisung des bayerischen Ministerpräsidenten überzeugend und glaubwürdig gesagt: "Die frei fließende Donau ist für uns Heimat und ein großer Schatz. Wir werden dafür kämpfen." Ich glaube, sie haben recht. Ich sage das nicht nur, weil eine Umfrage zeigt, dass 74 % der Bayern eine ähnliche Position vertreten, sondern auch deswegen, weil ich davon überzeugt bin, dass der bayerische Donauraum in der Tat ein deutschlandweit einzigartiger Naturschatz ist. Die niederbayerische Donau ist ein wahrer Hotspot der Artenvielfalt. Bayern hat die Pflicht, diesen ökologischen Schatz zu bewahren.

Aber es geht nicht nur um Ökologie, sondern es gibt auch einen wirtschaftlichen Aspekt. Mit unserer bayerischen Entscheidung ergreifen wir die historische Chance, ein wirtschaftliches Großprojekt im gesellschaftlichen Konsens zu realisieren. Wir erfüllen das mit Leben, was ich vorher als neue Leitlinie für intelligentes Wachstum benannt habe: optimieren statt maximieren, um ökonomisch stark und zugleich ökologisch reich sein zu können.

Wir ertüchtigen die Donau für den Schiffsverkehr und verzichten dabei auf Staustufe und Kanal. Eines ist mir dabei ganz besonders wichtig: Wir starten schon jetzt mit voller Kraft durch beim dringend notwendigen Hochwasserschutz für die Menschen vor Ort. Bereits in diesem Jahr 2013 beginnen wir mit dem Bau vorgezogener Hochwasserschutzprojekte, und wir legen für die Donau eigens ein Sonderfinanzierungsprogramm

mit 315 Millionen Euro auf. Für 2014 steht ein Startpaket mit 100 Millionen Euro für Planung und Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen an der Donau zur Verfügung. Wir machen das ausdrücklich als separates Projekt. Diese Sondermittel für die Donau sollen nicht zulasten anderer dringender Hochwasserschutzmaßnahmen in Bayern gehen. In den Jahren 2013 und 2014 halten wir für die übrigen Maßnahmen mit 115 Millionen Euro ein gleich hohes Niveau.

Die Donau steht also stellvertretend für ein Großprojekt, das man durchsetzen kann, aber auch noch für etwas anderes, nämlich den großen Wert, der in Bayern den Gewässern und generell dem Wasser zugebilligt wird. Wasser als Lebensmittel Nummer eins gehört zu den wichtigsten Dingen, um die wir uns kümmern müssen. Bayern schützt seine wertvollen Gewässer für ökologisch gesunde und saubere Flüsse und Seen. Dafür investieren wir jedes Jahr 40 Millionen Euro.

Am meisten beschäftigt uns derzeit die Zukunft unseres bayerischen Trinkwassers. Die kommunalen Wasserversorger liefern uns erste Qualität. Bayern hat faire und bundesweit die niedrigsten Preise. Das muss auch so bleiben. Deswegen sagen wir ausdrücklich Nein zur Liberalisierung und Privatisierung unserer Trinkwasserversorgung.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Die Wasserversorgung muss von der Konzessionsrichtlinie vollständig ausgenommen werden. Aus demselben Grund stelle ich mich persönlich auch gegen neuartige Gasfördermethoden, solange ein Restrisiko für unser Trinkwasser nicht zu 100 % ausgeschlossen werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine gesunde Umwelt und eine intakte Natur sind die Grundlagen für ein gutes und gesundes Leben. Aber das allein reicht natürlich nicht aus. Zum Leben gehören auch gesunde Lebensmittel. Die derzeit circa 850 Lebensmittelkontrolleure und Amtstierärzte in Bayern – dabei spreche ich nicht einmal von den circa 900 amtlichen Tierärzten, die noch in der Fleischschau tätig sind – nehmen ihre Wächterfunktion kompetent und hoch engagiert wahr. Dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit der BSE-Krise haben wir die Zahl der staatlichen Lebensmittelkontrolleure um mehr als 30 % erhöht. Man muss sich einmal die Zahlen vor Augen führen: Pro Jahr finden 150.000 Betriebskontrollen und 70.000 Lebensmitteluntersuchungen statt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Lebensmittel in Bayern sicher

sind: 99,7 % aller Proben sind gesundheitlich unbedenklich.

Unser Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – ist eine hoch kompetente Fachinstitution, deren Expertise in Deutschland und in der EU anerkannt ist. Um aktuell zu sein, ohne dass ich die Zeit habe, das jetzt weiter ausführen zu können: Derzeit ist am LGL ein "Expertenstab Tbc" eingerichtet, damit wir die Tbc-Untersuchungen im Allgäu und darüber hinaus kompetent begleiten. Informationen aus der heutigen Presseerklärung und den FAQ, also den häufig gestellten Fragen, sind auf der Homepage des LGL eingestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verbraucher haben nicht nur ein Recht darauf, dass ihre Lebensmittel sicher sind, sondern sie müssen auch wissen, dass die Lebensmittel das enthalten, was auf der Packung steht – unabhängig vom Preis. In den nächsten Monaten werden wir auf Bundesebene darauf drängen, die Herkunftsangabe europaweit zu verbessern. Mir ist es besonders wichtig, mehr Transparenz und Zuverlässigkeit zu schaffen und die regionalen Kreisläufe in der Lebensmittelwirtschaft zu stärken, das heißt, stärker regional und saisonal einzukaufen.

Pferdefleisch- und Futtermittelskandal zeigen uns aber auch, dass man noch so viele Kontrolleure haben und noch so viele Kontrollen durchführen kann: Kriminelles Handeln lässt sich nie ganz verhindern. Die Lebensmittelwirtschaft als Produzent ist selbst gefordert, mit besseren Eigenkontrollen für mehr Sicherheit und Ehrlichkeit zu sorgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum gesunden Leben gehört auch die Qualität unserer Gesundheitsversorgung. Bayern hat die höchste Ärztedichte in ganz Deutschland. Die Zahl der niedergelassenen Ärzte hat mit 24.708 eine neue Rekordmarke erreicht. In allen Regionen Bayerns profitieren die Bürgerinnen und Bürger von leistungsfähigen Krankenhäusern. Der Freistaat hat gemeinsam mit den Kommunen seit dem Jahr 1972 rund 20 Milliarden Euro an Fördermitteln investiert. Bayern hat eine hervorragende Gesundheitsversorgung. 81 % der Bürgerinnen und Bürger sind damit "sehr zufrieden" bzw. "eher zufrieden". Das ist ein großes Lob für alle, die sich tagtäglich mit persönlichem Einsatz um die Patientinnen und Patienten in Bayern kümmern. Auch ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Diese hervorragende medizinische Versorgung in Bayern wollen wir zukunftsfest machen. Die Menschen in Bayern sollen auch noch morgen, und zwar im gesamten Land von Hof bis Garmisch-Partenkirchen, ihren Haus- und Facharzt in erreichbarer Nähe

haben. Das hat für uns allerhöchste Priorität. Für die Patienten spielt dabei der Hausarzt eine zentrale Rolle; denn er ist das Rückgrat der ärztlichen Versorgung. Wenn wir dafür junge Mediziner gewinnen wollen, müssen wir die hausarztzentrierte Versorgung noch attraktiver machen. Gute Leistung muss auch angemessen honoriert werden. Deshalb fordert Bayern, die gesetzliche Honorarobergrenze für Hausarztverträge wieder abzuschaffen. Wir wollen § 73 b des SGB V nach alter Lesart wiederhaben. Dabei wollen wir auch die Hausarzt-Verträge weiterentwickeln. Sie haben schon jetzt eine hohe Qualität, aber durch neue, zusätzliche Standards kann man sie noch besser machen. Es geht um die Behandlung chronisch Kranker und die Abstimmung zwischen Hausarzt, Facharzt und Klinik. Es geht aber auch um eine noch bessere Prävention und einen leichteren Praxiszugang für Menschen mit Behinderung und um ein besseres Praxis-Management, zum Beispiel für kürzere Wartezeiten. Ich werde hierzu in Kürze eine bayerische Bundesratsinitiative in die Wege leiten.

Das Problem, dass junge Mediziner nicht gern in den ländlichen Raum gehen, haben wir in Bayern erkannt. Wir haben dafür eigene Förderprogramme aufgelegt. Wir fördern innovative Versorgungskonzepte, die Niederlassung von Ärzten auf dem Land, loben Stipendien für Medizinstudenten aus und verbessern die medizinischen Angebote in Kur- und Heilbädern. In den Jahren von 2012 bis 2014 stehen uns hierfür insgesamt 25 Millionen Euro zur Verfügung. Dabei ist neu: Wir haben diese Niederlassungsförderung bisher auf die Gebiete konzentriert, in denen es einen besonderen Bedarf gegeben hat. Künftig wollen wir die Förderung auf alle Planungsbereiche ausdehnen, in denen keine Überversorgung besteht.

Neu ist auch: Wir wollen uns um eine koordinierte Weiterbildung kümmern. Die Allgemeinmediziner müssen verschiedene Weiterbildungsstationen in Praxen bzw. Kliniken durchlaufen. Diese Stationen sollen in Zukunft durch Verbände noch besser aufeinander abgestimmt werden.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, zu einem gesunden Leben in Bayern gehören auch starke, leistungsfähige Krankenhäuser. Unsere Krankenhausversorgung in Bayern ist mit über 390 Akutkrankenhäusern hervorragend. Mediziner und Pflegepersonal leisten Enormes. Diese hohe Qualität wollen wir in ganz Bayern erhalten, und das auch unter dem demografischen Wandel. Die Zahl der Krankenhauspatienten wird bis zum Jahre 2030 um 14 % steigen. Dadurch und aufgrund des zunehmenden medizinischen Fortschritts steigen auch die Kosten.

Laut einer Umfrage der Bayerischen Krankenhausgesellschaft schreiben zurzeit sage und schreibe 47 % der Krankenhäuser in Bayern rote Zahlen. Im Jahr 2010 waren es noch 20 %, im Jahr 2011 bereits 39 %. Deshalb hat Bayern im Bundesrat die Initiative ergriffen. Wir wollen eine angemessene Krankenhausvergütung. Die Krankenhäuser verlangen das zu Recht. Es kann nicht sein, dass der Krankenhausbetrieb langfristig nicht sinnvoll laufen kann, bloß weil die Krankenhäuser nur die Hälfte der Tarifsteigerungen vergütet bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Unser Vorstoß im Bundesrat hat eine breite Mehrheit gefunden. Ich hoffe, dass der Bund jetzt schnell handelt, denn diese Botschaft ist bedeutend. Bayern macht an dieser Stelle durchaus seine Hausaufgaben. Wir unterstützen unsere Krankenhäuser. Die aktuelle Erhöhung des Krankenhaus-Förderetats um 70 Millionen Euro auf jährlich 500 Millionen Euro ab dem Jahr 2013 ist ein starkes sozialpolitisches Signal. Unsere Krankenhäuser können damit auf einer gesicherten Grundlage investieren.

Derzeit sind bayernweit – ich sage das, damit man sich die Dimension vorstellen kann – 102 Bauvorhaben im Krankenhausbereich mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Finanzierung eingeplant. Nebenbei gesagt: Gut die Hälfte dieser Investitionen geht in den ländlichen Raum.

Unsere Krankenhäuser brauchen aber nicht nur schöne Gebäude, sondern auch gute Fachkräfte, und hierbei nicht nur Ärzte. Vor allem in der Pflege bekommen wir Nachwuchs nur dann, wenn die Pflegeberufe aufgewertet und attraktiver gemacht werden. Unsere Pflegerinnen und Pfleger kümmern sich Tag und Nacht aufopfernd um kranke und alte Menschen. Sie lindern körperliche und seelische Not und stellen dabei eigene Bedürfnisse oftmals hintan.

Diese enorme Leistung wird in dieser Gesellschaft oftmals unterschätzt. Dabei verdient sie aus meiner Sicht höchste gesellschaftliche Anerkennung. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei denjenigen bedanken, die in der Pflege tätig sind, und ihnen dafür ein herzliches Dankeschön sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Am 30.11.2011 sind in München mehrere Tausend Pflegekräfte für bessere Arbeitsbedingungen auf die Straße gegangen. Sie haben circa 19.000 Unterschriften für eine Pflegekammer übergeben. Ich halte das für eine deutliche Willensäußerung. Aber wer eine Kammer will, muss sich darüber im Klaren sein, dass das auch Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeiträge be-

deutet. Deshalb möchte ich mich nur dann für eine Pflegekammer einsetzen, wenn ich weiß, dass die circa 100.000 bayerischen Pflegekräfte sie mit großer Mehrheit unterstützen. Das ist der Grund, warum ich derzeit eine bayernweite Umfrage durchführen lasse. Wenn hierbei das Votum deutlich pro Kammer ausfällt, werde ich mich entschließen, das Vorhaben Pflegekammer voranzutreiben. Ich hoffe, dass ich dann auch die Kollegen von der FDP davon überzeugen kann, diesen Weg mitzugehen.

(Zuruf von der SPD)

Bayern ist schön, aber auch flächenmäßig groß, wie Sie wissen. Eine hohe Qualität medizinischer Angebote im ganzen Land sicherzustellen, ist in einem Flächenland eine besondere Herausforderung. Hierfür nutzen wir neueste Innovationen aus Medizin und Kommunikationstechnik. Wir starten eine bayerische Telemedizin-Offensive. Wir bündeln dabei die Kompetenzen und verbessern die Öffentlichkeitsarbeit. Neue telemedizinische Angebote bauen wir ganz zielgerichtet aus. Wir stärken die Telemedizin in der ambulanten und in der stationären Versorgung. Ein Beispiel ist die Schlaganfallversorgung. Hier zählt jede Minute. Die Telemedizin bringt sozusagen die Expertisen der Schlaganfallzentren hinaus zu den Patienten überall in Bayern. Rettungsdienste, Ärzte und Kliniken vor Ort werden vernetzt mit den besten Schlaganfallexperten Bayerns. Rein zufällig veranstalten wir morgen einen "Tag der Telemedizin" in Ingolstadt. Ingolstadt ist Sitz der TelemedAllianz Bayern. Sie koordiniert den Aufbau der Telemedizin in ganz Bayern und entwickelt neue Ideen und Strategien.

Vorsorge ist aber besser als Nachsorge. Prävention kann ein gesünderes und erfüllteres Leben bis ins Alter bedeuten. Krankheit vermeiden heißt sogar oft Leben retten. Davon könnten noch mehr Menschen profitieren. Bayern verstärkt deshalb die Prävention. Wir stellen im Doppelhaushalt 2013/2014 für Gesundheitsvorsorge und Prävention insgesamt 29 Millionen Euro zur Verfügung. Kein anderes Bundesland investiert hierfür mehr.

Moderne Präventionsstrategien und moderne Präventionsstrukturen, die bundesweit anerkannt sind, sind bei uns im Aufbau. Insbesondere haben wir in Nürnberg ein neues landesweites Zentrum für Prävention und Gesundheitsförderung eingerichtet. Neu ist auch – Sie haben es im vergangenen Jahr schon gemerkt –, dass wir jedes Jahr ein Schwerpunktthema aufgreifen. Letztes Jahr war es die Männergesundheit. Heuer, im Jahr 2013, haben wir das Thema Krebsprävention. Da jeder vierte Deutsche an Krebs stirbt und in Bayern jedes Jahr 68.000 Menschen an Krebs er-

kranken, ist das, glaube ich, eine sinnvolle Zielrichtung.

Unsere Aktion "Aktiv gegen Krebs" wollen wir auf den großen gesundheitlichen Nutzen von Bewegung ausrichten. Bewegung hilft, das Risiko zu senken, wie wir es in der Themenwoche vom 10. bis 20. April darstellen wollen. Das Darmkrebsrisiko zum Beispiel lässt sich mit regelmäßiger Bewegung um circa 25 % senken. Aber es gibt auch ganz neue Chancen für die Krebstherapie. Ich bedanke mich auch bei Franz Beckenbauer, der uns hierbei unterstützt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

- Das habe ich noch nicht, aber ich richte ihm eine Botschaft aus. Ich bitte alle Mitglieder des Hohen Hauses, uns auch bei dieser wichtigen Präventionsaktion zu unterstützen.

Ich komme zum Schluss, meine werten Kolleginnen und Kollegen. Bayern ist ein lebens- und liebenswertes Land. Erst vor Kurzem wurde das neue "Lied der Bayern" des Komponisten Franz Hummel zum 150. Jubiläum der Befreiungshalle Kelheim veröffentlicht. Er zitiert, wie ich glaube, König Ludwig II. hier sehr treffend, indem er sagt: "Land der Schönheit, Land der Werte, überwölbt vom Himmelsblau." Schöner kann ich es auch nicht sagen.

Diese Schönheit, diese Werte auch für unsere Kinder und Enkel zu bewahren, ist Auftrag und Herzensanliegen der bayerischen Umwelt- und Gesundheitspolitik.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dazu dienen die von mir dargestellten Strategien und Maßnahmen für Naturschutz, Energiewende und Gesundheitsversorgung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns unser schönes Bayern gemeinsam lebenswert erhalten! Bayern ist es wert.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Huber. - Ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 20 Minuten pro Fraktion vereinbart. Das Wort hat zunächst Frau Kollegin Kathrin Sonnenholzner von der SPD. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! "Marcel's Märchenstunde" – Herr Staatsminister, Sie erlauben mir diese Alliteration – müsste eigentlich die Überschrift dieser Regierungserklärung heißen, die Sie uns gerade vorgetragen

haben. Aber, Herr Staatsminister, die Beschwörung weiß-blauer Idyllen ersetzt keine Sachpolitik. Es müsste Sie auch schon ein bisschen stutzig machen, dass sich der Himmel zunehmend eintrübt, seit Sie hier zu sprechen begonnen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der CSU)

- Ich kann nichts dafür, Herr Kollege, es ist so.

Bayern ist schön. Da haben Sie recht. Die Gesundheitsversorgung ist gut. Da haben Sie in wesentlichen Teilen auch recht. Das ist aber nicht das Thema Ihrer Regierungserklärung gewesen. Sie hätten hier vielmehr den Handlungsbedarf aufzeigen sollen, den Sie im Bereich Gesundheit noch haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

- Vielleicht hören Sie mir zu. – Was Sie uns hier zugemutet haben, war eine allgemeine Wahlkampfbrochure der CSU, keine Regierungserklärung. Es wird auch weder dem Thema Umwelt noch dem Thema Gesundheit gerecht, das in einer einzigen Regierungserklärung innerhalb von 20 Minuten abhandeln zu wollen. Das zeigt sich auch darin, dass Sie mehr oder weniger die Zeit für zwei Regierungserklärungen gebraucht haben. Dann aber wäre es vernünftiger gewesen, beide Bereiche gleich zu teilen und sich vertieft mit dem einen und dem anderen Thema zu beschäftigen.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Sie haben mehrfach allen Beteiligten für Ihre guten Leistungen in diesem Gesundheitssystem gedankt. Auch das ist richtig. Ich schließe mich dem selbstverständlich an. Das gilt natürlich insbesondere für Franz Beckenbauer,

(Inge Aures (SPD): Der zahlt seine Steuern im Ausland!)

der die Steuern im Ausland zahlt, wie Kollegin Aures an dieser Stelle zu Recht sagt. Aber dieser Dank ersetzt auch nicht Ihre Aufgabe, hier Ihre eigene Politik darzustellen und zu sagen, was Sie schon getan haben, was Sie tun oder was Sie insbesondere auch noch nicht geschafft haben.

Sie haben an keiner Stelle im Bereich Gesundheit konkrete Aussagen zu den drängenden Problemen gemacht, die in Ihrer Verantwortung liegen. Dass Sie uns in einer Regierungserklärung auf eine Broschüre des Ministeriums verweisen, empfinde ich, Herr Staatsminister, ehrlich gesagt, als Hohn. Wenn man

die Broschüre anschaut, stellt man fest, dass die Aussagen darin leider nicht konkreter sind.

(Beifall bei der SPD)

Ein wesentliches Thema, das die Menschen überall in Bayern bewegt, ist zum Beispiel die Frage: Wie sichern wir in der Zukunft die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern, und im ambulanten Bereich? Wir unterstützen selbstverständlich Ihre Bundesratsinitiative zur Finanzierung der Krankenhäuser. Herr Staatsminister, Sie sagen selbst, dass Sie im Bundesrat eine breite Mehrheit gefunden haben. Das bedeutet doch schon, dass Sie sich in der Mehrheit auf die SPD stützen müssen; denn Ihre Koalition in Berlin hilft Ihnen da bisher nicht, und es wird in dieser Legislaturperiode auch künftig mit diesem FDP-geführten Ministerium nicht zu machen sein.

Dass Sie in dieser Regierungserklärung darauf hinweisen, dass Sie zusätzlich 70 Millionen Euro Investitionsmittel in den Haushalt gestellt haben, ist schön. Allerdings kann ich auch da nur die Vermutung äußern, dass das in diesem Doppelhaushalt ein Wahlkampfgeschenk sein soll. Das ist keine langfristige Garantie für die Krankenhäuser; denn in den letzten acht Jahren haben die Krankenhäuser mit dramatisch gekürzten Ansätzen zurecht kommen müssen, was im Übrigen einer der Gründe für die gegenwärtige finanzielle Schieflage ist.

Sie haben mit keinem Wort die Krankenhausplanung erwähnt. Dafür sind Sie in Bayern originär zuständig. Wir sind überzeugt davon, dass nur eine ehrliche Analyse des fehlenden Bedarfs, aber auch der Überversorgung langfristig dazu führen wird, dass die Versorgung flächendeckend und so, wie sie gebraucht wird, aufrecht erhalten werden kann.

Sie haben auf steigende Fallzahlen hingewiesen und die Zahlen der Krankenhausgesellschaft übernommen. Als verantwortlicher Minister könnte man auch einmal auf die Idee kommen, zu schauen, welche Steuerungsinstrumente es gibt, wenn man sich zum Beispiel den Bertelsmann-Atlas anschaut und dabei feststellt, dass es in Bayern so viele Knie totalendoprothesen gibt wie nirgends sonst in der Bundesrepublik Deutschland. Auch da könnte man vielleicht die Zahl der Krankenhausfälle ein bisschen senken, ohne dass die medizinische Qualität leidet.

Sie haben mit keinem Wort auf Ihre drängende Aufgabe in der ambulanten Versorgung hingewiesen, die Bedarfsplanungs-Richtlinie umzusetzen. Sie haben noch kein gemeinsames Landesgremium nach § 90 des SGB V eingerichtet. Das Land Rheinland-Pfalz hat dies schon im September letzten Jahres getan. Sie müssen bis zum 30. Juni Vorschläge zur Umset-

zung dieser Richtlinie vorlegen. Das sind die Weichenstellungen, die die Menschen in diesem Land brauchen. Sie dagegen dienen uns eine Bundesratsinitiative zum Praxismanagement an. Wie Sie in das Management der einzelnen Praxis eingreifen wollen, möchte ich gerne wissen. Darauf sind wir sehr gespannt.

Selbstverständlich stehen wir als SPD auch zur hausarztzentrierten Versorgung. Aber auch da gibt es landesspezifische Hausaufgaben, die Sie nicht angehen. Wer die Lotsenfunktion des Hausarztes möchte, muss auch im eigenen Zuständigkeitsbereich für die bestmögliche Ausbildung sorgen. Da sind wir nach wie vor der Meinung, dass die Weiterbildungsverbände besser gefördert werden müssen und dass wir Lehrstühle für Allgemeinmedizin an jeder Universität brauchen.

Zu den weiteren drängenden Themen, die Sie nicht einmal namentlich benannt haben, gehört die psychiatrische Versorgung. Sie haben den Burn-out-Beauftragten Ihres Vorgängers verschwinden lassen. Das finde ich gut so. Aber leider ist das Thema insgesamt bei Ihnen in Vergessenheit geraten. Ich sage nur, dass Ihr selbstgestecktes Ziel, die Demenz im Alter anzugehen, bisher nicht in Angriff genommen worden ist, und jenseits der Landeshauptstadt gibt es auch keine Krisenintervention.

Das Thema Reha-Geriatrie mussten wir im Ausschuss als SPD-Fraktion auf die Tagesordnung bringen. Sie haben davon gesprochen, dass 47 % der Akutkrankenhäuser rote Zahlen schreiben. Bei den Reha-Geriatrien sind es 85 %. Aber geschehen ist von Ihrer Seite nichts. Das Gleiche gilt für die Methadon-Substitution. Hierzu gibt es einen Antrag der SPD-Fraktion. Sie haben inzwischen wenigstens einen runden Tisch mit der Justiz eingerichtet. Das sehen wir als kleinen Erfolg unserer Bemühungen. Das reicht aber nicht. In der letzten Woche ist wieder einem Arzt in Schwaben die Approbation entzogen worden. Wenn wir da nicht endlich weiterkommen, wird es diese Versorgungsform für die Patientinnen und Patienten in Bayern nicht geben, weil sich die Ärztinnen und Ärzte zu Recht weigern, bei dieser Rechtsunsicherheit weiter zu behandeln.

Gute Arbeit in der Pflege, das wollen auch wir, Herr Staatsminister. Aber auch da hilft der Dank nicht, sondern es hilft nur eine konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Sie unter anderem mit dem Einsatz für eine Personalbemessungsverordnung in Ihrem Krankenhausgesetz ein bisschen weiterbringen könnten. Natürlich müssen Sie sich auch auf Bundesebene für eine auskömmliche Finanzierung einsetzen, damit das bezahlbar ist.

Zum Thema Pflegekammer haben Sie dankenswerterweise eine Umfrage angekündigt. Ich frage mich, warum Sie den gleichlautenden Antrag der SPD-Fraktion vom 9. Juni 2012 in diesem Hause abgelehnt haben. Denn genau das wollten wir: eine repräsentative Umfrage unter allen Pflegekräften, ob ambulant oder stationär, weil selbstverständlich auch wir, wenn dies ein großer Teil der Pflegekräfte wirklich will, dem nicht im Wege stehen würden. Sie könnten bei der Anerkennung ausländischer Pflegekräfte gerade angesichts des Pflegenotstandes im Großraum München sehr wohl das geforderte Level für Deutschkenntnisse von B 2 auf B 1 senken, wie das andere Bundesländer tun. Dann wären nämlich sehr viel mehr Pflegekräfte aus europäischen Ländern zu akquirieren und in den Krankenhäusern zu beschäftigen.

Zum Zentrum für Prävention haben Sie nichts gesagt. Das verstehe ich. Ich kann Ihnen allerdings den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie dieses Prestigeobjekt Ihres Amtsvorgängers Herrn Söder, das keine Strukturpolitik für Mittelfranken darstellt, sondern dem Ansehen des jetzigen Finanzministers hat dienen sollen, in Ihrem Zuständigkeitsbereich hätten verhindern können.

Zur Geschlechterdifferenzierung in der Medizin haben Sie keine Aktivitäten vorzuweisen. Da wird auch eine Konferenz vor der Sommerpause nicht reichen. Andere Länder haben Kompetenzzentren für Frauen und Gesundheit. Zum Beispiel werden in Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse bayerischer Forschungsbemühungen umgesetzt. Bei uns passiert nichts. Ebenso gibt es keinen Lehrstuhl für Geschlechterdifferenzierung.

Alles aufzuzeigen, was Herr Dr. Söder bei der letzten Regierungserklärung zum Thema Gesundheit versprochen und nicht gehalten hat, würde bei Weitem auch den erweiterten Zeitrahmen, den ich habe, sprengen. Darum nenne ich exemplarisch nur drei Schlagworte.

Es gibt keine Aktivitäten für migrationsspezifische Gesundheitsangebote. Sie wollten Hospitations- und Mentoringprogramme für den Wiedereinstieg von Ärztinnen und Ärzten auflegen, und Ihr Vorgänger wollte Gesundheitstage der örtlichen Gesundheitsämter forcieren, wobei ich mich frage, wie das bei der personellen Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes je hätte passieren können.

Insgesamt verlagern Sie mehr und mehr Aufgaben auf das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Ich betone, dass dort sehr gute Arbeit geleistet wird. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Ihr Gestaltungswille zumindest im Be-

reich Gesundheit ein bisschen zu wünschen übrig lässt.

Zum Schluss, Herr Staatsminister, kommt das Thema Lebensmittelsicherheit. Bayerns Lebensmittel sind sicher, haben Sie als ersten Satz gesagt. Da können Sie hoffen, so wie Norbert Blüm mit seiner Aussage zur Rente in die Annalen der Geschichte einzugehen. Ich glaube das aber nicht; denn Sie sind in bester Gesellschaft. Ihr ehemaliger Kollege Gert Lindemann – er war der letzte für Verbraucherschutz zuständige Minister in Niedersachsen – hat am 3. August 2012 in Niedersachsen bei der Vorstellung des Verbraucherschutzberichtes gesagt, ich zitiere wörtlich:

Verbraucherinnen und Verbraucher können sich darauf verlassen, dass die Lebensmittel, die sie in Niedersachsen erwerben, intensiv und effektiv überwacht werden.

Der neue Verbraucherschutzminister in Niedersachsen hat eine Woche nach seiner Amtsübernahme zwei große Lebensmittelskandale aufgedeckt, von denen man weiß, dass sie in den Behörden zumindest schon lange bekannt waren. Das heißt, es stimmt wohl, dass sich die Verbraucher darauf verlassen können, dass die Lebensmittel kontrolliert werden. Sie konnten sich aber nicht darauf verlassen, dass ihnen das Ergebnis dieser Kontrollen auch mitgeteilt wird. Zwei große Lebensmittelskandale in einer Woche! Bei beiden weiß man, dass sie im Ministerium schon lange bekannt waren. Wir sind sehr gespannt, was der nächste Verbraucherschutzminister in Bayern nach der nächsten Landtagswahl alles herausfinden wird, was sich bei Ihren sicheren Lebensmitteln noch so alles finden lässt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass es sich dabei um kriminelle Machenschaften handelt. Wenn wir diese Skandale effektiv eindämmen wollen – dazu haben Sie keinen Satz gesagt –, sind natürlich mehr Kontrolleurinnen und Kontrolleure notwendig. Ich mag es schon gar nicht mehr sagen, weil wir das – ich weiß nicht mehr, seit wie vielen Jahren – in den Haushaltsberatungen immer fordern. Natürlich müssen endlich die Geldstrafen so gestaltet werden, dass die Strafe weh tut, dass nicht von vornherein klar ist: Wenn ich erwischt werde, ist die Strafe so niedrig, dass es sich für mich finanziell rentiert hat, diese Dinge zu tun. In schweren Fällen muss es endlich die Möglichkeit geben, Haftstrafen zu verhängen, damit eben das Drohpotenzial für solche Delikte größer wird. Eigenkontrollen, Herr Staatsminister, sind ja wohl ein Hohn: Sie haben selber richtig gesagt, dass es sich um kriminelle Machenschaften handelt. Wollen Sie die Kri-

minellen ernsthaft selbst kontrollieren lassen, ob sie Lebensmittel manipuliert haben oder nicht? Das kann doch nicht der Weg sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Weg kann nur sein, die industriellen Betriebe an den Kosten der Kontrollen zu beteiligen, aber nicht, die Kontrollen in ihre Zuständigkeit zu geben. Ich sage ganz explizit im Hinblick darauf, was Sie zu Recht angesprochen haben, dass regionale Vermarktungsketten und regionale Produkte gestärkt werden müssen. Diese Kosten dürfen nicht zulasten der kleinen Betriebe und der kleinen Direktvermarkter gehen. Das ist ein entscheidendes Kriterium.

Für den Bereich Gesundheit bleibt festzustellen, dass Sie versuchen, sich nach Ihrem "Ankündigungsvorgänger" Söder als Wohlfühlminister darzustellen, aber leider überall im Ungefähren geblieben sind. Das wird den Bedürfnissen der Menschen an den Stellen, wo es in der Gesundheitsversorgung in Bayern Defizite gibt, nicht gerecht, und zwar weder das Verhalten Ihres Vorgängers noch Ihr Umgang damit. Als Bilanz dessen, was Sie uns hier erzählt haben, würde man an den Stammtischen draußen sagen: G'redt hat er vui, der Huber, aber g'sagt hat er nix.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Sonnenholzner. - Nachdem bei der Festlegung der Redezeiten der Fraktionen davon ausgegangen worden ist, dass der Herr Staatsminister zwanzig Minuten lang spricht, er aber um zehn Minuten länger gesprochen hat, verlängert sich automatisch die Redezeit für die einzelnen Fraktionen um diese zehn Minuten. Dies will ich nur der Ordnung halber mitteilen. Ich habe es bemerkt; Sie hatten es in Ihrer Rede schon angekündigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Tribüne lenken: Dort haben Ehrengäste aus Kanada Platz genommen, die ich an dieser Stelle begrüße. Ich heiße den Präsidenten der Nationalversammlung von Quebec, Herrn Jacques Chagnon, und seine Delegation im Bayerischen Landtag sehr herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Gäste halten sich seit Sonntag zu einem fast einwöchigen Informationsbesuch in Bayern auf. Zwischen den Parlamenten von Quebec und Bayern besteht seit 1999 eine intensive, gut funktionierende Partnerschaft auf vertraglicher Grundlage. - Sehr geehrter Herr Chagnon, ich wünsche Ihnen und Ihrer

Delegation einen angenehmen und interessanten Aufenthalt heute hier im Plenum des Bayerischen Landtags und natürlich auch in den noch folgenden Tagen bei uns in Bayern.

Wir kommen zum nächsten Redner. Ich darf Kollegen Dr. Otto Hünnerkopf von der CSU aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister für Umwelt und Gesundheit Dr. Marcel Huber, Frau Staatssekretärin - -

(Tobias Thalhammer (FDP): Huml! - Ludwig Wörner (SPD): Jetzt geht es los! - Allgemeine Heiterkeit)

Frau Staatssekretärin Huml, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Sie brauchen die gesamte Redezeit für die namentliche Begrüßung! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ja, es ist gut, in Bayern zu leben.

(Ludwig Wörner (SPD): Trotz der CSU!)

Das sage ich bewusst als Franke. Franken ist seit 200 Jahren Bestandteil dieses Freistaates. Ich stelle fest: Die Franken fühlen sich zunehmend wohler in diesem Freistaat.

(Beifall des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Ich höre das auch von vielen Bekannten, die mit ihren Eltern nach dem Zweiten Weltkrieg als Flüchtlinge hierher gekommen sind, und ich entnehme das den zufriedenen Gesichtern einiger Kolleginnen und Kollegen, die mit uns Politik machen und nicht unbedingt Urbayern sind.

(Inge Aures (SPD): Ohne uns wärt ihr aufgeschmissen!)

Warum ist das so? Wir wissen aus einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks, dass die Menschen besonders die vielfältige Landschaft Bayerns von den Alpen bis zur Rhön und dem Fichtelgebirge schätzen. Insofern leisten wir Franken mit unserer schönen Landschaft einen erheblichen Beitrag. Die vielfältige Natur, die wir überall finden und die zur guten Entwicklung unseres Freistaates beigetragen hat, konnten wir trotz der notwendigen baulichen Maßnahmen erhalten. Die Menschen fühlen sich hier wohl. Sie sehen diese Landschaft als Rahmen an, innerhalb dessen sie sich beheimatet fühlen. Die Menschen, die hier leben, betrachten Bayern als ihre Heimat.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Menschen, die hier leben – es ziehen übrigens weiterhin viele zu –, sondern auch die zahlreichen Besucher Bayerns schätzen unsere Landschaft. Diese Landschaft ist ein Erbe; wir haben die Verpflichtung, es zu erhalten. Es ist Aufgabe der Politik - vor allen Dingen kluger, vorausschauender Umweltpolitik -, die entsprechenden Grundlagen zu schaffen bzw. zu erhalten. Ich sage: Es ist gut, dass die CSU den Umweltminister stellt. Es ist gut, dass Dr. Marcel Huber Umweltminister unseres Landes ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Durch eine effektive und vorausschauende Gesundheitspolitik hat Bayern auch auf diesem Gebiet einen hohen Standard erreicht. Bayern ist auch aus diesem Grund lebenswert; der große Zuzug belegt das. Zur Gesundheitspolitik wird mein Kollege Dr. Zimmermann sprechen; ich möchte mich auf einige Aspekte der Umweltpolitik beschränken.

Besonders wichtig ist mir der Schutz bzw. Erhalt der heimischen Flora und Fauna. Die bayerische Biodiversitätsstrategie muss konsequent fortgeführt und ausgebaut werden. Ich begrüße ausdrücklich die Ausführungen, die unser Umweltminister in seiner Erklärung dazu soeben gemacht hat. Bayern ist mit seiner Biodiversitätsstrategie Vorreiter. Das Ziel, bis 2020 für 50 % der Arten die Gefährdungssituation um mindestens eine Stufe zu verbessern, ist ambitioniert. Aber es ist äußerst wichtig, dass wir uns solche Ziele setzen. Die in Naturschutz und Landschaftspflege investierte Summe von fast 90 Millionen Euro belegt, dass das ein ernsthaftes Anliegen ist.

Auch der Erhalt bzw. die Sicherung des Grünlandes ist uns in diesem Zusammenhang wichtig.

(Ludwig Wörner (SPD): Warum lasst ihr es dann umpflügen?)

Die hohe Relevanz des Grünlandes sowohl für das Landschaftsbild als auch für die Artenvielfalt und nicht zuletzt für den Klimaschutz müsste jedem klar sein. Wir müssen ein sehr wachsames Auge auf die Entwicklung in diesem Bereich haben; aktuell verändert sich einiges nicht zum Positiven.

(Zuruf von den GRÜNEN: Handeln!)

Von großer Bedeutung sind für uns ferner die Eindämmung des Flächenverbrauchs und der Flächenversiegelung sowie der Schutz der Bevölkerung vor Straßen-, Schienen- und Industrielärm. Es ist sicherlich deutlich geworden, dass einige dieser Ziele in einem Spannungsfeld mit wirtschaftlichen Interessen liegen. Aber genügend Beispiele zeigen, dass mit klu-

gen Lösungen beiden Seiten geholfen werden kann. Falls in einigen Bereichen ein solcher Interessenkonflikt jedoch bestehen bleibt, ist es meines Erachtens Aufgabe der Umweltpolitik, weiter für die Belange der Umwelt einzustehen und dieser Aufgabe gerecht zu werden. Zumindest wir Umweltpolitiker haben uns dieser besonderen Aufgabe verschrieben.

Ein Vorhaben, von dessen Realisierung Umwelt und Wirtschaft enorm profitieren können, ist der umweltfreundliche und ausgewogene Ausbau der erneuerbaren Energien in Verbindung mit konsequenter Weiterführung des Klimaschutzes. Ich begrüße ausdrücklich die engagierte Herangehensweise des Umweltministers an die Herausforderungen, vor die uns Klimaschutz und Klimawandel stellen. Ich füge hinzu: Dies erfolgt in der Auseinandersetzung mit Interessen, die nicht unbedingt das Wohl Bayerns, sondern das der norddeutschen Bundesländer zum Ziel haben. Die Zielsetzungen der Bundesregierung sind nicht ohne Weiteres mit den unsrigen in Deckungsgleichheit zu bringen. Wir wollen für unsere Lösungen werben und kämpfen. Wir wollen überzeugen.

Bayern hat bereits im Jahr 2000 das erste Klimaschutzkonzept vorgelegt. Es wurde im Jahr 2003 durch die Initiative "Klimafreundliches Bayern" fortgeschrieben. Im Jahr 2009 folgte das "Klimaprogramm Bayern 2020", in dem unsere ambitionierten Ziele in Sachen Klimaschutz nochmals klar festgelegt worden sind.

(Ludwig Wörner (SPD): Aber nicht erreicht worden sind!)

Der Klimaschutz, basierend auf drei Säulen - Minderung von Treibhausgasen, Anpassung an den Klimawandel, Forschung und Entwicklung -, muss und wird konsequent weitergeführt werden, besonders im Hinblick auf die Energiewende.

Erneuerbare Energien sind eindeutig ein Megathema, nicht nur im Sinne einer stabilen, zuverlässigen Versorgung von Industrie, Gewerbe und Bevölkerung mit Energie. Erneuerbare Energien sind auch für die Umwelt höchst relevant. Der Mensch konnte bisher bequem auf fossile Energieträger zurückgreifen. Es wird einerseits schwieriger, die noch vorhandenen Reserven an Öl, Kohle und Gas verfügbar zu machen - Methoden wie Fracking sind nicht unumstritten -; andererseits können wir es uns nicht mehr leisten, wie bisher CO₂ in die Atmosphäre zu pusten. Aus diesem Grund hat auch die bayerische Umweltpolitik einen Fuß fest in der Tür, wenn es um die Umgestaltung der Versorgungslandschaft im Sinne der Energiewende geht. Herr Minister Dr. Huber hat bereits dargestellt, dass wir in Bayern gut vorankommen. Der Anteil er-

neuerbarer Energien an der Stromversorgung liegt bei uns immerhin schon bei 33 %, während er in anderen Bundesländern im Schnitt noch bei 25 % liegt. Ein starkes Fundament der erneuerbaren Energien in Bayern ist dabei die Wasserkraft, die uns von unserer Landschaft indirekt geschenkt worden ist. Wir können die Niederschläge und die geografische Situation des Gefälles nutzen. Deshalb haben wir die Wasserkraft enorm ausbauen können. In den zurückliegenden Jahren haben wir aber auch zahlreiche Sonnen- und Windstromanlagen dazugebaut.

(Ludwig Wörner (SPD): Wind?)

Ich habe eingangs die Bedeutung des Landschaftsbildes Bayerns erwähnt. Daher stehen wir vor der großen Herausforderung, negative Auswirkungen auf die Landschaft durch die Errichtung von Windkraftanlagen oder Photovoltaikanlagen in Grenzen zu halten. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, gerade bei der Errichtung von Windkraftanlagen muss eine Konzentration an verträglichen Standorten das Ziel unserer Entscheidungen sein. Jeder von uns hat vor Ort schon die Schwierigkeiten erlebt, wenn es darum geht, Standorte zu finden. Auch der Anbau von Mais oder alternativen Pflanzenarten für den Betrieb von Biogasanlagen muss immer wieder in den Blick genommen werden. Wir müssen aufpassen, dass sich das Erscheinungsbild der Landschaft dadurch nicht gravierend verändert. Das ist zwar ein Spagat, aber dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.

Für den Natur- und Umweltschutz ist in diesem Zusammenhang der naturschutzrechtliche Ausgleich von allergrößter Bedeutung. Meine Damen und Herren, Staatsminister Dr. Huber hat von der Kompensationsverordnung gesprochen. Wir brauchen Qualität vor Quantität. Die Möglichkeiten durch Öko-Konten müssen ausgeschöpft und erweitert werden. Die wesentliche Zielsetzung ist aber der schonende Umgang mit unserer Landschaft, mit unseren Ackerflächen und mit den nutzbaren Böden. Das Spannungsfeld zwischen Naturschutz und Landwirtschaft muss deutlich reduziert werden. Mit dieser Kompensationsverordnung, auf die ich jetzt nicht näher eingehen kann, wird dies auch gelingen. Bayern wird hier bundesweit Maßstäbe setzen. Der Bund hat ebenfalls eine solche Verordnung im Blick. Durch neue Wege werden Vorhabenträger, Grundbesitzer und landwirtschaftliche Nutzer effektive Vorteile haben.

Ich möchte noch eine Anmerkung zur Trinkwasserversorgung machen: Unser Ziel ist es, die erfolgreiche kommunale Trinkwasserversorgung beizubehalten. Beim Strom ist es egal, ob er aus einem Kernkraftwerk oder aus einer Photovoltaikanlage stammt. Beim Gas spielt es keine Rolle, ob es sich um Biogas oder

Erdgas handelt. Das Wasser hat dagegen eine sehr hohe Qualität. Wir sind deshalb bestrebt, das Wasser in kleinen regionalen Einheiten zu schützen und es über diese Einheiten zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Während unsere Vertreter im Europäischen Parlament hierzu eine ganz klare Haltung eingenommen haben, wurde unsere Position aus anderen Fraktionen nicht unbedingt unterstützt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch etwas zur erfreulichen Entwicklung beim Biosphärenreservat Rhön bemerken. Die Erweiterung auf rund 130.000 Hektar macht deutlich, dass die Menschen dieses Biosphärenreservat angenommen haben und es schätzen. Für die Kernzone wurden 3.915 Hektar sichergestellt und ausgewiesen. Dies war nur durch die Akzeptanz der Menschen möglich. Mein Dank dafür gilt Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber, Herrn Staatsminister Helmut Brunner, den Staatsforsten, der Bundesvermögensverwaltung und vor allem den Vertretern der kommunalen Ebene, den Landkreisen und den Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ludwig Wörner (SPD): Dafür werden die bezahlt! - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Und Franz Beckenbauer und Uli Hoeneß!)

Bei einem Biosphärenreservat steht die Kulturlandschaft im Mittelpunkt. Darin ist der Schutz der vorhandenen Vielfalt von Arten und Lebensräumen mit der Nutzung der Landschaft verbunden. Dieses Konzept wird in der Rhön angenommen. Noch einmal sage ich herzlichen Dank allen, die dafür verantwortlich sind und zu diesem Erfolg beigetragen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte noch einmal feststellen: Bayern hat mit seiner Landschaft und seiner Natur ein unschätzbare Kapital. Die bayerischen Umweltpolitiker der CSU und ihres Koalitionspartners FDP wissen dieses Kapital zu schätzen. Wir werden alles dafür tun, dieses Kapital auch zukünftigen Generationen zu erhalten. Ich bedanke mich noch einmal bei Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber und bei Staatssekretärin Melanie Huml. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Dr. Vetter. Ihm wird dann Herr Kollege Dr. Magerl folgen.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Gut.Leben.Bayern – intakte Umwelt, gesundes Leben", so lautet der Titel Ihrer Regierungserklärung, Herr Staatsminister. Dabei stellt man sich grüne Wiesen, idyllische Berge, die Schönheit unseres Heimatlandes vor.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Kollege, es ist immer noch bewölkt!)

Sie haben die Worte eigentümlicherweise durch Punkte miteinander verbunden, womit Sie vermutlich betonen wollen, dass es sich um eine Feststellung handelt, an der es keinen Zweifel gibt.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ausrufezeichen wären besser gewesen!)

Ich möchte Ihnen gar nicht widersprechen. Ohne Frage leben wir gut in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Die Gesundheitsversorgung ist in Bayern sicherlich besser als in vielen anderen Ländern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, wenn ich mir aber Ihre Tätigkeit oder vor allem Ihre Untätigkeit in den letzten Jahren vor Augen führe, scheinen Sie aus diesem positiven Bild gleich die Rechtfertigung abzuleiten, nichts Großartiges verändern zu müssen: "Alles ist gut. Damit sind wir zufrieden."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht die Politik der FREIEN WÄHLER. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir wollen für die Menschen in Bayern die bestmöglichen Bedingungen und die bestmögliche Gesundheitsversorgung erreichen. Herr Minister, dies erfordert aktiven Einsatz und progressives Handeln. Sie bieten aber nur starre Traumwelten als Rechtfertigung für teilweise verantwortungsloses Nichtstun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Politik hat mit Ihrem Vorgänger, Herrn Staatsminister Dr. Söder, schon begonnen. Statt eine deutliche Zäsur herbeizuführen, worauf wir alle, auch ich,

gehofft hatten, führen Sie diesen passiven Kurs des politischen Stillstands weiter.

Lassen Sie mich dies an einigen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung besonders wichtigen Bereichen verdeutlichen: Sicherlich sind wir uns alle einig, dass es einer der wichtigsten Aspekte einer guten Gesundheitsversorgung ist, dass der Arzt, sowohl der Hausarzt als auch der Facharzt, für die Menschen gut erreichbar ist. Er muss in angemessener Nähe zum Wohnort niedergelassen sein. Bekannt ist aber auch, dass das Durchschnittsalter der Hausärzte gerade in ländlichen Regionen zukünftig einen erheblichen Hausarztmangel befürchten lässt. Bei den Fachärzten sieht es nur wenig besser aus. Herr Dr. Huber, noch ist vielleicht alles gut. Aber bei einem Durchschnittsalter von 52 Jahren bei den Hausärzten wird dies in Zukunft nicht mehr so sein. Das ist eine ganz leichte Rechenoperation. Wenn man sich eine Karte ansieht, auf der die Hausärzte mit über 60 Jahren rot eingezeichnet sind, sieht man im wahrsten Sinne des Wortes in weiten Teilen Unterfrankens, der Oberpfalz, Oberfrankens und Oberbayerns rot. Dort sind 25 bis 50 % der Hausärzte über 60 Jahre alt.

Als Gesundheitsminister dürfen Sie sich nicht auf den Zahlen ausruhen und sagen, dass wir in Bayern eine Überversorgung mit Hausärzten hätten. Es ist absehbar, dass sich dieser Zustand in Zukunft ändern wird. Hier sind Taten gefragt. Kolleginnen und Kollegen, es müssen Lösungen gefunden und Konzepte vorgelegt werden. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER seit mittlerweile zwei Jahren Hausarztverträge nach altem Recht, also ohne Refinanzierungsklausel.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Davon gibt es auch keinen Hausarzt mehr!)

Denn dies würde bedeuten, dass die Hausärzte tatsächlich ein Ansparpotenzial etwa bei der Arzneimittelverordnung hätten. Das ist aber nicht der Fall. Wir fordern einen Gesundheitsminister, der sich dafür einsetzt, dass gesetzliche Vorgaben – Hausarztverträge sind halt vom Gesetzgeber vorgesehen – auch umgesetzt und eingehalten werden. Man sollte doch meinen, dass das eine Selbstverständlichkeit ist; aber das, Kolleginnen und Kollegen, würde bedeuten, dass ein Gesundheitsminister Position bezieht und sich zumindest moderierend in die Verhandlungen über die gesetzlich vorgeschriebenen Hausarztverträge einbringt. – Ich gebe zu, das hat Ihren Vorgänger mehr betroffen als Sie. Die Hausarztverträge sind mittlerweile größtenteils geschlossen.

(Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Und jetzt?)

Das ist damals versäumt worden. Das hätte schon zwei Jahre eher gemacht werden können.

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für Lehrstühle für Allgemeinmedizin an den bayerischen Universitäten ein,

(Zuruf der Abgeordneten Christa Stewens (CSU))

damit die Studenten universitäre Vorbilder haben und so an eine Hausarztstätigkeit herangeführt werden. Bislang gibt es an der TU München einen Stiftungslehrstuhl, finanziert von der Kassenärztlichen Vereinigung und von der AOK Bayern. Dieser Lehrstuhl muss in einen ordentlichen Lehrstuhl umgewandelt werden und damit auch dauerhaft finanziell gesichert sein. Die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Menschen in Bayern ist einfach eine staatliche Aufgabe, Kolleginnen und Kollegen.

Auf das beständige Drängen der FREIEN WÄHLER hin wird in Erlangen ein weiterer Lehrstuhl für Allgemeinmedizin eingerichtet. Aber was ist mit Würzburg, was mit Regensburg? Ein Gesundheitsminister muss sich – dazu fordere ich Sie erneut auf – unter Wahrung der Freiheit der Universitäten zumindest für die Schaffung der Rahmenbedingungen einsetzen, damit junge Mediziner den Hausarztberuf ergreifen. Es reicht eben nicht, vor der Wahl den Studenten im Rahmen eines schönen Förderprogramms 500 Euro oder mehr in die Hand zu drücken; das Programm läuft nämlich irgendwann einmal aus, und dann ist Schluss mit der Finanzierung. Vorausschauend und langfristig muss gehandelt werden, nicht immer nur mit wohlklingenden Programmen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Sondern?)

Wir FREIEN WÄHLER wollen die Stärkung der haus- und fachärztlichen Versorgung in den ländlichen Regionen. Sonst heißt es bald: Ärzte weg - Menschen weg. Das setzt auch den Ausbau der Weiterbildungsverbände für Allgemeinmedizin voraus, damit auch junge Mediziner in ländlichen Regionen an die Universitäten angebunden bleiben und keinen Nachteil durch ihre Tätigkeit im ländlichen Raum haben. Denn es reicht nicht aus, die Studenten für die Allgemeinmedizin zu interessieren; immer wieder müssen auch Anreize gesetzt werden, dass sie sich im ländlichen Raum niederlassen, nämlich dort, wo die Ärzte einfach fehlen.

Kolleginnen und Kollegen, das Problem beschränkt sich nicht allein auf die Ärzte. Auch viele Frauen sehen sich ernsthaften Problemen gegenüber, wenn sie eine Geburtshelferin suchen. Das meldete der Bayerische Hebammenverband erst dieser Tage. Auch hier fehlt ein klares Signal aus dem Gesundheitsministerium. Erst zu Jahresbeginn haben die He-

bammen eine deutliche Anhebung ihrer Honorare bewirkt; aber wieder mussten erst die FREIEN WÄHLER, mussten wir einen Antrag stellen, damit etwas passierte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Glauben Sie das selber? - Kathrin Sonnenholzner (SPD): An Selbstbewusstsein fehlt's euch nicht! - Anhaltende Zurufe von der CSU)

Trotzdem zeichnet sich weiter eine Unterversorgung mit Hebammen in Bayern ab. Handeln Sie bitte, Herr Huber! Wenn Sie wieder einen Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER brauchen, sind wir gerne behilflich. Das machen wir sogar ganz schnell und kostenlos. – Ich hoffe, nicht umsonst.

Wir FREIEN WÄHLER fordern auch, dass sich die Bayerische Staatsregierung zu ihren Krankenhäusern bekennt und auf Bundesebene schnellstmöglich eine grundlegende Form der Krankenhausfinanzierung durchsetzt. Wer ist denn in Berlin an der Regierung, wir FREIEN WÄHLER oder die CSU? Jetzt, kurz vor der Wahl, Bundesratsinitiativen zu starten, ist mehr als Scheinagitation, Herr Gesundheitsminister. Wir fordern, dass Sie noch vor September eine Sofortförderung für die Krankenhäuser auf den Weg bringen, damit diese nicht noch weiter ins Defizit fallen. Wenn nach Angaben der Bayerischen Krankenhausesellschaft mittlerweile fast jedes zweite bayerische Krankenhaus rote Zahlen schreibt, dann stimmt etwas mit der Finanzierung nicht. Das können nicht alle schlecht wirtschaftende Häuser sein. Die Menschen in Bayern brauchen ihre Krankenhäuser, vor allem auch die kleinen Häuser, die die Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen.

Wir FREIEN WÄHLER haben auch seit Jahren die Abschaffung der Praxisgebühr gefordert, weil die Studien nachgewiesen haben, dass sie keinerlei Steuereffekte erzielt, die Ärzte dafür aber mit Bürokratie beschwert hat.

(Tobias Thalhammer (FDP): Zum Glück hat das die FDP umgesetzt! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

Sie haben unsere Anträge immer wieder abgelehnt. Jetzt hat sich Gott sei Dank alles zum Guten gewendet. Die Praxisgebühr wurde abgeschafft. Aber auch das, Kolleginnen und Kollegen, war nicht das Verdienst unseres Gesundheitsministers.

(Tobias Thalhammer (FDP): Der FDP! Sage es ruhig!)

- Das war vielleicht noch einmal ein kleines Verdienst der FDP.

(Tobias Thalhammer (FDP): Danke!)

Wir FREIEN WÄHLER wollen aber auch, dass die Rechte derjenigen Menschen, die sich am wenigsten wehren können, beachtet werden und auch zwingend beachtet werden müssen. Das sind die psychisch kranken Menschen, die unter Betreuung stehen und sich in entsprechenden Einrichtungen befinden. Die allgemeine Rechtsgrundlage aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch zur erzwungenen medizinischen Behandlung dieser Menschen wurde vom BGH als nicht ausreichend angesehen. Eine konkretere Rechtsgrundlage wird gegenwärtig auf Bundesebene geschaffen. Dann muss das Bayerische Unterbringungsgesetz entsprechend angepasst werden. Diese Chance sollten wir in Bayern nutzen und unser Unterbringungsgesetz in ein modernes Gesetz zur Hilfe für psychisch kranke Menschen umwandeln, das die Rechte der Betroffenen auf bestmögliche Weise schützt. Psychisch Kranke brauchen Hilfe und nicht allein Unterbringung. Das muss in einem Gesetz auch zum Ausdruck kommen. Freiheitsentziehung und Zwangsmaßnahmen dürfen nur die Ultima Ratio sein, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns seit Jahren auch für eine grundsätzliche Neuordnung des Gesundheitssystems ein. Das gegenwärtige Gesundheitssystem ist durch den Reformwahn der letzten Jahre dermaßen komplex und unübersichtlich geworden, dass niemand mehr weiß, wohin welche Gelder fließen. Da muss man sich nicht wundern, dass die Finanzmittel letztendlich irgendwo versickern. Wir brauchen endlich ein transparentes, gerechtes System, das den Patienten in den Mittelpunkt stellt, die Haus- und Fachärzte von Bürokratie befreit und sie angemessen belohnt, ohne dass ständig das Damoklesschwert eines Regresses in existenzgefährdender Höhe droht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Tätigkeit eines niedergelassenen Arztes, der seine Patienten gut versorgt, muss sich lohnen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen auch die Dualität zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung aufgeben, weil wir jedem Bürger zutrauen, sich selbst zu entscheiden, ob er sich bei einer privaten oder bei einer öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung versichern möchte. Die Pflichtversicherungsgrenze ist eine Bevormundung der Menschen, meine Damen und Herren. Jeder muss selbst entscheiden können, wie er sich versichern möchte. Vom Gesetzgeber muss sichergestellt werden, dass jeder überhaupt krankenversichert ist und dass der Umfang der Kran-

kenversicherung auf jeden Fall eine gute medizinische Versorgung gewährleistet.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Aber darüber hinaus sollte aus unserer Sicht jeder frei entscheiden können, bei wem, ob gesetzlich oder privat, er sich versichern möchte und letztendlich auch, wie viel Geld ihm seine Gesundheitsversorgung wert ist. Das ist die Freiheit des Einzelnen. Wir schreiben ja zum Beispiel auch niemandem vor, welche Summen er für seine Altersversorgung ausgibt, mit wie viel Geld er an der Börse spekuliert oder ob er sich einen Porsche kauft, nur weil er ein kleines oder mittleres Einkommen hat. Die Rahmenbedingungen dazu müssen aber stimmen. Das heißt, der Leistungskatalog für eine gute medizinische Versorgung muss gesetzlich festgeschrieben sein und er muss für alle Krankenversicherer gelten. Das Konzept, das diesen Erwägungen entspricht, ist die soziale Gesundheitsversicherung der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER, die wir hier ja schon mehrfach besprochen haben.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER) - Tobias Thahammer (FDP): Sie wird davon aber auch nicht besser!)

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass in Bayern die Notarztversorgung sowohl in der Stadt als auch auf dem Land sichergestellt wird. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, heißt auch, dass die Ärzte, die Notarzt-dienste versehen, angemessen bezahlt werden. Es kann einfach nicht sein, dass die notärztlich tätigen Kollegen im Streit um das Abrechnungssystem den Kürzeren ziehen und dafür, dass sie im Ernstfall zu jeder Tages- oder Nachtzeit für die medizinische Versorgung der Menschen in Bayern sorgen – hierbei geht es ja um Menschenleben –, noch nicht einmal angemessen und zeitgerecht honoriert werden.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER))

Wir FREIEN WÄHLER fordern, dass Sie, Herr Staatsminister Huber, sich eindeutig zur neuen Bereitschaftsdienstordnung für Ärzte positionieren. Dies ist gegenwärtig besonders einfach, weil sie bei Ihnen zur Genehmigung liegt. Aber auch in diesem Bereich haben Sie sich bislang vornehm zurückgehalten. Auch die Kollegen, die in der Gesundheitspolitik tätig sind, sagen immer, das sei Aufgabe der Selbstverwaltung. Das stimmt auch; aber es hat schon einen Grund, dass es auch in Angelegenheiten der Selbstverwaltung eine Rechtsaufsichtsbehörde gibt. Das ist Ihr Ministerium, Herr Staatsminister. Wenn die Selbstverwaltung an ihre Grenzen kommt und gesetzlich

notwendige Leistungen nicht mehr erfüllen kann, muss sich der Gesundheitsminister zumindest positionieren. Es ist die Aufgabe eines Gesundheitsministers, klar Stellung zu beziehen und für die bayerische Gesundheitspolitik eine Führungsrolle zu übernehmen. Wenn nicht, was sind dann die Aufgaben eines Gesundheitsministers? Die Frage lautet also: Entspricht es Ihrem Verständnis von ärztlichem Berufsethos und Verantwortung für die Menschen in Bayern, wenn der Bereitschaftsdienst zukünftig auch von Ärzten wie Radiologen, Pathologen oder ärztlichen Psychotherapeuten bis zum Alter von 62 Jahren durchgeführt wird, die vielleicht jahrzehntelang keinen Patientenkontakt mehr hatten, nicht mehr somatisch tätig waren und bei medizinischen Notfällen vielleicht – das sagen die Kollegen selber – nicht viel mehr wissen als jeder Laie? Reicht für derartige Notfälle die kurze Fortbildung der KV mit 18 Stunden und einem Übergangszeitraum von zwei Jahren aus? Ich ver-sehe das mit einem Fragezeichen. Wir von der Fraktion FREIE WÄHLER könnten uns vorstellen, dass man über längere Übergangsfristen, zum Beispiel von fünf Jahren, diskutiert oder auch Einzelfallprüfungen ermöglicht. Es kann nicht sein, dass ein Arzt gegen sein Gewissen gezwungen wird, am Bereitschaftsdienst teilzunehmen. Das kann nicht sein. Auf diese Fragen erwarten die Menschen in Bayern und auch hier in diesem Hohen Haus eine Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fasse zusammen: "Gut.Leben.Bayern – intakte Umwelt, gesundes Leben" – Ihre heutige Regierungserklärung war wieder Wahlkampf pur. Es waren schöne Worte, die wie immer im September dieses Jahres vergessen sein werden. Ich erinnere an die Versprechen, die Sie den Hausärzten im Herbst 2008 gemacht haben. Im Wahlkampf 2008 gab es im Übrigen schon einmal einen ähnlichen Slogan. Wahrscheinlich kam er von derselben Werbeagentur: "Sommer, Sonne, Bayern". Das ging damals bekanntermaßen in die Hose.

Wir haben in Bayern in der Gesundheitspolitik viele Baustellen. Aufgrund der Kürze der Zeit konnte ich nur ein paar nennen. Ein Beispiel sind die Probleme der konservativ tätigen Fachärzte. Auch hier sollte sich ein Gesundheitsminister positionieren. Ein weiteres Beispiel ist die Pflegekammer. Herr Staatsminister, Ihre Meinung zur Pflegekammer würde mich schon interessieren. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich von einer Zwei- bis Drei-Prozent-Partei auf der Nase herumtrampeln lassen.

(Ludwig Wörner (SPD): Wer is' denn des?)

Die Telemedizin ist angesprochen worden. Herr Ministerpräsident, sie funktioniert nur mit schnellem Internet. Sonst kommen wir nicht weiter.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Dafür brauchen wir endlich Lösungen. Dafür bedarf es einer aktiven Regierung, eines aktiven Ministerpräsidenten, aber auch eines aktiven Gesundheitsministers. Schlagworte allein und das Aussitzen von Problemen haben die Menschen in Bayern nicht verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Magerl. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Magerl. Die Nächste im Anschluss ist Frau Sandt.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Hohes Haus! Lassen Sie mich zuerst eine Vorbemerkung machen. Die extrem knappe Zustellung der Regierungserklärung um zehn Uhr während der Arbeitskreissitzung ist ein unfreundlicher Akt, Herr Staatsminister. Andere Ministerien bringen die Regierungserklärungen früher, zumindest am Abend zuvor. Dann hat man noch eine Nacht zum Durcharbeiten. Dass man sie während einer Fraktionssitzung oder eines Arbeitskreises durcharbeiten muss, sind keine optimalen Arbeitsbedingungen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das schütteln Sie doch aus dem Ärmel! - Ludwig Wörner (SPD): Wenn wenigstens was dring'stand'n waar!)

- Auf das komme ich gleich, Kollege Wörner. Diese Regierungserklärung ist wie schon gewohnt der Auftakt zur üblichen inflationären Entwicklung von Regierungserklärungen vor der Wahl. Das kennen wir. Ich bin schon länger hier im Hohen Hause. Andere Minister stehen bereits in den Startlöchern. Für die nächste Sitzung ist auch schon wieder eine Regierungserklärung angekündigt. Das wird sich bis zum Juli fortsetzen.

Die vorliegende Regierungserklärung ist eine Ansammlung von kaum zu überbietender Schönfärberei und Selbstbeweihräucherung. Sie ist ein Sammelsurium von nichtssagenden Worthülsen und enthält kaum etwas Konkretes.

Das Zauberwort heißt Flexibilisierung. Danach kommt nichts mehr. Optimieren statt maximieren, heißt es. Was bedeutet das? Ökonomisch stark und zugleich ökologisch reich sein – das sind wohlklingende, aber nichtssagende Parolen. Wesentliche Brennpunkte, zu denen wir eine Aussage erwartet hätten, werden ausgeklammert. Nur ein Stichwort: Die Zeitungen sind

voll von Berichten über Stickoxide, Feinstaub und Strafzahlungen, die uns seitens der EU drohen. Dazu gibt es keine Aussage. Bei der Umsetzung der Wasserrahmenlinie herrscht Fehlanzeige. Das Kataster für Pumpspeicherkraftwerke wurde für Ende letzten Jahres groß angekündigt. Bis heute Fehlanzeige. Ich könnte noch Weiteres aufzählen, was fehlt. Bei der Gesundheitspolitik ist es schon aufgezeigt worden. Kollegin Schopper, die für uns zur Gesundheitspolitik redet, wird noch weitere fehlende Punkte aufzeigen.

Nun zu den einzelnen Punkten, erstens zum Klimawandel. Das, was Sie gesagt haben, ist identisch mit dem, was Ihr Vorgänger Söder im Jahr 2010 gesagt hat. Im Prinzip herrscht Stillstand. Kollege Fahn, das ist absolut richtig. Sie sagten, der energiebedingte CO₂-Ausstoß liegt bei sechs Tonnen pro Kopf und so weiter. Bis 2020 wollen Sie trotz gleichzeitigen Kernkraftausstiegs den Wert auf deutlich unter sechs Tonnen reduzieren. Bis 2030 könnten Sie sich sogar fünf Tonnen vorstellen. Ihr Vorgänger hat 2010 gesagt, dass bis 2030 die energiebedingten CO₂-Emissionen Bayerns auf unter fünf Tonnen pro Einwohner und Jahr reduziert werden. Er ist also sogar noch ein bisschen weiter gegangen und hat unter fünf Tonnen gesagt. Sie sagen nur, fünf Tonnen könnten Sie sich vorstellen. Ich sage nur das, was Ihr Vorgänger gesagt hat, und was Sie erklären. Sie haben keine ehrgeizigen oder ambitionierten Ziele.

Sie sparen genau die Ursachen aus, die dazu geführt haben, dass der CO₂-Ausstoß sogar leicht auf 6,2 oder 6,4 Tonnen pro Einwohner und Jahr gestiegen ist. Sie sparen den Verkehr aus, der in Bayern mit über 40 % zum CO₂-Ausstoß beiträgt. Dazu kommt keine Aussage. Da müssen Sie aber ran. Sie sparen die Landwirtschaft aus. Sie beschränken sich in dieser Regierungserklärung auf die regenerativen Energien, gehen aber an die wesentlichen Punkte in diesem Zusammenhang nicht ran.

Bei den regenerativen Energien erwähnen sie den Zwölf-Punkte-Aktionsplan. Berichten Sie doch über die Verwirklichung der Pläne. Pläne sind recht schön und gut, aber es fehlt die Realisierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Energiekommission hat die Sanierung kommunaler Gebäude gefordert. Die Mehrheit im Haus hat sie aber wieder abgelehnt. Etwas schön aufs Papier zu schreiben, ist gut. Wir sollten sie aber an ihren Taten erkennen, so heißt es an anderer Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von 33 % am Stromverbrauch steht Bayern zwar relativ gut da.

(Alexander König (CSU): Sehr gut da!)

Man muss aber sagen, woher das kommt, nämlich daher, dass wir die Alpen haben und es im Stau der Alpen viel regnet. Wir haben viel Wasser und viel Gefälle und damit viel Wasserkraft. Das haben andere Regionen aufgrund ihrer topografischen Verhältnisse leider nicht zu bieten.

Das Zweite: Wir haben hoch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die die Energiewende vollzogen haben. Das war doch nicht in erster Linie die Staatsregierung. Die CSU und die Staatsregierung haben versucht, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu blockieren und zu torpedieren, so gut es nur ging. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind vorausmarschiert. Deshalb gibt es bei uns so viele Photovoltaikanlagen und einen so hohen Anteil an erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hausaufgaben haben Sie nicht gemacht. Das Pumpspeicherkataster haben Sie angekündigt, aber nicht geliefert. Der dreidimensionale Windatlas fehlt. Damit fehlt auch eine anständige Kulisse für die Windkraft. Die Gebietskulisse für die Wasserkraft fehlt. Die Oberfrankenleitung kommt nur schleppend voran. Sie haben kein eigenes Konzept für Kapazitätsmechanismen. Hochmoderne Gaskraftwerke sind von Stilllegung bedroht. Das kann doch nicht sein. Das Einzige, was von der Bundesregierung kommt, sind die Preise. Sie reden über die hohen Preise und wollen damit erneut die Energiewende torpedieren. Das Problem sind weder die EEG-Umlage noch die Stromspeicher, das Problem sind die gesunkenen Börsenpreise, die nicht an die Kunden weitergegeben werden. Die EEG-Umlage steigt nur, weil der Börsenpreis sinkt. Da müssen wir letztlich ran.

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt kommen, zum Naturschutz, der einen breiten Teil dieser Regierungserklärung eingenommen hat. Von meiner Seite aus geht erst einmal der Dank an alle ehrenamtlich Aktiven in unserem Land, seien es diejenigen, die Arten erfassen und zählen, oder diejenigen, die im Biotopschutz aktiv sind. Ohne diese Menschen sähe es in unserem Land noch wesentlich düsterer aus, als es ohnehin schon aussieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben kurz das Thema Flächenverbrauch angerissen. Jährlich leisten wir uns nach wie vor den Verbrauch einer Fläche fast in der Größe des Chiemsees für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen:

18 Hektar pro Tag, so die aktuellste vorliegende Zahl, das ergibt aufs Jahr gesehen fast die Fläche des Chiemsees. Dieser Wert stellt eine Schande für unser Land dar; denn hier wird mit der Landschaft geaast.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben hier keinerlei Ziele vorgegeben. Die Bundesregierung hat eine nationale Strategie und möchte den Flächenverbrauch deutschlandweit auf 30 Hektar reduzieren. Auf Bayern heruntergerechnet würde das 5 Hektar pro Tag bedeuten. Zu solchen konkreten Forderungen der Bundesregierung äußern Sie sich nicht, Sie sagen nur, der Flächenverbrauch sei zu hoch. Das ist zwar eine wichtige Feststellung, aber in diesem Zusammenhang arg dürftig. Wir brauchen eine deutliche Reduzierung. Verglichen mit den anderen Bundesländern liegen wir in Bayern beim prozentualen Anstieg des Verbrauchs an Fläche von 1992 bis 2011 an der fünften Stelle. Vier Länder liegen zwar vor uns, aber das sind alles ostdeutsche Länder, bei denen die Projekte der deutschen Einheit durchgeschlagen haben. Beim Flächenverbrauch stehen wir unter den westdeutschen Ländern leider an der Spitze. Ich sage noch einmal: Was hier in unserem Land passiert, ist in meinen Augen eine Schande.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nächste Keule, die Sie auspacken, ist die geplante Neuregelung für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Da verwenden Sie das schöne Wort der Flexibilisierung, ohne dass Sie das mit Fakten hinterlegen und sagen, wohin Sie wollen. Sie haben keinen Ton zu dem von der FDP vorgelegten Antrag gesagt, dass die Realkompensation mit der finanziellen Kompensation gleichgesetzt werden soll. Da schweigen Sie.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das mache ich jetzt!)

- Da redet die FDP, aber wo bleibt denn eine Aussage der CSU während der Regierungserklärung dazu? Man kann doch nicht einfach sagen, wir wollen das Ganze flexibilisieren, ohne zu konkreten Punkten eine Aussage zu treffen. Sie haben die schöne Worthülse verwendet: Naturschätze dürfen nicht zur reinen Handelsware werden. Richtig! Mit dem aber, was die FDP vorhat, mit der Gleichsetzung von Real- und finanzieller Kompensation wird unsere Landschaft zur reinen Handelsware, dann sind wir mitten im Ablasshandel, den wir nie haben wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kündigen groß an, Sie wollen erreichen, dass 50 % der auf der Roten Liste erfassten Arten um eine

Stufe weniger gefährdet sein sollen. Das ist zwar ein hehres Ziel, aber wenn ich sehe, wie Sie mit den elf Anträgen von uns im Umweltausschuss in der letzten Woche umgegangen sind – Sie haben alle elf Anträge zum Naturschutz abgelehnt –, dann frage ich mich, wie Sie es schaffen wollen, die Rote Liste zu kürzen. Sie hatten schon einmal das Ziel, den Artenschwund bis 2010 auf null zu bringen. Das haben Sie nicht geschafft, und jetzt sagen Sie, dann machen wir das bis 2020. Bei der Umsetzung der FFH-Richtlinie, bei der Umsetzung des Werks, das Natura 2000 heißt und das bis 2000 hätte abgeschlossen sein sollen, haben Sie noch nicht einmal die Hälfte der Managementpläne erstellt. Bei der Umsetzung der in den Managementplänen enthaltenen Forderungen sind Sie fast noch beim Stand null. Das kann nicht sein!

Heute kündigen Sie wieder schön an, dass Sie sich um die endemischen Pflanzenarten kümmern. Was ist denn mit den endemischen Tierarten? – Fehlanzeige! Haben Sie dafür keine Verantwortung, oder wie ist das?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann spricht Kollege Hünnerkopf zum Grünland, das mittlerweile in Bayern die galoppierende Schwindsucht hat.

(Widerspruch des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

– Kollege Füracker, es ist so. Ich habe wieder eine Anfrage zum Thema Flachlandmähwiesen gestellt. In manchen Bereichen sind nur noch 3 % vorhanden. Kollege Hünnerkopf hat von einem "wachsamen Auge" gesprochen. Kollege Hünnerkopf, ein wachsames Auge reicht nicht, sondern hier ist Handeln angesagt. Handeln ist hier dringend erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einige Takte zum Thema Donau sagen. Natürlich ist das erst einmal grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung.

(Albert Füracker (CSU): Na, da siehst du's!)

Sie haben sich dabei aber ein Hintertürchen, groß wie ein Scheunentor, offengelassen; denn Sie sagen zu einem wesentlichen Punkt, zu den entscheidenden letzten 16 Kilometern, Herr Seehofer: nicht während meiner Amtszeit.

(Ludwig Wörner (SPD): Die kann schnell vorbei sein!)

Sie lassen das Ganze nach hinten offen. Die Naturschutzverbände haben das nicht ohne guten Grund kritisiert. Damit bleibt das Thema offen, und wir werden den Finger immer wieder in diese Wunde legen.

Sie lassen sich momentan für die ganze Geschichte feiern.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich werde gelobt!)

- Nicht geschimpft ist gelobt genug. Wir sollten ein bisschen in die Presse sehen, was sie zum Handeln der Staatsregierung geschrieben hat, Stichwort Raumordnungsverfahren. Da haben Sie die Variante A ausgeschlossen. Ich zitiere aus dem Raumordnungsverfahren vom 08.03.2006, das die Staatsregierung, nicht die Bundesregierung, zu verantworten hat: "Der Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen an der Donau entlang der Variante A entspricht nicht den Erfordernissen der Raumordnung." Das haben Sie gesagt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Die alte Regierung!)

- Damals waren Sie noch nicht Ministerpräsident. Das war die alte Regierung, aber ein paar davon sind schon noch dabei. Sie haben das so herbeigeführt. Ich trage einige Pressezitate dazu vor. So berichtet die "Mittelbayerische Zeitung" vom 03.03.2010: Die Staatsministerin – in dem Fall Frau Emilia Müller – hat am Rande des bayerischen Donauforums am Montagvormittag in Regensburg gesagt, dass der Fluss mehr als 280 Tage im Jahr offen sein müsse und sich die FDP, die in diesem Punkt innerhalb der Bayerischen Staatsregierung anderer Ansicht sei, sich schon noch auf Kurs bringen lasse. Während sich nämlich die CSU für die Errichtung einer Staustufe ausspricht, möchten die Liberalen die Donau naturnah und ohne Staustufe ausbauen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das sagen die so, wenn sie ein Geld kriegen!)

In der "Passauer Neuen Presse" vom 19.10.2009 heißt es:

Die Donauausbauvariante C 280 bleibt weiter im Rennen, das erklärte gestern Erwin Huber. Am Sonntagvormittag hätten die Spitzen von CDU/CSU und FDP entschieden, eine Formulierung des Umweltausschusses, wonach sich die neue schwarz-gelbe Bundesregierung gegen weitere Staustufen in der Donau ausspreche, nicht in den Koalitionsvertrag zu übernehmen. Damit war das Veto, das Ilse Aigner gegen diese Formulierung eingelegt hat, erfolgreich, so Huber. Der

Druck, den die Unionsverkehrspolitiker und die Niederbayern-CSU gemacht hätten, halte somit den Donauausbau für weitere Verhandlungen und Gutachten offen.

(Zurufe von der CSU)

Ich weiß, dass euch das peinlich ist. Zuletzt trage ich noch aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 05.11.2009 vor:

Vermutlich war die Gleichzeitigkeit Zufall, dem Streit um den Donauausbau verlieh sie trotzdem Wucht. Am Mittwoch bekannte sich Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer erstmals eindeutig zum Bau einer Staustufe und dem Durchstich der Mühlhamer Schleife. Er sei dezidiert für diese Lösung, sagte Seehofer der Mittelbayerischen Zeitung.

Gut, Sie haben sich eines Besseren belehren lassen, und insofern sage ich in gewisser Hinsicht: Hut ab! In der Regierungserklärung – das ist durchaus erfreulich – heißt es, dass die frei fließende Donau für unsere Heimat ein großer Schatz ist und dass die Bevölkerung vor Ort dafür kämpfen wird. Was ist denn mit der Bevölkerung in anderen Landesteilen, die für ihre Heimat genauso berechtigt kämpft, im Isental, wo der Umweltminister zum Spatenstich für die Autobahn hinfährt, im Erdinger Moos, wo Sie uns ab 20. März in einen Prozess vor dem VGH reinzwingen?

(Widerspruch des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Die Leute kämpfen dort mit gleicher Überzeugung für ihre Heimat wie die Bevölkerung an der Donau, aber dort ziehen Sie Ihre Planungen durch. Was Sie hier gemacht haben, ist in Ordnung, aber das sollten Sie an anderer Stelle in Bayern auch bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Ich gehe noch kurz auf das Thema Wasser ein. Zur Wasserrahmenrichtlinie findet sich in der Regierungserklärung nichts, Fehlanzeige! Das ist aber eine der wichtigsten Richtlinien in der Europäischen Union. Da geht in Bayern sehr wenig weiter. Wir sagen ein klares Nein zur Privatisierung des Wassers. Ich habe jetzt nicht mehr viel Redezeit, sondern sage nur ganz klar: Wir stehen dazu. Wir sagen auch ein klares und deutliches Nein zum Fracking. Wir als Fraktion sagen zur Schiefergasförderung ein klares und deutliches Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe jetzt nicht mehr die Zeit, die ich gerne hätte, um zum Lebensmittel- und Futtermittelskandal zu sprechen. In den letzten Wochen sind in unserem Land wieder mehrere Skandale aufgeschlagen, und sie zeigen den Wahnsinn in der Ernährungsindustrie und den Wahnsinn dessen, was wir da treiben. Beim Pferdefleisch sind Strukturen der organisierten Kriminalität unterwegs. Man muss klar und deutlich sagen: Das System der Eigenkontrolle durch die Industrie ist gescheitert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen das Kontrollsystem in diesem Zusammenhang auf neue Füße stellen und müssen mit einem starken Staat die Kontrollen zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger durchziehen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sie haben von Bayern als einem Land der Schönheit gesprochen. Diese Schönheit wird bedauerlicherweise täglich Stück für Stück weniger, und das wird durch diese Bayerische Staatsregierung verursacht. Dies muss dringend geändert werden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin hatte ich schon angekündigt. Frau Sandt, Sie bekommen jetzt das Wort. Ihnen folgt dann Herr Dr. Zimmermann. Bitte schön, Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im Glücksatlas, den die Deutsche Post jedes Jahr ermitteln lässt,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

wird die Lebenszufriedenheit der Menschen in verschiedenen Bundesländern erhoben. Wen wundert's, die Bayern sind besonders zufrieden. Allerdings ist die Zufriedenheit zurückgegangen. In den Jahren 2001 bis 2009 wurde nicht gemessen. Aber 2009 wurde gemessen, und seit 2009 steigt das Glück der Bayern kontinuierlich an. Gemessen wird unter anderem die Zufriedenheit mit dem Gesundheitswesen, aber auch mit dem Einkommen und mit der Arbeit. Unsere Bürger fühlen sich also im Gesundheitsland Bayern wohl. Wir wollen, dass das so bleibt.

Bayern steht international gut da mit einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung auf qualitativ sehr hohem Niveau, mit seiner dynamischen Entwicklung im Gesundheitstourismus und in der Gesundheitswirtschaft. Das sind Qualitätsmerkmale des Gesundheitslandes Bayern. In Bayern sind fast 25.000 Ärzte und Psychotherapeuten im ambulanten Bereich tätig. Hinzu kommen rund 10.000 Zahnärzte. Weitere

24.000 Mediziner sind in über 390 Akutkrankenhäusern beschäftigt.

(Ludwig Wörner (SPD): Da sehen Sie, wie krank das Volk ist!)

Hinzu kommen rund 3.500 Apotheken, und so erhalten die Bürgerinnen und Bürger die notwendigen Behandlungen und profitieren vom medizinischen Fortschritt, unabhängig von Einkommen, Alter und sozialer Herkunft.

Der weltweit gute Ruf der medizinischen Versorgung in Bayern beruht vor allem auf der hervorragenden persönlichen Qualifikation und der Leistungsbereitschaft aller Beschäftigten. Unsere Ärztinnen und Ärzte, unsere Krankenschwestern, unsere Pfleger und die vielen verschiedenen Menschen, die im Gesundheitswesen arbeiten, leisten einen unverzichtbaren Beitrag für mehr Lebensqualität in Bayern. Herzlichen Dank an alle.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Pflegekammern: Herr Huber, wenn Sie eine Umfrage machen, dann würde ich mich schon dafür interessieren, wen Sie da genau fragen, und auch dafür, wie diese Fragen formuliert sind. Wird da wirklich deutlich, dass das mit einer, sagen wir einmal, Zwangsmitgliedschaft verbunden ist? Ansonsten kennen Sie unsere Auffassung zu diesem Thema.

Bei der ärztlichen Versorgung ist Bayern unter den deutschen Flächenstaaten auf Platz eins. Bei uns in Bayern kommen im Schnitt 226 Einwohner auf einen Arzt. In Brandenburg beispielsweise sind es 290. Die Situation dort ist also viel schlechter als bei uns.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat gilt nach den Vorgaben bisheriger Bedarfsrichtlinien als sehr gut versorgt. Nirgends besteht Unterversorgung, das ist richtig. So erfreulich diese Entwicklung scheint, stehen wir doch vor einer gewaltigen Herausforderung. Jetzt sind viele Ärzte da, aber die Menschen werden älter, und auch die Ärztinnen und Ärzte werden immer älter. Mittlerweile sind niedergelassene Ärzte im Schnitt 54 Jahre alt, und 27 % der niedergelassenen Ärzte sind über 60. Wir müssen zusehen, dass wir in allen Regionen Bayerns Nachfolger für die Praxen finden. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr hat dazu mit dem Versorgungsstrukturgesetz ganz entscheidende Weichen gestellt, mit der Möglichkeit, finanzielle Anreize zu setzen, mit der Aufhebung der Residenzpflicht – der Arzt muss nicht mehr dort wohnen, wo er seine Praxis hat –, mit dem Ausbau mobiler Versorgungskonzepte, aber auch mit der Stärkung – und das ist ein ganz wichtiger Punkt –

der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Ärztinnen und Ärzte. Hier in Bayern hat diese schwarz-gelbe Regierungskoalition ebenfalls reagiert und ein Förderprogramm zum Erhalt und zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum beschlossen und dafür 15,5 Millionen Euro in den Jahren 2012 bis 2014 bereitgestellt.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Entschuldigung. Herr Kollege Dr. Fahn, bitte drehen Sie der Rednerin wenigstens nicht den Rücken zu. Danke.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Entschuldigung!)

Julika Sandt (FDP): Dieses Programm sichert eine qualitativ hochwertige flächendeckende medizinische Versorgung in Bayern mit folgenden Maßnahmen: Wir fördern innovative medizinische Versorgungskonzepte und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle. Wir fördern die Niederlassung im ländlichen Raum mit 60.000 Euro, allerdings nur in sehr kleinen Gemeinden. Wir sehen aber auch zu, dass wir mehr Medizinstudenten haben. Mit Wolfgang Heubischs Unterstützung wurde zunächst der erste Lehrstuhl für Allgemeinmedizin ins Leben gerufen. Diesen Weg gehen wir weiter. Wir haben zusätzlich 80 Studienplätze für Humanmedizin geschaffen. Studierende der Medizin, die sich für eine spätere Tätigkeit im ländlichen Raum entscheiden, können ein Stipendium in Höhe von 300 Euro pro Monat beantragen. Sie sehen also, diese Koalition hat gehandelt, sie hat Geld in die Hand genommen, um gesundes Leben in allen Regionen Bayerns zu ermöglichen und die ambulante Gesundheitsversorgung der bayerischen Bevölkerung zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

In Zukunft sollten wir jedoch nicht nur die Altersentwicklung der Hausärzte im Blick haben, sondern auch die Altersentwicklung der Fachärzte. Außerdem ist eine Erhöhung der Zahl der Kassenarztsitze für die Kinder- und Jugendpsychiatrie dringend erforderlich, um auch hier die ambulante und wohnortnahe Versorgung sicherzustellen.

(Ludwig Wörner (SPD): Und die Versorgung der Patienten!)

Der Arzt oder die Ärztin auf dem Lande ist ein Standortfaktor. Eine wichtige Frage lautet immer: Ist ein Arzt am Ort? – Umgekehrt sind viele andere Standortfaktoren dafür entscheidend, ob sich Ärzte niederlassen. Die üblichen Fragen sind: Kann mein Partner/meine Partnerin dort arbeiten? Wie ist das kulturelle Umfeld? Können meine Kinder dort einen Kindergarten oder eine Schule besuchen? Wir sind deshalb auf

allen Politikfeldern sehr aktiv, beispielsweise durch den Ausbau der wohnortnahen Schulen, der Kinderbetreuungsplätze, der Breitbandanbindung. Auch das kulturelle Umfeld ist wichtig. Wolfgang Heubisch hat gerade mit dem Kulturkonzept den ländlichen Raum gestärkt. Wir sind auf allen Politikfeldern aktiv, um den ländlichen Raum zu stärken, damit sich in Zukunft Ärztinnen und Ärzte und die Vertreter anderer Heilberufe auf dem Land niederlassen.

Auch die stationäre Versorgung kommt in Bayern nicht zu kurz. Die Krankenhausfinanzierung wird um 70 Millionen auf 500 Millionen Euro erhöht. Die Akutkrankenhäuser halten fast 74.000 Betten vor. Das entspricht etwa 60 Betten je 10.000 Einwohner. Bayern leistet damit eine umfassende bürgernahe Krankenhausversorgung. Ab diesem Jahr fördert der Freistaat zusätzliche 19 Bauprojekte an bayerischen Krankenhäusern. Das staatliche Investitionsvolumen kommt nicht nur der Gesundheit der Menschen in Bayern zugute, auch wenn das ein zentraler und wichtiger Punkt ist, sondern es schiebt auch die Bauwirtschaft und das Handwerk an, ebenso wie die medizintechnische Industrie. Es setzt in allen Bereichen wichtige Wachstumsimpulse.

Wir vernetzen die Leistungssektoren und verbessern so die Versorgung im ländlichen Raum, auch durch die Telemedizin, die wir 2013 und 2014 mit je 1,5 Millionen Euro unterstützen.

Sehen lassen kann sich auch die Bilanz der Zahnärzte. In Bayern fällt rund 20 % weniger Zahnersatz an als im Bundesdurchschnitt. Das liegt auch an der präventionsorientierten Arbeit hier in Bayern. Ich bin sehr froh, dass hier endlich nicht mehr rationiert werden muss, weil die Budgetierung jetzt endlich aufgehoben wurde. Das ist ein Riesenerfolg. Dafür hat sich Wolfgang Heubisch in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene eingesetzt. Dadurch gibt es auch in Bayern nicht mehr die Puffertage am Ende des Jahres, wo man nicht weiß, ob die Vergütung der Leistung gesichert ist. Damit ist jetzt Schluss: Wir haben geliefert.

(Beifall bei der FDP)

Um die Patientenrechte in Bayern zu stärken, wurde eine Patientenbeauftragte ernannt. Wir stellen uns auch der ganz großen Herausforderung für unsere Gesellschaft, nämlich der Altersentwicklung. Wir haben die geriatrische und die palliativmedizinische Untersuchung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich gestärkt. Teams zur spezialisierten ambulanten Palliativversorgung werden seit 2010 bundesweit einmalig mit bis zu 15.000 Euro gefördert. Derzeit sind 20 Teams für Erwachsene und zwei

Teams für Kinder in Bayern tätig. Diese Förderung wird auch in diesem Jahr fortgesetzt.

Ein weiterer wichtiger Punkt für ein besseres Leben und für mehr Gesundheit in Bayern ist die Verringerung potenzieller Ansteckungsgefahren und die bessere Hygiene in Krankenhäusern, Praxen und Heimen. Es freut mich sehr, dass wir die Mittel hierfür erhöhen konnten, um übertragbare Krankheiten zu verhüten und die Infektionshygiene in Einrichtungen des Gesundheitswesens in Bayern zu verbessern. Das sind Maßnahmen für ein gesundes Leben in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Die Gesundheitswirtschaft und der Gesundheitstourismus in Bayern haben ein ganz besonders hohes Wachstumspotenzial. Dies liegt zum einen am medizinisch-technischen Fortschritt, zum anderen an der demografischen Entwicklung – die Menschen werden älter –, aber auch am zunehmenden Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung. Der Gesundheitsmarkt erwirtschaftet mit einem jährlichen Umsatz von circa 47 Milliarden Euro jeden neunten Euro des bayerischen Bruttosozialprodukts. Die Branche beschäftigt schon jetzt jeden achten Arbeitnehmer. Viele der weltweit umsatzstärksten Medizintechnikfirmen stammen aus Bayern oder sind hier mit einer Niederlassung vertreten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mehrere weltweit führende Pharmaunternehmen haben sich in Bayern niedergelassen, darunter Roche, Novartis und Pfizer. Im Bereich der Medizintechnik bündelt Bayern wie kaum eine andere Region in Europa unternehmerische Kompetenz mit mehr als 250 meist mittelständischen Firmen. Der Innovationsmotor der Medizintechnik bietet Potenzial für viele neue Arbeitsplätze. Das bayerische Gesundheitswesen ist der Wachstumsmarkt der Zukunft.

Es gibt nur einen Hebel, das Wachstum zu stoppen, und der wäre, Rot-Grün zu wählen. Rot-Grün will die Bürgerversicherung, die Zwangseinheitsversicherung für alle. Aber sie verhindert doch jeglichen Anreiz für medizinische Entwicklungen. Wenn wir den Golf für alle verordnen, warum sollte dann noch jemand einen 7er BMW produzieren?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Die Vielfalt, der Wettbewerb haben Innovationen im Gesundheitswesen doch erst ermöglicht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer braucht denn schon einen 7er BMW?)

Sie wollen keine Innovationen. Sie wollen keinen Fortschritt, und Sie wollen keine bessere Versorgung. Wir wollen das schon. Genauso wie wir eine fortschrittliche Automobilindustrie wollen, wollen wir auch eine fortschrittliche Medizin.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Sie brauchen gar nicht so zu schreien. – Wir wollen an diesem Fortschritt festhalten. Wir meinen, dass das ein ganz wichtiger Markt, ein ganz wichtiger Bereich für die Menschen ist, damit ihre Gesundheit verbessert wird. Aber dies ist natürlich auch ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir nutzen die Chancen, die uns die Gesundheitsbranche in Bayern bietet. Ich möchte noch ergänzen: Auch unsere Minister tun das mit den Universitätskliniken, die hier sehr stark sind, mit der außeruniversitären Forschung, mit Netzwerken, mit Forschungseinrichtungen und mit Gründungszentren. All das wurde unterstützt und finanziert. Wir sehen sehr stark die Chancen des Gesundheitsmarktes auch für eine bessere Versorgung der Menschen in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich fasse zusammen: Wir sind für die freie Arztwahl, für die freie Therapiewahl, für Freiheiten beim Krankenversicherungsschutz, für eine freiberufliche Berufsausübung und vor allen Dingen für Bürokratieabbau im Gesundheitswesen.

(Ludwig Wörner (SPD): Die FDP wird in die Freiheit entlassen!)

Ein wichtiger Punkt für den Bürokratieabbau war die Abschaffung der Kassengebühr; das ist ein riesiger Erfolg. Dadurch entsteht weniger Verwaltung, und die Patienten werden weniger zur Kasse gebeten. Weniger Verwaltung bedeutet mehr Zeit für die Patienten. Wir stehen dazu: Wir wollen auch weniger Verwaltungskosten. Wir wollen stabile Beiträge, auch für zukünftige Generationen. Ich wünsche uns, dass wir alle das im Blick haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Sandt. – Herr Dr. Zimmermann hat sich dankenswerterweise schon auf den Weg gemacht. Sie erhalten das Wort. Ihnen folgt dann Kollege Wörner. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Zimmermann.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr ge-

ehrter Herr Staatsminister, Sie haben in sehr eindrucksvoller Art und Weise den Spannungsbogen von der Umwelt zur Gesundheit gespannt. Ich muss sagen, dass die Darstellungen so umfassend waren, dass ich als gesundheitspolitischer Sprecher meiner Fraktion eigentlich überhaupt nichts mehr zu sagen hätte. Ich muss Sie, meine Damen und Herren, letztendlich aber doch noch bemühen, mir zuzuhören; denn ich hätte noch ein paar Vertiefungen zu machen, wenn Sie mir erlauben.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das kann ich mir nicht vorstellen!)

- Ich habe "Vertiefungen" gesagt, nur Vertiefungen, Frau Kollegin Sonnenholzner.

Bevor ich mit meinen Grundüberlegungen beginne, Frau Sonnenholzner, möchte ich Folgendes sagen - Sie haben bestätigt, dass der Herr Staatsminister die ganze Problematik sehr umfassend dargestellt hat -: So zahm wie heute, Frau Kollegin, habe ich Sie nur selten erlebt. Ich habe mir gedacht, heute kommt ein kleines Feuerwerk an neuen Ideen und Überlegungen, die bei der Opposition vielleicht noch irgendwo schlummern und endlich angepackt werden. Nein, ich kann feststellen: Sie sind mit den meisten Dingen, die vorgetragen worden sind, einverstanden. Das freut mich.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, ich will es nicht wiederholen, aber eines ist doch ganz klar: Es gibt kaum ein Themenfeld, kaum einen politischen Bereich im Freistaat Bayern, der so hervorragend erledigt wird, der sich so hervorragend darstellt und aufstellt wie der Gesundheitsbereich. Lassen Sie mich Folgendes sagen: Vom kleinen Studenten über den Gesundheitsreferenten bis zum Vorsitzenden des Landesgesundheitsrates kann ich erkennen, dass die Vorhaltungen, die der Freistaat Bayern seinen Bürgerinnen und Bürgern im Bereich der Gesundheit zukommen lässt und anbietet, hervorragend sind. Zugegeben, es gibt ein paar Baustellen, die aktuell immer wieder auftreten, bei denen es gewisse Unschärfen gibt und bei denen man ein bisschen nachjustieren muss. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie doch ganz objektiv alle diejenigen Patientinnen und Patienten dafür sprechen, die selbst aus dem Ausland nach Bayern kommen, weil sie sich hier in guten Händen wissen und behandeln, operieren oder versorgen lassen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Dies ist ein objektives Zeichen dafür, dass wir mit unseren Gesundheitsvorhaltungen im Freistaat so opti-

mal dastehen wie kein anderes Land in der Republik. Da müssen Sie mir doch recht geben.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings – lassen Sie mich auch das sagen – sehe ich natürlich ein paar Baustellen, die, um ehrlich zu sein, angesprochen werden müssen, auch hier im Parlament. Ich denke an die Kostensituation der Krankenhäuser. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, gibt es in unserem Land, im Freistaat, Krankenhäuser, die mit der aktuellen finanziellen Ausstattung aus den verschiedensten Gründen nicht mehr zu recht kommen, und zwar ganz wesentlich aufgrund der Vorgaben des Bundes, Stichwort "doppelte Degression". Das ist eine Situation, die einen schaudern lässt, nämlich dass für gutes wirtschaftliches Verhalten in den Krankenhäusern pekuniär doppelte Nachteile für den Krankenhausträger entstehen.

Mir hat gestern ein Krankenhausleiter einen Hilferuf zugesandt - ich darf daraus zitieren -, in dem er zum Ausdruck bringt, wie fatal sich die finanzielle Situation in den Krankenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland und damit natürlich auch in Bayern darstellt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER))

- Charly Vetter, für dich habe ich extra einen Zettel geschrieben, er liegt hier auf der Seite. – Was wird mir darin mitgeteilt? Darin steht, dass in einem Kreis-krankenhaus – das ist ein renommiertes Krankenhaus, nämlich Forchheim mit 250 Betten - aufgrund der Einnahmen- und Ausgabensituation, verglichen zum Vorjahr, also von 2012 zu 2013, folgende Situation entsteht - zunächst zu den Einnahmen -: Der Landesbasisfallwert in Bayern ist, wie auch in allen anderen Krankenhäusern, verglichen zu 2012, von 3.051,50 Euro auf 3.090,00 Euro gestiegen. Das ist ein Plus von 38,50 Euro, und dies bei gleichbleibenden Case-Mix-Punkten von 9.150. Dies ergibt eine Einnahmensteigerung von 352.275 Euro.

Dagegen stehen die Ausgaben: Die Lohnsteigerungen ohne die Ärzteschaft machen 697.000 Euro aus. Die Lohnsteigerungen für die Ärzte, im Moment circa 3,5 %, betragen 217.000 Euro. Die Steigerungen der Energiekosten um 8 % bedeuten für dieses Krankenhaus ein Mehr von 67.200 Euro. Die Steigerungen der Sachkosten, die mit 2,9 % zu Buche schlagen, betragen nominal 308.212 Euro. Hinzu kommt noch die jährliche Anhebung der Haftpflichtversicherung in Höhe von 108.000 Euro. Das macht Ausgaben in Höhe von rund 1,3 Millionen Euro. Dem stehen 300.000 Euro an Einnahmen gegenüber.

Meine Damen und Herren, diese Situation führt dazu, dass dieses Krankenhaus zum ersten Mal rote Zahlen schreibt. Die Situation, die ich Ihnen gerade skizziert habe, kommt nicht nur im Kreiskrankenhaus Forchheim vor, sondern ebenfalls in vielen anderen Krankenhäusern. Die Krankenhäuser werden vor unlösbare Probleme gestellt. Kolleginnen und Kollegen, das muss ich noch einmal vertiefen. Der Herr Minister hat es bereits angesprochen. Die Bayerische Staatsregierung hat dieses Problem erkannt und dieses Thema über eine Bundesratsinitiative vorgetragen. Frau Kollegin Sonnenholzner, Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass diese Initiative eine Mehrheit erhalten hat. Das ist nicht nur ein Vorteil für alle bayerischen, sondern für alle bundesdeutschen Krankenhäuser. Die Ungerechtigkeit und Unwirtschaftlichkeit, die im Gesetz verankert waren, sind mit dem Jahreswechsel von 2012 auf 2013 abgeschafft worden. Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei der Bayerischen Staatsregierung, dass sie die Initiative über den Bundesrat ergriffen hat.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man die aktuelle Presse verfolgt, stellt man fest, dass sich die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen im Deutschen Bundestag dieses Problems annehmen. Ich hoffe, dass das Problem in absehbarer Zeit gelöst wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zu einem zweiten Punkt aus dem Krankenhausbereich, der mir Sorgen bereitet. Es hat sich herumgesprochen, dass die gesundheitspolitischen Sprecher aller Fraktionen hier im Hause auf eine Delegationsreise gegangen sind. Wir sind nach Holland gefahren und haben uns die Situation der Krankenhaushygiene an der Universitätsklinik in Groningen angesehen. Uns haben die vielen Maßnahmen zur Krankenhaushygiene beeindruckt. Wir haben festgestellt, dass es Defizite in der bundesdeutschen Krankenhaushygiene gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr positiv gestimmt. Mit einem Gesetz, das derzeit in Vorbereitung ist, wird die Notwendigkeit der Krankenhaushygiene anerkannt. Außerdem wird mit dem von der Bundesregierung erlassenen Infektionsschutzgesetz endlich der höhere Bedarf an Hygienepersonal an den Krankenhäusern erkannt. Diesbezüglich werden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um Fachkräfte im Ärzte- und Pflegekräftebereich adäquat zu finanzieren. Das ist eine, wie ich meine, überfällige Maßnahme. Die Kolleginnen und Kollegen, die in Holland dabei gewesen sind, werden bestätigen können, dass sich im Laufe der Jahre in der Bundesrepublik Deutschland eine sogenannte Hygienekultur in den Krankenhäusern verbreitet hat. Damit nehmen die no-

sokomialen Infektionen in deutschen Krankenhäusern ab. Künftig werden wir ebenso hervorragende Zahlen vorweisen können wie Krankenhäuser in den Niederlanden.

Im Rahmen der Reise ist mir ein zweiter Aspekt aufgefallen, den ich gerne umsetzen möchte. Die Einrichtung eines Lehrstuhls für Krankenhaushygiene stellt einen wesentlichen Faktor für die Verbesserung der Hygienekultur dar. Die Einrichtung von Lehrstühlen – ich war eine Zeit lang im Hochschulausschuss – ist aber nicht einfach. Sie kennen die Autonomie der Hochschulen. Es ist nicht einfach, die Herren Professoren davon zu überzeugen, dass ein hoher Bedarf an Personal in der Allgemeinmedizin oder der Krankenhaushygiene, wie bereits angesprochen, besteht. Der Stellenwert der Krankenhaushygiene in der medizinischen Ausbildung der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten muss hervorgehoben werden. Ich sage es ganz offen: Ich bin sehr positiv gestimmt, dass wir in Kürze den ersten Lehrstuhl für Krankenhaushygiene in Bayern einrichten können.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

- Sie sehen schon an meiner Physiognomie, dass es Gespräche gab und es sehr wahrscheinlich ist, dass dieser Lehrstuhl eingerichtet wird. Wenn der Antrag morgen im Hochschulausschuss eingereicht wird, sollte er dort nicht nur positiv beschieden, sondern rasch umgesetzt werden, sodass bald erkannt wird, dass wir in Bayern einen Lehrstuhl für Krankenhaushygiene brauchen. Lassen Sie mich bitte auch sagen, dass sich dieser Lehrstuhl nicht nur auf die Ärzteschaft, sondern auch auf die Pflegekräfte auswirken soll. Das Pflegepersonal soll nämlich ebenfalls im Rahmen seiner Ausbildung für das Thema Krankenhaushygiene sensibilisiert werden.

Kolleginnen und Kollegen, weil wir gerade bei den Pflegekräften sind: Es ist bereits die Frage gestellt worden, welche Meinung wir als CSU zur Pflegekammer haben. Wir sind für die Pflegekammer. Ich habe immer für die Pflegekammer votiert. Ich bin ebenfalls der Meinung, dass der Pflegeberuf mit dieser Einrichtung insgesamt eine soziale Aufwertung erfährt. Kolleginnen und Kollegen, ich sage sogar als Arzt, dass die Arbeit der Pflegekräfte auf der Station mindestens so wichtig ist wie die der Ärzte. Sie müssen auf gleicher Augenhöhe Probleme, die sich im Krankenhaus täglich ergeben, gemeinsam zu lösen versuchen. Kolleginnen und Kollegen, Teamarbeit im Krankenhaus ist angesagt. Dazu gehört auch, dass die Pflegekräfte, die einen wesentlichen Teil zur Gesundung und Versorgung unserer Patienten beitragen, eine soziale Aufwertung ihres Berufes erfahren.

Nun komme ich zu Karl Vetter. Lieber Kollege Vetter, aufgrund des Wechsels unseres ausgewiesenen Gesundheitspolitikers, des ehemaligen FDP-Mitglieds Herr Dr. Bertermann, habe ich an Sie gedacht. Vielleicht haben Sie aufgrund dieser neuen Situation liberalere Gedanken hinsichtlich der Beurteilung der Gesundheitspolitik verinnerlicht. – Kolleginnen und Kollegen, weit gefehlt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Er ist doch erst eine Woche da!)

- Das ist richtig. In einer Woche hat wahrscheinlich kaum etwas abgefärbt. Eigentlich habe ich gedacht, dass für die FREIEN WÄHLER ein anderer Redner antritt. Das sind aber Spekulationen.

Hausarztverträge – das ist das Schlagwort der FREIEN WÄHLER. Lieber Kollege Vetter, back to the roots. Wer hat den Hausarztvertrag nach § 73 b des SGB V verlassen? Wer hat den aufgekündigt? Wer ist das gewesen? – Das ist meine Frage, wenn ich das hinterfragen darf. Das waren die Hausärzte selbst. Ja, das war so. Nachdem sie gekündigt haben, haben sie lamentiert, dass die Nachfolgeverträge nicht mehr so gestaltet worden sind, wie man sich das ursprünglich dachte. Stattdessen haben die Kostenträger das Konglomerat der Leistungen im alten Hausarztvertrag nicht mehr angeboten. Das war meines Erachtens eine sehr richtige erzieherische Maßnahme. Wenn jemand aus einem bestehenden Vertrag ausscheidet und kündigt, gibt er damit zu erkennen, dass er mit den Regelungen des Vertrages nicht mehr einverstanden ist. Das ständige Lamentieren, der Hausarztvertrag beeinflusse die Hausärzteversorgung in Bayern, ist längst vorbei. Ich kenne viele Kollegen sehr gut. Ich kenne ebenfalls deren Einkommenssituationen als Hausärzte.

(Ludwig Wörner (SPD): Jetzt muss er gleich selber husten!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, es sind genug Ärzte im Saal. Wir sind für alle Fälle gerüstet.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Das weiß ich. Das ist in keiner Weise mehr relevant. Die Hausärzte sind zufrieden. Die Hausarztfront ist letztendlich zufriedengestellt. Es handelt sich um ein Generationenproblem; die Hausärzte stehen zahlenmäßig nicht mehr in der Art und Weise zur Verfügung, wie es notwendig wäre. Das ist eine richtige Erkenntnis, die aber nicht neu ist. Dieses Problem kennen Gesundheitspolitiker schon seit Jahren, um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten. Das ist vorhersehbar. Darum hat der Herr Minister sehr eindrucksvoll dargelegt, welche Maßnahmen vonseiten des Ministeriums angedacht bzw. umgesetzt wer-

den, um die Anzahl der Medizinstudenten in der Allgemeinmedizin durch Darlehen und Stipendien anzuheben. Das ist eine vernünftige Überlegung, aber, Kolleginnen und Kollegen, langsam ist man mit dem Latein am Ende.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Zimmermann, vielleicht ist es zur Schonung Ihrer Stimme gut, wenn ich sage, dass sich Ihre Redezeit jetzt dem Ende zuneigt.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Jetzt wäre ich gerade richtig in Form.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ach, jetzt kämen Sie gerade in Schwung? Das ist jetzt aber schlecht.

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Also, Kollege Vetter, ich glaube, die immer wieder vorgetragenen Problemstellungen der FREIEN WÄHLER zur bayerischen Gesundheitspolitik sind spezifisch nur auf die FREIEN WÄHLER zurückzuführen bzw. auf deren Gedankengut. Ich erhoffe – da wiederhole ich mich – vom Wechsel des Kollegen Bertermann eine Auffrischung des Gedankenguts der FREIEN WÄHLER in der Beurteilung des hervorragenden Zustandes der Gesundheit in unserem Lande.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Zimmermann. Nächster Redner ist der Kollege Wörner. Ihm folgt Herr Dr. Fahn. Bitte sehr, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Lieber Marcel Huber, ich verstehe, dass man, wenn man zwischen zwei Ministerien, nämlich dem Wirtschaftsministerium und dem Landwirtschaftsministerium, zerrieben wird, eine Regierungserklärung abgibt, die diesen Namen nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Die Rede wurde herz- und blutlos vorgetragen. Wenn das die Verteidigung der bayerischen Heimat sein soll, geht das gründlich schief.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Potemkinsche Dorf war ein ganz kleiner Ort gegen das, was heute hier aufgeführt wurde. Dazu hätte man das Manuskript nicht erst heute Mittag bei uns abliefern müssen, damit wir es lesen können. Es hat sich sowieso nicht gelohnt, weil nichts Neues drinsteht.

Nichtsdestoweniger will ich auf ein paar Dinge hinweisen. - Wer jetzt von einem Moorprogramm fabuliert

und dafür etwas Geld zur Verfügung stellt, zeitgleich aber den Gründlandumbruch zulässt, der das gesamte Moorprogramm beim CO₂-Ausstoß kompensiert, liegt gewaltig schief. Das muss man zur Kenntnis nehmen, und wenn man nicht die Kraft hat, hier zu bremsen, sollte man zumindest nicht darüber reden.

Im Übrigen möchte ich zur CO₂-Bilanz etwas Prinzipielles sagen. Es ist die größte Story Bayerns aller Zeiten. Alle anderen Bundesländer und die Bundesrepublik selbst messen den CO₂-Ausstoß anders als Bayern. Warum? Bayern macht das, um besser wegzukommen und immer den Größenwahn pflegen zu können: Wir sind die Besten. Einen Schmarrn sind wir das. Wenn wir nicht so viele Zuwanderer hätten, würde der so berechnete Pro-Kopf-Ausstoß überhaupt nicht mehr stimmen. Und das ist die zweite Story in dieser Geschichte, die es genau zu analysieren gilt.

Die dritte Story basiert auf einer Schriftlichen Anfrage der SPD an Ihr Haus, deren Beantwortung ganz spannend war. Es wird gesagt: Die nicht energiebedingten CO₂-Bilanzen kennen wir nicht, aber es sind 10 %. Eine solche Aussage kann sich nur ein Ministerium ausdenken, das meint, die Abgeordneten kämen aus einer anderen Welt und hätten keine Ahnung. Die CO₂-Bilanz stimmt von hinten bis vorne nicht. Darüber müssen wir reden. Sie bedarf dringend einer Korrektur. Bei diesem Thema lügen Sie sich alle selbst in die Tasche. Das können Sie gerne machen; wir machen dieses Spiel nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Ein Wort zum Flächenverbrauch. Er hat sich seit dem Jahre 2001 überhaupt nicht geändert. Sie mögen jetzt sagen, da müsse man etwas tun. Was denn? Was ist denn bisher geschehen? Wir haben denselben Flächenverbrauch wie bisher. Gott mit dir, du Land der Bayern. - Wer trägt denn dazu bei, dass sich dieses Land in einer Art verändert, wie wir es alle nicht wollen?

Mein nächster Punkt ist das Energiesparen. Da haben Sie vorbei an den Verbänden eine große Philippika gehalten, dass Bayern 20 % Energie einsparen müsse. Warum haben Sie nicht mit den Schneekanonen angefangen? Wir geben in diesem Jahr über 20 Millionen Euro für Schneekanonen mit einem immensen Energieverbrauch aus. Kann mir jemand erklären, warum das so sein muss? Vielmehr sollte man sagen: Da müssen wir uns etwas zurückhalten. Und da bin ich wieder bei meiner Vorbemerkung. Herr Minister, Sie werden zerrieben zwischen Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium, und das ist das eigentliche Problem für unsere Umwelt.

Und nur zur Geschichte um das Wasser. Das ist auch eine Märchenstunde. Da wird in der EU anders gestimmt als in Bayern. Die FDP treibt dank Rösler die Wasserprivatisierung in Brüssel voran. Das ist eindeutig bewiesen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Nicht durch Rösler!)

- Natürlich! Beim Fracking treibt man das gleiche Spiel. In Bayern sagt man: Auf keinen Fall mit uns, was ich Einzelnen sogar glaube. Aber dann müssen Sie sich politisch auch dort durchsetzen, wo es möglich wäre, diese Dinge zu verhindern, und dafür Sorge tragen, dass unser Wasserschloss Bayern durch solche Maßnahmen, wenn sie denn kommen sollten, nicht zerstört wird.

Widersetzen Sie sich doch den entsprechenden Plänen und schaffen Sie das Bergamt in seiner heutigen Konstruktion ab. Machen Sie aus dem Bergamt eine öffentliche Institution, die genauso handeln muss wie jedes Bauamt auch und die verpflichtet ist, alles öffentlich zu machen, statt klammheimlich durch die Hintertür so seltsame Dinge zu befördern.

Die FDP hat mal einen Anlauf genommen, ist als Tiger gesprungen, dann aber als Bettvorleger des Wirtschaftsministers gelandet. Dieser hat gesagt, dass man so eine Institution nicht verändern könne. Aber eigentlich ist sie doch nur noch dazu da, Dinge zu verheimlichen, statt die Probleme zu veröffentlichen.

Ein weiterer Punkt ist die Gentechnik. Es wird Stein und Bein geschworen, wir wollen sie nicht. Was passiert? Dank Aigner und anderen haben wir in Deutschland nach wie vor Probleme. Diese Probleme werden sich verstärken, wenn die Frau Bundeskanzlerin, schlau wie sie ist, jetzt versucht, über die weltweiten Verträge dafür Sorge zu tragen, dass gentechnisch verändertes Material zwangsläufig vermehrt aus Amerika nach Deutschland kommt. Das darf man nicht unterschätzen. Ich hätte mir dazu durchaus eine akzeptable Aussage erwartet.

Ein weiteres Beispiel ist die Rote Liste. Die Rote Liste ist jetzt acht Jahre alt. Sie ist wahrscheinlich ganz bewusst so gehalten; denn sonst müssten Sie darauf hinweisen, dass dort versagt worden ist. Dass Rote Listen immer länger und nicht kürzer werden, ist ein offenes Geheimnis. Aber dass man das zu verschleiern versucht, indem man keine neuen Listen auflegt, ist eine spannende Geschichte. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Themen Feinstaub und Lärm hat Kollege Magerl schon angesprochen. Es sind Geißeln für die Gesundheit der Menschen. Da wären der Gesundheits-

minister und der Umweltminister gefragt. Aber was passiert? Viel zu wenig. Die Leute und vor allem die Kinder, die unter Asthma leiden, haben weiterhin das große Vergnügen, dass nichts getan wird, um diesen Gefahren sowohl in Berlin und Brüssel als auch in Bayern entgegenzuwirken. Man versucht alles, dieses Problem wegzudrücken, um nichts darüber sagen zu müssen, in dem Glauben, das gehe schon wieder vorbei. Es wird nicht vorbeigehen. Es wird uns in Form von Strafzahlungen ereilen. Ich bin gespannt, wer dann wieder der Schuldige ist, wenn wir das Geld für die Strafen ausgeben müssen.

Ein weiteres Thema ist für mich das Frisieren von Kernkraftwerken. Dazu habe ich kein Wort aus Ihrem Hause gehört, Herr Minister. Wir haben das Thema schon einmal vor längerer Zeit behandelt und waren uns im Grunde einig, dass das nicht ganz unproblematisch ist. Ich denke da an das Kernkraftwerk, das mit seinen Problemen bei den Brennstäben ständig in der Zeitung steht. Man musste die Brennstäbe vorzeitig ziehen, weil sie zu platzen drohten, und hatte dabei dann Probleme. Die Brennstäbe sind für die Steuerung von Kernkraftwerken eminent wichtig.

(Zuruf von der CSU)

Dazu gibt es kein Wort. Anstatt zu sagen, wir lassen das nicht mehr zu, weil es zu gefährlich ist – wir haben doch erlebt, wie schnell etwas passieren kann –, macht man jetzt zumindest auf der rechten Seite des Hohen Hauses wieder einen Salto rückwärts, und keiner will es gewesen sein.

Da frage ich mich schon: Wo ist da Ihr mahndendes Wort, Herr Minister? Sie hätten deutlich machen müssen, dass Sie bei diesen Dingen nicht dabei sein wollen.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch ein paar Worte zum Thema Trinkwasser. Herr Minister, Sie wissen so gut wie ich, warum die Beantwortung der Interpellation der SPD so lange dauert. Ich weiß, es ist Ihnen unangenehm, und ich kann das sogar verstehen. Dann kommt nämlich die Stunde der Wahrheit: Man schließt viele Brunnen, um dann beweisen zu können, dass wir immer noch gutes Trinkwasser haben. Hätten Sie alles saniert und offen gelassen, dann hätten viele ländliche Gemeinden heute noch gutes Trinkwasser, aber nein: Wir sperren den Brunnen zu oder mischen das Wasser – das gute mit dem schlechten –, damit wir gerade noch hinkommen, anstatt zu sagen: Nein, wir tragen dafür Sorge, dass unser wertvollstes Gut, das Trinkwasser, geschützt wird und die Anzahl der Brunnen nicht immer weniger wird, sondern mehr wird. Die Brunnen sind eindeutig weniger geworden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber kann man halt nicht hinwegsehen und sich auch nicht darüber hinwegmogeln, sondern mit diesem Thema muss man offensiv umgehen.

Ich höre von Ihnen auch kein Wort zum Thema Altlasten. Meine Damen und Herren, wir hocken auf einer ungeheuer großen Zahl von Altlasten und tun so, als ob das alles gut geht. Es wird nicht gut gehen. Da muss man nicht unken, sondern wir haben es immer wieder erlebt, dass Altlasten irgendwann akut werden. Dann versuchen die Ministerien, die Schuld erst einmal anderen zuzuschieben – möglichst Privatpersonen. In Wirklichkeit sind die Altlasten häufig die eigenen Sünden der Vergangenheit, und diese Sünden gilt es so schnell wie möglich aufzuarbeiten. Das kostet etwas Geld – das ist richtig –, aber Sie sind doch diejenigen, die in diesem Land immer darüber fabulieren, dass wir unseren Kinder und Enkelkindern Hinterlassenschaften ersparen sollten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Jedenfalls die schlechten!)

- Ja, was sind denn Altlasten?

Das Allerschlimmste sind diese Altlasten, Herr Ministerpräsident, weil sie nachkommenden Generationen auf die Füße fallen und ihre Entsorgung Jahr für Jahr teurer wird, wie man weiß.

(Beifall bei der SPD)

Aber dazu sagt man nichts, weil das ja kein Thema ist. Oder wie soll man das sonst verstehen?

Meine Damen und Herren, zum Zwölf-Punkte-Programm der Energieeinsparung: Die Windministerin Aigner hat es bloß auf zehn Punkte gebracht, und auch diese hat sie nicht erfüllt. Der Herr Minister Seehofer hat es früher als Minister auch geschafft, Zehn-Punkte-Programme aufzulegen. Wir brauchen aber keine Programme; denn in den Programm sind meistens die Punkte das Wichtigste, alles andere ist nicht so wichtig, und die Punkte, die man jetzt liest, sind auch nicht der Hit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Regierungserklärung hat gestrotzt vor Selbstzufriedenheit. Aber Selbstzufriedenheit ist der Tod der Zukunft; denn wer selbstzufrieden ist, der bringt nichts mehr vorwärts.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ein liberaler Ansatz!)

Aber wir wollen dieses Land vorwärtsbringen. Wir wollen dieses Land in seiner Schönheit erhalten und

schützen. Diesbezüglich bin ich bei Ihnen. Aber in den Ansätzen gibt es schon große Unterschiede. Sie schützen dieses Land nicht, sondern sehen zu, wie es in Teilen an die Wand gefahren wird,

(Widerspruch bei der CSU)

und zwar an die Wand gefahren wird bezüglich des Wassers, der Energiewende und vielem anderen mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf daran erinnern, dass wir schon genug Ankündigungspolitiker gehabt haben: Schnappauf, glaube ich, hat einer geheißt, und Söder hat einer in der Umweltpolitik geheißt. Sie alle haben angekündigt, immer nur angekündigt. Was ist dabei herausgekommen? D-3-Windatlas – bis heute Fehlanzeige, Wasserkraftatlas – bis heute Fehlanzeige. Zugesagt war er bis Ende 2012, jetzt haben wir März 2013. Herr Minister, darf ich Sie daran erinnern? Gebietskulisse Wasserkraft: Fehlanzeige, Pumpspeicherkataster: Fehlanzeige.

Beim Pumpspeicherkataster treibt es dann Blüten. Natürlich kommen die Leute dann auf die Idee, selbst etwas zu machen, auch wenn es unmittelbar daneben ein funktionierendes Kraftwerk gibt, das man umbauen könnte, wenn man wollte. Das ist doch klar. Warum man es nicht tut, hat sich mir bisher auch noch nicht erschlossen, aber man muss aufpassen, Herr Minister, dass man nicht in die Fußstapfen von unsäglichen Vorgängern tritt. Ich würde es schade finden; das weißt du ganz genau, Marcel.

Ich meine, man muss euch wirklich an dem messen, was ihr tut, und diesbezüglich war die Regierungserklärung heute viel zu wenig, und das, was bis heute geschehen ist, natürlich auch. Es ist die Aufgabe der Opposition, das deutlich zu machen und darauf hinzuweisen. Aber eines ist auch klar: Man kann nicht immer nur etwas ankündigen, sondern man muss auch etwas tun, sonst wird man unglaubwürdig und irgendwann glaubt einem niemand mehr etwas. So etwas führt zur Politikverdrossenheit. Genau diese wollen wir nicht haben, Herr Minister.

Herr Minister, wir fordern Sie eindringlich auf, Ihren Worten endlich Taten folgen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass der Landwirtschaftsminister und der Wirtschaftsminister Ihre Rechte haben, aber Sie nicht ständig dominieren und dabei die Umwelt und dieses schöne Land unterbuttern werden.

Noch einmal: Wir brauchen nicht mehr Kunstschnee, wir brauchen mehr Wasser, mehr Trinkwasserqualität. Wir brauchen kein Mehr an Grünlandumbrüchen, sondern wir brauchen ein Mehr an Schutz. Wir brauchen

ehrliche Bilanzen und nicht solche, wie Sie sie gern hätten, damit man sich etwas schönrechnen kann. Das beste Beispiel dafür ist die CO₂-Bilanz. Sie haben im Übrigen mit ihren Schriftlichen Antworten auf unsere Anfragen selbst bewiesen, wie Sie herum-eiern mussten, um nicht zu sagen, was Sie hätten sagen müssen.

Es ist dringend geboten, dafür Sorge zu tragen, dass man das in Ihrem Haus endlich einmal klärt und auch dafür Sorge trägt, dass das in Ordnung gebracht wird; denn nur so kommt Bayern auf den richtigen Weg. Die Energiepolitik bedarf des Nachjustierens. Die Kollegen aus den beiden Parteien, die zurzeit noch die Regierung stellen, haben jedoch bewiesen, dass sie gar nicht in der Lage und gewillt sind, zumindest einmal Politik zu machen. Sie folgen wie die Dackel ihrem Minister im Wirtschaftsministerium und lassen sich dominieren und sagen, was sie tun dürfen und was nicht. Das reicht dann maximal noch zu einer Frage, aber bitte nicht zu einem Antrag. Das wäre nämlich viel zu gefährlich, denn dann könnte man dem Minister beweisen, dass er bisher nichts getan, sondern nur geschwätzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Fahn. Ihm folgt Frau Kollegin Schopper.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Herr Minister, auch die Bilanz der FREIEN WÄHLER bezüglich der Umweltpolitik besagt: Es herrscht weitgehend Stillstand in Bayern. Vielleicht gibt es minimale Fortschritte, aber wenn überhaupt, dann im Schnecken-tempo. Das Fazit ist: Es gibt noch viel zu tun, Herr Minister.

Zu Beginn muss auch ich etwas zum Flächenverbrauch von 18 Hektar pro Tag sagen, der uns ein großer Dorn im Auge ist. Im letzten Jahr waren es sogar 20 Hektar. Wir warten schon seit 10 bis 20 Jahren auf ein Konzept der Staatsregierung, mit dem es endlich einmal gelingen kann, den Flächenverbrauch zu stoppen. Viele kämpfen für die Reduzierung des Flächenverbrauchs. Da sind die Naturschutzverbände mit ihren Konzepten. Sogar der Bauernverband hat über 100.000 Unterschriften gesammelt - aber alles ohne spürbares Ergebnis. Herr Minister, wer die schöne Landschaft Bayerns für die kommenden Generationen erhalten will, muss diesen Flächenverbrauch endlich eindämmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist keine Lebensaufgabe für Sie; denn Sie heißen ja auch nicht "Herr Lebensminister". Ich denke, Sie werden später noch zu Ihrer Regierungserklärung und auch zu den verschiedenen Stellungnahmen etwas sagen. Es interessiert mich schon, was Sie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs tun möchten.

Den umweltfreundlichen Donauausbau begrüßen wir natürlich. Aber wir fragen auch, ob es dabei bleibt. Bisher hieß es nur, der sanfte Donauausbau bleibt so lange, wie Horst Seehofer Ministerpräsident ist. Aber was ist, wenn er nicht mehr Ministerpräsident ist?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist weit weg! - Zuruf von der SPD: Das passiert in sechs Monaten! - Weitere Zurufe von der SPD und der CSU)

Aber was passiert dann mit der Donau? – Herr Umweltminister, was sagen Sie zu den letzten 16 Kilometern? Was ist damit?

Wir sind inzwischen alle gegen eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Aber das reicht noch nicht. Wir müssen in Deutschland eine Vorbildwirkung zeigen und auch andere europäische Länder davon überzeugen. Diese Aufgabe ist nämlich nur auf europäischer Ebene zu lösen.

Deswegen fordern die FREIEN WÄHLERN ganz klar, die öffentliche Daseinsvorsorge nicht zu privatisieren. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam dafür kämpfen, dass das in Europa so umgesetzt wird – eventuell auch durch Unterschriftenaktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Minister, schauen Sie einmal über den Tellerrand hinaus: In vielen Bereichen ist Bayern noch ein Entwicklungsland. Da geht es zum Beispiel um den ökologischen Fußabdruck. Ich bringe diesen Hinweis immer wieder, weil das ein Thema ist. Diesbezüglich hat Bayern einen dreifach höheren Rohstoff- und Energieverbrauch, als es eigentlich haben sollte, wenn wir den Eine-Welt-Gedanken auch hier in Bayern umsetzen wollen. Das wird von der Staatsregierung nicht konsequent umgesetzt.

Wir haben einen Antrag gestellt, der fordert, dass die bayerische Staatsverwaltung bis 2013 eine ausgeglichene Klimabilanz aufweisen soll. Hierbei geht es um den Energieverbrauch der staatlichen Gebäude, um die Kraftfahrzeugflotte der Staatsregierung und auch um die Dienstreisen. Wir haben gesehen, dass das in Hessen und in Nordrhein-Westfalen beschlossen wurde, in Hessen von CDU und FDP. Aber hier wurde es von der Regierungskoalition abgelehnt, weil damit

von der CSU und der FDP gesagt, das Fluglärmgesetz werde 2017 geändert, wir sollten ruhig sein und abwarten. - Meine Damen und Herren, so kommt man auch nicht weiter. Außerdem wurde von Vertretern der CSU und der FDP gesagt, dadurch würden nur Emotionen geweckt, die vordergründig den Wahlkampf schüren würden, und das sei nicht sachdienlich. Deswegen haben CSU und FDP den Antrag abgelehnt. Aber es geht doch hier konkret um den Lärm, um die Menschen, die geschädigt werden. Diese Menschen müssen wir schützen, und deshalb muss das Fluglärmgesetz geändert werden, und zwar nicht 2017, sondern in diesem oder im nächsten Jahr. Diese Forderung werden wir immer wieder stellen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Und noch etwas. Es heißt dann immer: Ihr seid gegen den Fluglärm und damit auch gegen die Arbeitsplätze. Dazu müssen wir immer sagen: Es gilt Artikel 151 der Bayerischen Verfassung. Den müssen wir ernst nehmen. In Artikel 151 der Bayerischen Verfassung steht, dass jegliche wirtschaftliche Tätigkeit dem Gemeinwohl dienen muss. Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen müsse Rücksicht auf den Nächsten nehmen. Dieser Grundsatz muss beachtet werden, und diesbezüglich gibt es noch ein großes Defizit. Es gibt einen Forschungsbedarf in diesem Bereich. Man muss zum Beispiel noch Entwicklungsdefizite von Jugendlichen untersuchen, also Konzentrations- und Lernschwächen. Ich denke auch an Menschen, die nachts oder frühmorgens vom Fluglärm aufwachen und dann nicht mehr einschlafen können. Das ist schon ein Problem. Das wird uns immer wieder gesagt.

Wir sagen das auch deshalb – das muss ich betonen -, weil im aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsprogramms nach wie vor die dritte Startbahn des Münchner Flughafens als Ziel aufgeführt wird. Die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten – dabei sind auch CSU-Landtagsabgeordnete – würden im Falle der Errichtung der dritten Startbahn auf dem Münchner Flughafen sehr stark unter dem Lärm leiden, der die Gesundheit schädigt. Deswegen fordern wir, dass die dritte Startbahn endlich aus dem Landesentwicklungsprogramm gestrichen wird. Deren Ablehnung ist auch durch den Bürgerentscheid in München schon ganz klar belegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sollte auch aus medizinischer Sicht geschehen.

Zum Schluss noch einige Bemerkungen zum Thema Mobilfunk. Das wurde heute noch gar nicht angesprochen, auch nicht von Ihnen, Herr Minister. Auch wir

von den FREIEN WÄHLERN sind keine Gegner des Mobilfunks. Wir leben mit der Technologie, wir leben mit den Risiken, wir müssen aber die Sorgen und Ängste der Bürger ernst nehmen. Wir hatten im Juli 2012 eine Anhörung im Bayerischen Landtag mit Ärzten. Dabei haben wir auch gemerkt, dass der Vorsorgegedanke noch zu wenig ausgeprägt ist. Zum Beispiel haben wir dort auch erfahren, dass 9 % der Bevölkerung elektrosensibel sind. In Österreich wird das offiziell sogar schon als Krankheit anerkannt. Es gibt dort entsprechende Richtlinien. Das, was bei dieser Expertenanhörung herauskam, müssen wir auch in Bayern insgesamt umsetzen.

Wir haben zum Beispiel auch einen Beschluss des Europarates vom 5. Januar 2011 gelesen. Dort fordert der Europarat ein grundsätzliches Umdenken in der Mobilfunkpolitik. Zwar kann die Schädlichkeit der Mobilfunkstrahlen nicht endgültig bewiesen werden – das ist klar -, aber auf der anderen Seite – und das ist der wichtige Punkt – kann die Unschädlichkeit der Mobilfunkstrahlung auch nicht belegt werden. Daher müssen wir das Vorsorgeprinzip stärker als bisher anwenden. Um den Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit noch stärker zu verdeutlichen, müssen Probleme gelöst werden.

Wir fordern eine neue Definition der Grenzwerte der Bundesimmissionsschutzverordnung. Dazu fand in der vergangenen Woche eine Anhörung im Deutschen Bundestag statt. Die derzeitigen Grenzwerte sind lediglich politische Kompromisse und richten sich, wenn überhaupt, nach dem Durchschnittsmenschen, aber nicht nach Kindern, nicht nach Alten, nicht nach kranken Menschen. Das muss man in Zukunft viel besser als bisher berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir fordern eine sofortige und deutliche Absenkung der Grenzwerte, bis die Unschädlichkeit der Mobilfunkstrahlung endgültig belegt ist. Mit anderen Worten – und dann bin ich auch schon am Ende -: Grenzwerte, meine Damen und Herren, schützen nicht. Was wir benötigen, ist eine Vorsorgepolitik, die auf Strahlenminimierung und nicht auf -anhäufung setzt. - Sie sehen also, Herr Lebensminister, es gibt noch viel zu tun. Packen Sie es an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Fahn. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Kollegin Schopper das Wort. Frau Schopper, bitte.

Theresa Schopper (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die heutige Regierungs-

erklärung zur Umwelt- und Gesundheitspolitik ist mehr oder weniger der Auftakt in der Reihe der Regierungserklärungen, wo das Hosianna der einzelnen Häuser auf die wahnsinnig tolle Politik gesungen wird. Wenn ich bedenke, was Sie gesagt haben, Herr Huber, so habe ich eher das Gefühl: Es gilt die gesprochene Broschüre. Denn das war mehr oder weniger Inhalt dessen, was Sie mit Ihrer Regierungserklärung zum Besten gegeben haben.

Wir haben heute erlebt, dass die besten Zeiten des Umwelt- und Gesundheitsministeriums vorbei sind – die Zeiten, als das Sozial- und Gesundheitsministerium noch mehr oder weniger die Vorlagen für Berlin schrieb,

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich dachte, Sie loben jetzt Herrn Söder!)

die durch die Bundespolitik in der Sozialversicherung entsprechend umgestaltet wurden. Diese Zeiten sind lange vorbei. Die Hauptmelodie des bundespolitischen Anspruchs wurde, was die Gesundheitspolitik angeht, heute überhaupt nicht angestimmt. Es wird für die nächsten Monate eine elementare Frage sein. Wenn man eine Regierungserklärung hat, muss man sie auch in dem Lichte sehen, wie die Einnahmenseite gestaltet wird. Dazu haben Sie heute kein Wort gesagt. Es ist ein dauerhaftes demografisches Problem, wie wir die Krankenversicherung demografiefest machen. Da werden Sie auch in Zukunft nicht abtauchen können. Ich weiß nicht, ob es aufgrund der Koalition ist oder ob Sie einfach sagen, das Ministerium hat den Bahr, und der soll sich mit den Ärzten herumschlagen, wir machen dazu überhaupt nichts. Da geben Sie aber eine wichtige Chance auf, weil wir gerade bei der Krankenversicherung schauen müssen, wie wir sie demografiefest machen.

Ein Detail Ihrer Regierungserklärung lautete: Bayern hat die größte Ärztedichte bundesweit. Aber wir haben eine ungleiche regionale Verteilung. Sie haben deutlich gemacht, wie Sie zu fördern versuchen, damit sich die Ärztinnen und Ärzte tatsächlich in der Fläche niederlassen. Ich sage Ihnen nicht zum ersten Mal, dass ich skeptisch bin, ob die Instrumente funktionieren, mit denen Sie das versuchen. Wenn Sie mit bis zu 200.000 Euro innovative Versorgungskonzepte fördern und als Beispiel ein Ärztehaus mit familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen angeben, dann bin ich mir nicht sicher, ob wir tatsächlich aus dem Landshaushalt zahlen müssen, dass familienfreundliche Arbeitszeitmodelle gemacht werden und ob mit so einer Ausschüttung aus dem Haushalt tatsächlich eine Steuerung von Ärzten in unterversorgte Gebiete erfolgen kann. Für mich wäre schon wichtig, wie die Kriterien von innovativen Versorgungskonzepten aus-

sehen. Ist es nicht nur eine Mitnahme, ist es tatsächlich ein Steuerungseffekt? Die Antwort auf diese Frage sind Sie mir nach wie vor schuldig.

Das Gleiche gilt bei der Förderung der Niederlassung. Hausärzte sind für mich, sind für meine Fraktion das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Der Altersdurchschnitt sowohl bei den Hausärzten als auch bei den Fachärzten steigt. Man muss sich fragen, wie man die Versorgung in der Fläche schaffen kann. Da bin ich heute eher besorgter als beruhigt, wenn Sie sagen, dass gefördert wird, wenn sich jemand in einem Ort niederlässt, wo weniger als 25.000 Leute wohnen. Sie sagen in Ihrer Regierungserklärung: "Wir haben diese Niederlassungsförderung bisher auf die Gebiete konzentriert, in denen es einen besonderen Bedarf gegeben hat. Künftig wollen wir die Förderung auf alle Planungsbereiche ausdehnen, in denen keine Überversorgung besteht." Ich bin nicht davon überzeugt, ob das tatsächlich der Schlüssel ist und ob wir dafür Gelder aus dem Haushalt nehmen müssen, um in Gebieten, die nicht überversorgt sind, entsprechend zu fördern. Ich glaube, wir brauchen das Geld eher dafür, um die unterversorgten Gebiete aufzufangen. Momentan wird das Geld eher flächendeckend eingesetzt, ohne die Spitzen abzufangen, die wir brauchen.

Ein Stipendium von 300 Euro beim Medizinstudium, um in den ländlichen Raum bzw. in unterversorgte Gebiete zu gehen, ist eine gute Sache. Das wird vielleicht den einen oder anderen Medizinstudenten, der sich verpflichtet, fünf Jahre lang im ländlichen Raum Dienst zu tun, dazu veranlassen, dass er dort auch bleibt. Ich vermisse aber, dass Sie darüber diskutieren, ob der Abiturschnitt tatsächlich der einzig sinnvolle Zugang ist, um ein Medizinstudium aufzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Diskussion gehen Sie nach wie vor halbherzig an. Reden Sie mit dem Wissenschaftsminister, ob ein Medizinertest wie in Österreich vielleicht sinnvoller wäre, wo die Leute, die Medizin studieren wollen, wirklich vor Interesse für diesen Beruf brennen. Das ist oft mit guten Noten gekoppelt, das will ich nicht bestreiten. Gute Noten sind natürlich kein Hinderungsgrund, gerade wenn man weiß, wie die Struktur des Medizinstudiums ist. Jetzt haben wir die Situation, dass ein Großteil derjenigen, die ihr Medizinstudium abschließen, nicht in die Versorgung gehen. Wir haben zwar einen großen Zustrom zum Medizinstudium, aber diejenigen, die die Versorgung leisten, werden immer weniger.

Wir haben 390 Akutkrankenhäuser. Ich kenne die Zahl, die Sie genannt haben, und sie stimmt mich bedenklich, dass nämlich 47 % der Akutkrankenhäuser

in roten Zahlen stecken. Die Bundesratsinitiative finde ich richtig, wonach die Tarifsteigerungen der Krankenhausvergütung angemessen eingepreist sind.

Kollege Dr. Zimmermann hat zu Recht die Hygiene angesprochen. Die Maßnahmen gegen die MRSA-Keime, die wir uns in Holland angeschaut haben, sehe ich im DRG auch nicht richtig abgebildet. Kollege Zimmermann hat aber den zweiten Teil der Wahrheit vergessen. Er sagte, wir müssten einen Lehrstuhl für Hygiene einrichten. Das ist richtig, dagegen habe ich nichts. Die Botschaft aus Holland war aber, dass im Grunde zwei Maßnahmen notwendig sind, um die Keime zurückzudrängen: Das ist zum einen das Händewaschen in den Krankenhäusern und zum anderen, dass der Antibiotikaeinsatz zurückgedrängt werden muss. Zur Zurückdrängung des Antibiotikaeinsatzes sowohl im tierischen wie menschlichen Bereich habe ich kein Wort von Ihnen gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Punkt demografischer Wandel und Versorgung in der Fläche fehlt mir in Ihrer Erklärung ein Wort zu den Mitteln, zur Lösung in der Zukunft durch Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten und stationären Sektor. Da sagen Sie viel zu wenig. Sie müssen in einer Regierungserklärung so ehrlich sein und sagen, dass nicht alle der 390 Akutkrankenhäuser überleben werden. Da werden wir die Kapazitäten ordnen müssen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich erwarte von einer Politik, die Verantwortung übernimmt, dass das hier im Hause gesagt wird und nicht im Bilderstil der Broschüren gezeigt wird, wie schön unser Land ist. Es ist schön, aber Sie müssen auch sagen, wo es nicht mehr so richtig klappt; denn das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen null Komma null zu den Debatten auf der Bundesebene, wo es nicht um Farbenlehre, sondern um einen Nord-Süd-Konflikt geht. In den nächsten Wochen und Monaten wird die Frage entbrennen, ob wir bei der Krankenhausfinanzierung in die Monistik gehen oder ob wir beim dualen System bleiben. Das ist eine Herausforderung für Bayern, weil wir anders als andere Bundesländer immens viel Geld bezahlen. Das müssen Sie mit auf die Agenda setzen. Es mag vielleicht nicht jeden interessieren, aber es ist für die Zukunft der Krankenhäuser von elementarer Bedeutung. Dazu habe ich nichts gehört.

Sehr überrascht hat mich, wie elegant Sie versucht haben, das Thema Pflege mehr oder weniger zu um-

gehen. Sie haben gesagt – ich interpretiere das so -, die Pflegekammer hat nicht so geklappt, wie es ursprünglich der Södersche Lebensimpuls dem Ministerium eingehaucht hat, aber wir werden jetzt mit einer Befragung versuchen, die eigenen Mehrheiten zu organisieren. Viel dringender als die Frage, ob wir es so oder so machen – obwohl ich die Umfrage gut finde -, ist Folgendes: Es wird immer von den alternden Ärzten geredet. Aber das Pflegepersonal wird auch alt. Wir wissen, dass wir so viel Pflegenachwuchs bräuchten, dass jeder zweite junge Mensch Pfleger oder Pflegerin werden müsste.

Sie müssen einiges mehr tun, um die Mängel im Pflegebereich tatsächlich in den Griff zu bekommen. Deshalb ist die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor sowie zwischen den Berufsgruppen von Ihnen mit einem gewissen Forechecking zu betreiben. Herr Minister, Sie müssen der Motor sein und versuchen, Augenhöhe zwischen medizinischer und pflegerischer Versorgung herzustellen.

Ich habe das Gefühl, in der Gesundheitspolitik folgt die Staatsregierung immer noch dem Modell "Schwarzwaldklinik": Hier gibt es den Halbgott in Weiß und dort die Pflegekraft, die den Tupfer bereithält. - So wird es nicht mehr laufen. Das wissen auch Sie genau. Daher müssen Sie entschieden für andere Lösungsansätze eintreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch was die Substitution bzw. Delegation von Aufgaben angeht, sind Sie mir einfach zu still. Sie müssen auch einmal etwas anschieben. Es gehört sich, dass Sie Partei ergreifen und deutlich sagen, ob Sie dafür sind, dass die Wundversorgung durch spezialisierte Pflegekräfte ausgeführt wird. Wie stehen Sie zu den vom Gemeinsamen Bundesausschuss ermöglichten Modellvorhaben mit dem Ziel der Substitution, wenn es um die Anwendung von Heil- und Hilfsmitteln durch Pflegekräfte geht? Ich betone: In diesem Bereich müssen Sie etwas anschieben und dürfen nicht nur hineinschreiben, dass das bei uns alles so schön sei.

Hinsichtlich der Prävention haben Sie einige gute Ansätze entwickelt - das will ich gar nicht verhehlen -, auch wenn ich nicht mit allem zufrieden bin. Sie haben einige Modellprojekte ermöglicht. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von "Gesundheitskonferenzen", Sie von "Regionaler Gesundheitsförderung".

Ein weiterer Punkt: Herz-Kreislauf-Krankheiten und Diabetes gehören zu den Krankheiten, die wir durch Prävention mehr oder weniger eindämmen können. Insofern brauchen wir Strategien, die tatsächlich helfen.

Was fehlt mir noch? Im Stakkato: Es fehlt mir eine Stellungnahme zur Organspende. Die Skandale im Transplantationsbereich haben einen immensen Vertrauensverlust bewirkt. Die Zahl der Menschen, die sich bereit erklären, Organe zu spenden und einen Organspendeausweis zu erwerben, ist deutlich zurückgegangen. Auch wenn die Kassen dieser Entwicklung entgegenwirken, ist es zu einem Vertrauenseinbruch gekommen. Dieser betrifft sowohl die eigene Organspendebereitschaft als auch die Bereitschaft der Hinterbliebenen, entsprechende Regelungen zu treffen. Das verloren gegangene Vertrauen müssen wir wieder aufbauen. Dass Ihnen das nicht allein gelingen kann, ist mir klar. Dem Ausschuss muss endlich ein Bericht zu der Thematik vorgelegt werden. Wir müssen aber auch an die Neuordnung von Strukturen denken: Wie schaut es mit den Transplantationszentren aus? Dazu hätte ich gern noch etwas gehört. Das muss nicht heute sein, sollte aber in naher Zukunft nachgeholt werden.

Meine nächste Anmerkung betrifft die Methadonversorgung. Kollegin Sonnenholzner hat schon gesagt, dass in dieser Hinsicht gerade in Schwaben, aber auch in Niederbayern "die Hütte brennt". Das kann so nicht weitergehen. Auf dem bisher beschrittenen Weg können wir die Methadonversorgung nicht sicherstellen. Der Bayerische Ärztetag hat festgestellt, dass das Betäubungsmittelverordnungsgesetz nicht praktikabel ist. Es ist mir wichtig zu hören, welche Anstrengungen Sie zur Verbesserung der Situation unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch in der Psychiatrie gibt es Probleme.

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen mehr Mut in der Gesundheitspolitik. Wir stehen vor einem Zielkonflikt: Einerseits wird betont, Gesundheit sei keine Ware. Auf der anderen Seite haben wir es mit einer Ökonomisierung zu tun. Der Kuchen ist nicht unendlich, aber die Zahl diejenigen, die im Verteilungskampf von diesem Kuchen etwas haben wollen, nimmt zu. Herr Minister, ich vermisse bei Ihnen den Mut und die Leidenschaft, Rahmen zu setzen, Fehlanreize abzubauen und dafür Qualitätsanreize zu setzen sowie die regionalen Unterschiede auszutarieren. Diese Aspekte müssen Sie noch mehr in den Mittelpunkt stellen. Es geht auch darum, die Rechte des Patienten zu stärken.

Haben Sie Mut zu handeln! Die Feststellung, dass wir es hier wunderbar haben und dass vieles schön ist, reicht nicht. Allgemeinplätze kann auch ich unterschreiben; das hilft aber in der konkreten Politik meist nicht weiter. Sie müssen Ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lassen. Geschieht dies nicht, wird

Ihre Regierungsbilanz ähnlich ausfallen, wie es Immanuel Kant einmal formuliert hat: Der gute Wille war da.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Schopper. – Für die FDP bitte ich Herrn Thalhammer an das Mikrofon.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vorsitzende der CSU-Fraktion hat mich gebeten, kürzer zu reden. Aber wenn er erst einmal mitbekommt, welches Loblied ich auf unseren Minister singe, wird er an meinen Lippen kleben bleiben und sich wünschen, dass dieser Wortbeitrag nie vorbeigeht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an den schwächlichen Kritikpunkten der Opposition wird deutlich: Bayern steht in der Umweltpolitik hervorragend da. Das ist zum einen deshalb der Fall, weil wir uns angesichts unserer Wirtschaftskraft Umweltschutz leisten können; zum anderen hat die christlich-liberale Koalition, insbesondere unser sehr guter Umweltminister, kluge Entscheidungen getroffen. Lieber Marcel Huber, herzlichen Dank für Ihre, für deine Arbeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte mit einem Thema beginnen, das immer wieder durch den Plenarsaal geistert. Wir haben es zwar schon in einem Antrag dokumentiert, aber ich sage es an dieser Stelle noch einmal ganz klar: Für die FDP-Fraktion wie für alle Fraktionen in diesem Hause gehört die Trinkwasserversorgung zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Schauen wir in ein Land, das die Trinkwasserversorgung privatisiert hat, beispielsweise nach Frankreich: Dort ist das Wasser schlechter und teurer geworden. Das ist nicht der bayerische Weg, das ist nicht der Weg der Liberalen. Deswegen lehnen auch wir dies, wie gerade wieder auf unserem Parteitag beschlossen wurde, kategorisch ab.

(Zuruf von den GRÜNEN: Haben Sie das auch Ihren Kollegen im Bundestag gesagt?)

Ein sehr wichtiges Thema ist der Donauausbau. Es ist eine große Leistung, dass CSU und FDP es geschafft haben, einen jahrzehntelangen Streit zu beenden und einen guten Kompromiss zu finden. Die Umwelt wird geschützt, und ökonomische Aspekte werden berücksichtigt. Die Schifffahrt auf der Donau kann sich weiterentwickeln. Wir Liberale sind stolz darauf, dass

unser Wirtschaftsminister Martin Zeil auch in dieser Frage sehr erfolgreich agiert und gemeinsam mit dem Herrn Umweltminister einen vernünftigen Lösungsansatz entwickelt hat. Der sanfte Donauausbau, den wir von der FDP seit jeher fordern, ist einfach das beste Lösungskonzept. Eine vernünftige Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie - dafür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP - Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, einen Moment! – Darf ich Sie um etwas mehr Ruhe bitten? Es ist ein Grundgemurmel da, das angesichts der Rede nicht angebracht ist. - Bitte schön, Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Es gibt wieder Grund zu feiern: Das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön wird erweitert. Das ist seit vielen Jahren ein Herzensthema der Liberalen. Die FDP hatte mit diesem Ziel mehrere gemeinsame Aktionen der Länder Bayern, Hessen und Thüringen gestartet. Diese Koalition hat das Thema vorangebracht. Es ist schön, wenn im Sinne des Umweltschutzes Lösungen gefunden werden können, die vor Ort mitgetragen werden. Die Menschen in der Region sind begeistert. Auch die Holzwirtschaft behält ihre Möglichkeiten. Das ist für uns Ausdruck einer vernünftigen Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie. Wir freuen uns sehr über die Erweiterung des Biosphärenreservats Rhön. Glückwunsch an den Norden Bayerns!

Ein weiteres Thema, das uns als Liberalen sehr am Herzen liegt, sind die Naturparke. Wir haben in Bayern 18 Naturparke. Sie stehen für nachhaltige Regionalentwicklung und umweltgerechte Landnutzung. Sie eröffnen Chancen für sanften Tourismus. Wir müssen wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Naturparke legen und vielleicht sogar die Ausweisung neuer unterstützen. Wir Liberale unterstützen gern den Vorschlag für einen Naturpark im Fünfseenland. Naturparke sind ebenfalls Ausdruck einer wunderbaren Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie. Dafür steht, wie Sie wissen, die FDP.

Was die Nationalparke angeht, sind wir kritischer. Mit uns wird es keinen Nationalpark im Steigerwald geben. Wir freuen uns sehr über die tollen Bildungsmaßnahmen, die im "Haus der Berge" im Nationalpark Berchtesgaden angeboten werden. Wir wünschen uns auch, dass eine entsprechende Ausstattung erfolgt. Vielleicht kann man die an der einen oder anderen Stelle überdimensionierte Personalausstattung des Nationalparks Bayerischer Wald abbauen und das Personal in den Nationalpark Berchtesgaden "umsiedeln". Ich betone: Es ist vorbildlich, wie im Nationalpark Berchtesgaden Natur zum Erlebnis wird. Wir wol-

len, dass Natur erlebbar bleibt. Daher lehnen wir Betretungsverbote für Nationalparks kategorisch ab.

Loben möchte ich im Nationalpark Bayerischer Wald die Umsetzung unseres liberalen Engagements für das Grüne Band Bayern. Der ehemalige Todesstreifen zwischen Ost und West ist jetzt zu einer Lebenslinie geworden. Ich freue mich sehr, dass die Nationalparkverwaltung im Sinne der Umweltbildung diese Idee aufgegriffen hat. Lieber Herr Minister, wir müssen hier jedoch gemeinsam noch ein bisschen mehr anschieben. Das Grüne Band Bayern hat nicht nur ökologische Vorteile. Es ist auch eine wunderbare Möglichkeit für ökologische und geschichtliche Bildung.

Unser Koalitionspartner, die Christlich-Soziale Union, trägt die Aussage von der Bewahrung der Schöpfung immer wie eine Monstranz vor sich her. Wir Liberale möchten hinzufügen, dass zur Bewahrung der Schöpfung auch die Bewahrung unserer Mitgeschöpfe gehört. Der Tierschutz hat eine größere Aufmerksamkeit verdient. Ich freue mich immer auf die wunderbare Veranstaltung bei der Verleihung des Tierschutzpreises. Auf dieser hochkarätig besetzten Veranstaltung werden Ehrenamtliche für ihr Engagement ausgezeichnet. Ja, ein vernünftiger Tierschutz soll wieder mehr Aufmerksamkeit in diesem Haus genießen.

Ich möchte gleich ein konkretes Beispiel zum Artenschutz geben, liebe Claudia Jung, weil ich dich gerade sehe.

(Claudia Jung (FREIE WÄHLER): Bei mir denkst du an Artenschutz? Bin ich eine gefährdete Art?)

- Beim Thema Artenschutz stehe ich für die Bewahrung und den Schutz der Singvögel. Hier müssen wir Konzepte vorlegen. Ich möchte beispielhaft auf die "Vermaischung" eingehen, die für den Vogelschutz nicht gerade ideale ökologische Voraussetzungen bietet.

Wir würden gut daran tun, uns bei der Energieproduktion Alternativen zum Mais zu überlegen. Wir sollten nach Pflanzen suchen, durch die der Boden wieder eine bessere Beschaffenheit und einen besseren Wert erhält und die nicht so viel Stickstoff herausziehen, wie dies beim Mais der Fall ist. Ich nenne als Beispiel Klee gras und Miscanthus. Wir müssen uns hierüber noch mehr Gedanken machen. Über Rüben kann man auch besser hinwegsehen als über große Maispflanzen. Wir dürfen die nachwachsenden Rohstoffe für die Energieversorgung nicht auf den Mais reduzieren. Hier muss es eine Vielzahl an Varianten geben. Hier haben wir noch viel Arbeit vor uns.

Damit komme ich zum Landverbrauch. Ja, der Landverbrauch ist in diesem Land noch viel zu hoch. Wir

müssen aber auch einen anderen Blickwinkel berücksichtigen, nämlich die Landnutzung. Durch Ausgleichsmaßnahmen und Biogasanlagen wird immer mehr Land aus der aktiven Nutzung herausgenommen. Wir müssen Lösungen finden, damit wir uns bei den begrenzten Flächen unser Korsett nicht noch enger schnüren. Ich freue mich sehr, dass wir mit unserem Koalitionspartner nach intensiven Diskussionen eine Lösung gefunden haben. In einigen Landkreisen gibt es de facto keine Fläche mehr, wo noch kompensiert werden könnte. In vielen Bundesländern besteht deshalb die Möglichkeit, die Kompensation für ökologische Maßnahmen finanziell vorzunehmen. Das ist eine sinnvolle Entscheidung; denn dadurch wird die Ökologie unterstützt, aber ökonomische Interessen werden nicht vergessen. Dafür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, Holz gehört zu Bayern. Wir sind mit qualitativ hochwertigem Holz gesegnet.

(Harald Güller (SPD): Dazu fällt mir jetzt etwas sehr Unparlamentarisches ein!)

- Meine Aussage bezog sich auf die Ökologie. Ich weiß nicht, was Sie mit Holz in Verbindung bringen. Ich würde an so etwas nie denken.

Das Holz verdient in Bayern mehr Aufmerksamkeit. Wir haben hier ein riesiges Potenzial. Vom natürlichen Aufwuchs bleiben 39 % ungenutzt. Wir müssen das Holz wieder mehr nutzen, nicht nur für die Energieversorgung, sondern auch im Bau. Wir brauchen es aber auch für neue, innovative Energieproduktionsformen. Die Stadtwerke Rosenheim nutzen zum Beispiel in vorbildlicher Weise die innovative Form der Holzvergasung. Dieser Möglichkeit sollten wir in diesem Hohen Haus mehr Aufmerksamkeit schenken. In der letzten Woche habe ich im "Expertenkreis Energie" der FDP-Fraktion gesprochen. Bei der Holzvergasung kann bedarfsgerecht produziert werden. Die Energieeffizienz ist sehr hoch. Das ist noch weitgehend unbekannt. Die Holzvergasung hat eine große Zukunft. Wir sollten diese Möglichkeit weiter unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Auch die Wasserkraft gehört seit jeher zu Bayern. Sie ist die älteste der erneuerbaren Energien und liefert permanent Strom. Die Wasserkraft gehört zu Bayern: Das war so, das ist so, und das wird auch immer so sein. Durch wunderbare Innovationen, mit denen wir die Wasserkraft ökologischer betreiben können, haben wir neue Potenziale erhalten. Für die FDP-Fraktion ist die Wasserkraft die vernünftigste erneuerbare Energieform, die es gibt. Wir wollen die Wasserkraft weiter stärken.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen uns das EEG in seiner Gänze anschauen. Die Strompreise bereiten uns große Sorge.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die vielen Ausnahmen!)

Wir müssen die effizientesten erneuerbaren Energien fördern, diejenigen, die das beste Resultat bringen. Deswegen müssen wir weg von der Förderung der Photovoltaik, die bereits die Marktreife erreicht hat, aber am lautesten schreit. Die Photovoltaik gehört nicht zu den Energieformen, die die besten Resultate bringen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber die Atomenergie!)

- Liebe Kollegin Kamm, die Atomenergie ist ein gutes Stichwort. Die ganze Welt beäugt uns. Sie will sehen, wie wir als Industrieland einen vernünftigen Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien hinbekommen. Wir haben in diesem Land sehr viel Know-how. Wir sind das Innovationsland schlechthin. Wenn wir das in Bayern schaffen, werden wir eine weltweite Visitenkarte für Unternehmen der erneuerbaren Energien in diesem Land haben. Was Silicon Valley in den USA für die Computerindustrie ist, kann Bayern bei den erneuerbaren Energien werden. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Ludwig Wörner (SPD): Aber nicht mit Ihrer Politik!)

- Doch, genau mit unserer Politik; denn im Gegensatz zu Ihnen schreien wir nicht nur. Wir haben nicht nur Worte, sondern auch Taten zu bieten. Keine andere Staatsregierung und kein anderes Land investiert gerade bei den erneuerbaren Energien so viel in die Innovation und in die Forschung. Das reicht von der Batterie-Forschung bis hin zur Geothermie. Wir sind das Vorzeigeland für die erneuerbaren Energien. Das lasse ich mir von der Opposition nicht in Abrede stellen.

Lassen Sie mich abschließend noch auf die Umweltbildung eingehen, die ich sehr erwähnenswert finde. Gerade der Umstieg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien kann gut gelingen, wenn alle Menschen mitmachen. Dazu gehört ein entsprechendes Wissen, um zu verstehen, was hier vor sich geht. Ich möchte ein kleines Beispiel herausheben, das mich sehr gefreut hat: Bei der Landesgartenschau in Bamberg waren Sie, Herr Minister, durch Ihre Frau Staatssekretärin Huml vertreten. Dort wurde ein Kindertheater mit dem Titel "Energie" von Donikkl aufgeführt. Donikkl ist durch das Fliegerlied auf dem Oktoberfest bekannt

geworden. Zumindest die Abgeordneten von CSU und FDP kennen dieses Lied, weil sie auf das Oktoberfest gehen.

(Georg Schmid (CSU): Sing es mal vor!)

Mit diesem Theater wird Umwelt- und Energiebildung wunderbar spielerisch vermittelt. Vielen Dank an das Ministerium für diese wunderbaren Ansätze. Das war wirklich eine tolle Geschichte. Darauf können Sie stolz sein.

Ich möchte Sie außerdem für eine Aktion loben, an der ich im Kleinen in meinem Bürgerbüro auch teilgenommen habe. Ich war nicht so erfolgreich wie Sie, aber oft macht auch Kleinvieh Mist. Dabei spreche ich nicht vom Gülle-Bonus. Wir müssen uns einer Herausforderung der Zukunft stellen, nämlich der Rohstoffknappheit. Die Staatsregierung und das Umweltministerium haben eine tolle, groß angelegte Sammelaktion für Althandys ins Leben gerufen. 70.000 Alt-Handys wurden gesammelt. Ich möchte Ihnen einmal vor Augen führen, was das bedeutet: Diese enthielten 17 Kilogramm Silber, 617 Kilogramm Kupfer und 260 Kilogramm Kobalt. So wurde auch jedem klar, wie viele wichtige Rohstoffe in unseren Elektrogeräten enthalten sind, dass man sie nicht einfach wegwerfen darf, sondern dass man die Rohstoffe wiederverwerten muss. Ein ganz großes Lob für diese Aktion. Danke, dass ich zum kleinen Teil mitmachen durfte. Es hat sich gelohnt. Weiter so, Herr Umweltminister!

(Beifall bei der FDP)

Last but not least will ich noch danken. Herr Umweltminister, Ihnen habe ich schon genug gedankt; aber leiten Sie bitte diesen Dank auch an Ihr sehr gutes Haus, an Ihre Staatssekretärin weiter. Es macht Spaß, mit Ihnen zu arbeiten. Ich denke, dass die Bilanz, die die Regierungskoalition von Schwarz-Gelb vorzuweisen hat, sich wirklich sehen lassen kann. Weil sie so gut ist, sollten wir sie in der nächsten Legislaturperiode auch weiterführen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Thalhammer. Angesichts des heraufziehenden Frauentages erlaube ich mir die kurze Anmerkung, dass Kolleginnen hier im Haus weder bunte noch Singvögel sind. Ich halte aber dem Redner zugute, dass er sich ebenfalls zu Letzteren zählt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Deswegen sei es ihm verziehen.

Zu einer abschließenden Stellungnahme hat Herr Minister Huber für die Staatsregierung das Wort. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das alles andächtig angehört, habe vier Seiten mitgeschrieben, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Bei dem, was hier zum Teil vorgetragen worden ist, bin ich wirklich nicht ganz sicher, ob alle Redner meine Regierungserklärung wirklich gehört haben.

(Beifall bei der CSU)

Noch einmal zum Mitschreiben: Ich habe den Eindruck, dass nicht alle sie wahrnehmen konnten.

Bayern in der Energiewende bis zu einem Spitzenplatz in Deutschland voranzubringen, große Umweltbildungsprojekte wie das Haus der Berge heuer zum Abschluss zu bringen, die Kernzone im Biosphärenreservat Rhön nach 22 Jahren endlich umzusetzen, und nicht nur das, sondern sie auch noch zu erweitern, nach dreißig Jahren Donau-Diskussion eine Entscheidung herbeizuführen, eine Biodiversitätsstrategie, die ihren Namen verdient, voranzubringen, eine Kompensationsverordnung, die wirklich etwas Neues, eine substanzielle Verbesserung, bringt, kurz vor dem Abschluss zu haben, ein 15 Millionen schweres Hausärzte-Nachwuchsförderprogramm, eine Bundesratsinitiative zur Krankenhausvergütung, eine halbe Milliarde Euro in der Investivförderung von Krankenhäusern, eine Pflegekammer-Umfrage, um kurz davor zu sein, die Kammer auch umzusetzen, eine Telemedizin-Initiative, eine Präventionsstrategie – meine Damen und Herren, es ist einfach so viel; man konnte es in der Kürze der Zeit schlicht und ergreifend nicht in der Tiefe ausführen.

Ich darf daran erinnern, dass ich jetzt 16 Monate im Amt bin. Wer diese Bilanz nach 16 Monaten aufweisen kann, wundert sich, dass das als "verantwortungsloses Nichtstun" bezeichnet wird.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich bin von einigen geschimpft worden, dass ich zu lange gesprochen habe. Ich habe eigentlich gemeint, ich könnte es schneller, aber ich musste die Dinge dann doch ausführen.

(Harald Güller (SPD): Jeder, der das vorher gelesen hatte, hat gewusst, dass Sie länger brauchen!)

Die anderen haben moniert, dass ich nicht tief genug in die einzelnen Punkte eingestiegen bin, dass ich

manche Dinge überhaupt nicht angesprochen habe, was ich gern getan hätte. Auf jeden Fall muss ich sagen: Es ist der Kürze der Zeit geschuldet gewesen. Manches steht auch zum Austausch. Bei einigem stimme ich Ihnen voll zu, einiges von dem, was Sie gesagt haben, war völlig falsch, und ich müsste es eigentlich geraderücken. Dazu bräuchte ich aber mindestens eine halbe Stunde.

Mit geht es um Ihre Gesundheit. Ich schließe hiermit und biete allen an, dass wir uns über dieses Thema privatissime unterhalten. Ich bin wirklich daran interessiert, einige Dinge geradezurücken. Machen wir das in einer ruhigen Stunde. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Dr. Huber. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Die Regierungserklärung ist erfolgt.

Wir rufen Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion
"Sicher leben in Bayern - Kriminalität erfolgreich bekämpfen"**

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Selbstverständlich gilt das auch für die Rednerinnen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner oder eine ihrer Rednerinnen bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Rednerinnen und Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Rednerinnen und Redner dieser Fraktion zu sprechen. - Sie kennen dieses Verfahren. Trotzdem habe ich das wiederholt, damit alle wissen, worum es geht.

Den ersten Redebeitrag hat Herr Dr. Herrmann für die CSU angemeldet. - Herr Dr. Herrmann, Ihnen stehen zehn Minuten zur Verfügung. Bitte sehr.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 98 % der Bevölkerung – so jedenfalls die Bayernstudie des Bayerischen Rundfunks – sagen: Ja, wir leben gerne in Bayern. 85 % der Bayern sagen: In keinem anderen Land lebt es sich besser. Dies hängt mit vielen Themen zusammen, sicherlich auch mit dem der heutigen Regierungserklärung, aber in ganz besonderer Weise auch mit der inneren Sicherheit. Die innere Sicherheit ist ein zentraler Standortfaktor in Bayern, und sie ist ein

zentrales Thema, weil es bei der Sicherheit von Leib und Leben, aber auch bei der Sicherheit des Rechtsverkehrs insgesamt um die Grundlagen unseres freiheitlichen Systems geht.

In der bayerischen Bevölkerung besteht ein hohes subjektives Sicherheitsgefühl, und es besteht auch eine hohe objektive Sicherheit; denn nirgends ist das Risiko so gering wie in Bayern, Opfer einer Straftat zu werden. Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2012 verdeutlicht ein weiteres Mal: Wir können in Bayern eine hervorragende Sicherheitsbilanz ziehen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zum einen ist die äußerst niedrige Kriminalitätsbelastung von 4.977 Straftaten pro 100.000 Einwohner ein Spitzenwert in Deutschland. Dies ist der zentrale Wert auch für das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, da die besten Delikte immer noch die sind, die gar nicht erst verübt werden. Zum anderen aber konnte die Polizei mit 63,2 % knapp zwei Drittel aller Straftaten aufklären. Im Bundesdurchschnitt kann regelmäßig etwa nur die Hälfte der Delikte aufgeklärt werden. Deshalb danken wir an dieser Stelle ganz besonders denen, die dafür einstehen, dass eine hohe Aufklärungsquote realisiert werden kann. Das ist die bayerische Polizei. Sie ist dafür verantwortlich, dass die Menschen nirgends in Deutschland so sicher leben wie in Bayern. Unser Dank gilt den 39.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Polizei, die die zentrale Säule der bayerischen Sicherheitsarchitektur sind.

Im vergangenen Jahr ist in Bayern die Zahl der insgesamt erfassten Straftaten zwar leicht um etwa 0,6 % angestiegen. Dennoch liegen wir auf einem ähnlich guten Niveau wie im Jahr 2011. Die Häufigkeitszahl, die angibt, wie viele Straftaten pro 100.000 Einwohner begangen werden, unterschreitet wieder die 5.000er-Marke. Damit liegen wir bei der Kriminalitätsbelastung auf einem ähnlichen guten Niveau wie 2011. Zur Verdeutlichung: Im Jahr 2003 hatten wir noch über 5.700 Straftaten pro 100.000 Einwohner zu verzeichnen. Einen Wert unter 5.000 hat im Jahr 2011 kein anderes Bundesland erreicht, und mit einer Aufklärungsquote von 63,2 % gelang es einmal mehr, fast zwei Drittel aller registrierten Straftaten aufzudecken. Im Bundesdurchschnitt ist es, wie gesagt, eben regelmäßig nur die Hälfte. Der leichte Rückgang der Aufklärungsquote um 0,8 Prozentpunkte hängt in erster Linie damit zusammen, dass sich das Straftatenspektrum teilweise strukturell verändert hat. Bei den Delikten, deren Aufklärungsquote naturgemäß niedrig ist, haben wir eine Zunahme zu verzeichnen. Ich nenne beispielhaft nur den Fahrraddiebstahl und die Straftaten rund um das Internet.

Die klare Botschaft lautet also: Wir spielen bei der inneren Sicherheit nicht nur relativ, im Verhältnis zu den anderen Ländern, sondern auch im Hinblick auf die absoluten Zahlen in der Champions League. Das ist das Ergebnis einer konsequenten und seit vielen Jahren durch Edmund Stoiber, Günther Beckstein und in den letzten Jahren durch Joachim Herrmann kontinuierlich betriebenen Politik der inneren Sicherheit. Konsequent ist diese Politik in dem Sinn, dass wir in Bayern keine rechtsfreien Räume dulden, keine Delikte bagatellisieren und konsequent gegen jede Art von Straftaten vorgehen. Das können die Menschen in Bayern auch erwarten; denn die allermeisten von ihnen verhalten sich rechtstreu.

Bei der inneren Sicherheit ist man allerdings nie am Ende angelangt, denn die Kriminellen sind erfindungsreich und schamlos darin, immer wieder neue Wege beim Begehen von Straftaten zu finden. Das "Geschäftsmodell" Krimineller hat zwar nirgendwo so geringe Erfolgsaussichten wie in Bayern, trotzdem gibt es Bereiche, um die wir uns in ganz besonderer Weise kümmern müssen.

Ich nenne vor allen Dingen die Cyber-Kriminalität. Straftaten im, mit dem und gegen das Internet spielen nach den Zahlen der Kriminalstatistik eine immer größere Rolle. Die Bandbreite reicht von Sexualdelikten wie dem Verbreiten pornographischer Schriften über Betrug bis hin zu Beleidigungen. Ganz besonders fällt die Steigerung bei den Erpressungsdelikten auf. Die Zahlen steigen bei der Cyber-Kriminalität auch deshalb, weil das Risiko für Straftäter, im weltweiten Netz erwischt zu werden, zu gering ist. Die Aufklärungsquote liegt bei den Erpressungsdelikten nur bei rund 7 %. Das hängt maßgeblich damit zusammen, dass das Internet anonym ist und viele Täter vom Ausland aus agieren.

Internettäter dürfen aber nicht ungeschoren davorkommen. Die bayerische Polizei ist für diese neuen Deliktsformen organisatorisch und personell gut gerüstet. Sie verfügt über das notwendige Know-how. Schwerpunktkommissariate wurden geschaffen und zusätzlich zu Netzwerkfahndern wurden im vergangenen Jahr 25 Informatiker eingestellt. Hier wurden Spezialisten zu Polizisten gemacht. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 setzen wir die Verstärkung der Polizei entschlossen fort. Neben den 840 zusätzlichen Ausbildungsstellen für die Polizei investieren wir in weitere 100 Planstellen, unter anderem für den Kampf gegen die Cyber-Kriminalität. Damit können wir zusätzliche IuK-Kriminalisten einstellen.

Um den Internettätern auf die Schliche zu kommen, brauchen unsere Ermittler aber auch das notwendige rechtliche Instrumentarium. Mit unseren herkömmli-

chen Ermittlungsmöglichkeiten stoßen wir ohne die Kommunikationsverbindungsdaten schon bei der Identifizierung von Internettätern an die Grenzen. Genau in den Fällen sind die Polizei und die Justiz chancenlos, in denen sie nicht auf gespeicherte Verbindungsdaten zurückgreifen können. Die Bürger verstehen es nicht, wenn wir sie hier nicht schützen können. Deshalb fordere ich alle auf, die sich aus ideologischen Gründen der Vorratsdatenspeicherung verweigern, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben. Wir müssen im Fall schwerer Straftaten herausfinden, wer sich hinter einer IP-Adresse versteckt. Das Internet darf keinesfalls zum rechtsverfolgungsfreien Raum werden. Wir können nicht einerseits den Anstieg der Delikte im Internet beklagen und andererseits den Beamtinnen und Beamten ihr Handwerkszeug verweigern.

Häufig sind die einzigen Spuren, die noch vorhanden sind, digitale Spuren. Diese müssen ausgewertet werden können. Dazu bedarf es der entsprechenden Befugnisse. Den Konflikt zwischen Grundrechten, Freiheit und Sicherheit kennen wir aus allen Bereichen. Es ist kein neuer Konflikt. Deshalb müssen wir uns ihm nicht grundsätzlich verweigern, sondern wir müssen ihn aktiv angehen und entsprechende Lösungen finden.

Besonders erfreulich ist, dass wir auf dem Gebiet der klassischen Kriminalität einen Rückgang bei der Gewaltkriminalität zu verzeichnen haben. Insbesondere bei den Tötungsdelikten sind die Fallzahlen erheblich gesunken. Die Aufklärungsquote ist nach wie vor extrem hoch. Nahezu jeder Mord in Bayern wird aufgeklärt. Bei den Rauschgiftdelikten dulden wir selbstverständlich keine illegalen Drogen. Wir müssen deshalb alles tun, um den überproportionalen Anstieg beim Schmuggel des hochgefährlichen Crystal aus Tschechien einzudämmen. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die diversen Initiativen, die Innenminister Herrmann in Richtung seines tschechischen Amtskollegen unternommen hat. Das sind wir unserer Bevölkerung schuldig.

Abschließend kann ich sagen, dass die innere Sicherheit nicht nur ein zentraler Politikbereich und der Grund dafür ist, dass die Menschen in Bayern gerne leben. Die Menschen haben auch einen Anspruch darauf, in Bayern sicher leben zu können. Deshalb hat für uns die innere Sicherheit einen hohen Stellenwert. Auf diesem Politikfeld kann man sehr gut sehen, dass es ein gewaltiger Unterschied ist, wie ein Land regiert wird. Während andere Bundesländer immer weiter Personal abbauen, haben wir seit 2009 über 5.300 Nachwuchskräfte eingestellt, fast 1.400 davon im letzten Jahr. Wir haben damit den höchsten Personalstand aller Zeiten. Vergleichen Sie doch einmal die

Koalitionsverträge der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg mit unserem Koalitionsvertrag. Dort finden wir allenfalls Lippenbekenntnisse und nicht die 1.000 neuen Stellen, die wir 2008 in unserem Koalitionsvertrag vereinbart haben. Die Kriminalstatistik 2012 zeigt uns, dass wir in Bayern nach wie vor auf dem richtigen Weg sind und die Polizei sich auf die Politik, die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen verlassen kann. Dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön, Herr Kollege Dr. Herrmann. Sie haben an die Redezeit gedacht. Als Nächster hat sich für die SPD Herr Kollege Schneider zu Wort gemeldet.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es war zu erwarten, Herr Kollege Herrmann, dass Sie die Vorlage der Kriminalstatistik 2012 dazu nutzen würden, sich wieder einmal selbst auf die Schulter zu klopfen, wenn es sonst schon niemand tut. Dazu besteht aber wirklich kein Grund. In der inneren Sicherheit gibt es viel zu viele Baustellen, die seit Jahren bestehen und nicht konsequent angegangen werden.

Dazu nur ein paar Beispiele. Die Kriminalstatistik sagt nicht erst seit diesem Jahr, dass die Internetkriminalität wächst und damit auch die Schadenssummen steigen. Sie hat sich in den letzten fünf Jahren nahezu verdoppelt. Ihre Reaktion darauf war im letzten Jahr, bayernweit 25 IT-Spezialisten bei den Kriminalpolizeidienststellen einzustellen, obwohl wir bei der Internetkriminalität schon 2009 Zuwachsraten von 26,3 % und von 19,2 % im Jahr 2011 hatten. Dabei erwies sich die Suche nach Spezialisten ungemein schwer; denn die Bezahlung war und ist außerordentlich mies. Wenn IT-Spezialisten nach A 8, A 9 oder A 10 bezahlt werden, ist es einfach nicht möglich, gute Leute zu bekommen. Sie machen es sich denkbar einfach und schieben die Verantwortung allein auf die Vorratsdatenspeicherung. Hier fehlt schlicht und einfach Manpower. Es ist doch wahrscheinlicher, dass ein Kaukgummidieb im Supermarkt erwischt wird als ein Internetbetrüger, der Millionen abzockt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel ist die Gewalt im Fußball. Seit fast zehn Jahren ist dies nicht nur in Bayern ein sehr ernst zu nehmendes Problem. Mittlerweile leistet die Bereitschaftspolizei mehr als ein Drittel ihrer Einsätze bei Fußballspielen von der ersten Liga bis hinunter zur Regionalliga. Herr Minister, Sie eilen seit Jahren von Fußballgipfel zu Fußballgipfel. Sie sitzen mit den

Verantwortlichen von DFB und DFL zusammen und haben immer noch kein Rezept gegen die Gewalt im Fußball gefunden. In meinen Augen sind diese Gipfeltreffen eine Farce, solange nicht neue Wege gefunden und beschritten werden. Dazu müssen die Hauptbetroffenen, die Fußballfans, einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich sind Sie ein Freund von Gipfeltreffen, Herr Innenminister. Im letzten Jahr haben Sie sich zum ersten "Hofer Dialog" zusammen mit Bundesinnenminister Friedrich und dem tschechischen Innenminister Jan Kubice getroffen. Laut damaliger Pressemitteilung wurden bei diesem "Hofer Dialog" wirksame Maßnahmen gegen den Drogenschmuggel von Crystal Speed beraten. Das war im Februar 2012. Das Ergebnis nach einem Jahr ist, dass der Drogenschmuggel immens zugenommen hat und weiter zunimmt. Die kosmetischen Maßnahmen – gemeinsame Streifen von tschechischen und bayerischen Beamten und tschechische Sprachkurse für bayerische Polizisten – sind eigentlich ein Zeichen von Ohnmacht und Hilflosigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Daran ändert auch der zweite "Hofer Dialog" nichts, der vor wenigen Wochen in Prag stattgefunden hat.

War Crystal Speed vor einigen Jahren noch ein Problem der Grenzregion zu Tschechien, ist es mittlerweile in München und allen anderen bayerischen Städten angekommen. Ich war zusammen mit meiner Kollegin Annette Karl in Weiden. Das Kommissariat zur Rauschgiftbekämpfung ist dort seit Jahren mit sechs Leuten besetzt. Selbst wenn die Kollegen dort rund um die Uhr Dienst machen würden, hätten sie nicht die allergeringste Chance, diesem Problem Herr zu werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Polizei dort unterstützt Präventionsprogramme wie "Need no Speed", die aber nur regional wirksam sind und dem Drogentourismus nichts entgegenzusetzen können. Herr Minister, üben Sie mehr Druck auf Tschechien aus und machen Sie klar, dass diese verfehlte liberale Drogenpolitik ein Ende haben muss. Der Besitz von Drogenmengen, für die man bei uns eingesperrt wird, ist dort nur eine Ordnungswidrigkeit. Den Medien kann man entnehmen, dass mehr als 70.000 Tschechen drogenabhängig sind. Die Welle schwappt jetzt nach Bayern über. Gehen Sie in die Bezirkskliniken, in die Drogenkliniken in Niederbayern und in der Oberpfalz und schauen Sie sich die Kranken an! Wir brauchen keinen "Hofer Dialog", wir brau-

chen klare Bekämpfungsstrategien und mehr Personal.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Laut Statistik haben die Wohnungseinbrüche und auch die Taschendiebstähle zugenommen. Das sind für mich zwei Indikatoren dafür, dass die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit nachgelassen hat. Dass in manchen Stadtvierteln und Kommunen nur noch einmal am Tag ein Streifenwagen zu sehen ist, ist geradezu eine Einladung für die Kriminellen. Es ist dringend notwendig, die Präsenz auf der Straße zu steigern. Setzen Sie die Empfehlungen der Expertenkommission zur Evaluation der Polizeireform um, die ausdrücklich eine Stärkung der Basisdienststellen empfiehlt.

Ich komme noch auf die Zahlen zu sprechen, die auch Kollege Herrmann erwähnt hat. In der Statistik liegt Thüringen als einziges Bundesland mit 65 % vor Bayern. Man muss dabei sehen, dass der Statistiker aus Thüringen ursprünglich Polizeibeamter in Bayern war, und der kann auch Statistik machen. Wahrscheinlich deshalb liegen die Thüringer vor Bayern; das wird der Grund sein.

Ich wurde von unseren Frauen ausdrücklich gebeten, hier vorzutragen, dass es doch endlich möglich sein muss, auch die Delikte im Bereich der häuslichen Gewalt aufzugliedern, wie sie schon in den verschiedensten Bereichen aufgliedert sind, ob nun in Bereich der schweren oder der gefährlichen Körperverletzung. Das Delikt der häuslichen Gewalt soll in der Kriminalstatistik extra erfasst werden. Das müsste endlich geschehen, damit man hier stärker differenzieren kann.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Auffassung: Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Die bayerische Polizei hat hervorragende Arbeit geleistet. Nun muss das Innenministerium, müssen Sie, Herr Minister, dafür sorgen, dass die Erkenntnisse aus der Kriminalstatistik auch umgesetzt werden; denn das ist der ausdrückliche Zweck der Kriminalstatistik. Auf den Seiten des Innenministeriums heißt es:

Die Kriminalstatistik dient der Erlangung von Erkenntnissen für vorbeugende und verfolgende Verbrechensbekämpfung, organisatorische Planung und Entscheidungen sowie kriminologisch-soziologische Forschung und kriminalpolitische Maßnahmen.

Diese Maßnahmen müssen daraus erfolgen. Da gehört endlich etwas getan, und das ist mein Appell an Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Nächste Wortmeldung: Kollege Hanisch, bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! "Sicher leben in Bayern – Kriminalität erfolgreich bekämpfen" ist das Thema der heutigen Aktuellen Stunde. Gestern fand die Presseerklärung des Herrn Innenministers statt, und morgen wird dieses Thema Hauptthema im Innenausschuss sein, wo wir uns den Bericht über die Kriminalitätsstatistik anhören. Ich komme mir dabei vor wie beim ersten Tagesordnungspunkt in der heutigen Plenarsitzung, als ein Diskussionsbeitrag damit begann: Ja, es ist gut, in Bayern zu leben. Beim Tagesordnungspunkt 2 kommen wir zum gleichen Ergebnis: Bei der Sicherheit in Bayern sind wir in der Champions League. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob man besser wird, wenn man sich täglich lobt. Wir sind zwar in Bayern gut; das zeigt uns die Statistik.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Wir sind aber nicht überall spitze; das haben meine Vorredner auch sehr deutlich gesagt. Mein Vorredner hat sehr gut dargestellt, was der eigentliche Sinn einer Kriminalitätsstatistik ist. Mit dem, was wir aus der Statistik machen, sind wir aber weit davon entfernt. Es ist schön und gut zu behaupten, dass wir in Bayern sicher leben. In Bayern 2012 war ein Plus von 0,6 % bei den Straftaten zu verzeichnen, bei der Internetkriminalität ein Plus von 6,6 %, und die Aufklärungsquote betrug nur 7 %.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

- Die Aufklärungsquote beträgt 7 %.

(Jürgen W. Heike (CSU): Man muss die Gesamtquote sehen!)

- Natürlich muss man die Gesamtquote sehen. Wer sich aber so verherrlicht, muss sich auch einmal die Details ansehen. Lasst mich jetzt einmal bei den Details bleiben. Wenn die Aufklärungsquote so niedrig ist, dann frage ich mich, meine Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, weshalb Sie unseren ersten Antrag auf Einstellung von mehr IT-Spezialisten abgelehnt haben. Inzwischen haben wir zwar 25, aber das sind viel zu wenige; da muss noch etwas

getan werden. Dafür ist im Haushalt auch etwas vorgesehen. Wir müssen uns auch überlegen, ob wir Chancengleichheit haben wollen. Wenn wir Chancengleichheit haben wollen, brauchen wir auf dem Gebiet die Besten, die man aber nicht in A 8 oder A 9 einstufen kann. Man muss ein paar Spezialisten haben, die man besser bezahlt, und dann hat man Chancengleichheit bei der Internetkriminalität erreicht.

Bei den Wohnungseinbrüchen ist eine Steigerung von 9 % festzustellen, bei den Taschendiebstählen eine Steigerung von 14,3 %, bei Rauschgiftkriminalität eine Steigerung von 6,3 %. Auf die Fußballproblematik möchte ich gar nicht eingehen, sondern ich möchte auf die Rauschgiftkriminalität zurückkommen. Wir wissen, wo Crystal Speed über die Grenze kommt und dass ein großer Teil der gemeinsamen Grenze zur Tschechischen Republik in der Oberpfalz liegt. Bei der Verteilung von knapp 300 Polizisten ist vor einigen Monaten in die Oberpfalz ein Polizist gekommen. Da kann mir niemand erklären, dass es mit der Bekämpfung von Crystal Speed an der Grenze ernst gemeint ist. Nachdem die Problematik Crystal Speed die Schlagzeilen seit vier oder fünf Jahren beherrscht, ist mir nicht klar, warum man sich erst vor einem Jahr mit den tschechischen Politikern in Verbindung gesetzt hat, um darüber zu verhandeln.

Die Kriminalstatistik wurde gestern vorgestellt. Leider geschieht dies immer nur dort, wo die Öffentlichkeit das erfährt. Herr Innenminister, wir haben schon einige Male darum gebeten, dass die Information zeitgleich mit der Information des Innenausschusses erfolgt. Die Praxis ist aber so, dass die Kriminalstatistik gestern vorgestellt wurde, dass wir heute im Plenum darüber diskutieren, ohne dass Sie, Herr Minister, uns die Statistik vorgestellt haben,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Aktuelle Stunde, haben wir beantragt!)

dass wir morgen auf Wunsch des Ministeriums im Innenausschuss den Bericht vorgestellt bekommen und darüber diskutieren sollen, was wir aber heute schon tun. Meine Damen und Herren, wenn Sie, wohl wissend, dass das Thema morgen auf der Tagesordnung des Innenausschusses steht, dieses Thema heute zum Gegenstand der Aktuellen Stunde machen, dann führen Sie den Innenausschuss ad absurdum.

Wie verstehen wir eine Verbesserung der derzeitigen Situation? – Wir müssen präventiv arbeiten. Ich kann Ihnen einige Schulleiter nennen, die sagen: Wir hätten gern mehr Polizisten bei uns im Unterricht. Die sind bei den Inspektionen derzeit aber nicht vorhanden. Das wäre präventive, vorbeugende Arbeit bei der Polizei. Oder nehmen wir die Verhinderung der Kriminalität,

die wir immer noch haben. Dazu gehört, dass wir auch jetzt noch mehr Polizisten brauchen. Wenn Sie sich auf den Koalitionsvertrag beziehen und die 1.000 Polizisten im Jahr 2008, dann stelle ich fest: Wir sind schon weit drüber. Wir alle haben gemerkt, dass man mit 1.000 Polizisten allein nicht weiterkommt, dass wir weitaus mehr Polizisten brauchen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Ich würde mir auch mehr Zusammenarbeit wünschen. Über die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz wird im NSU-Untersuchungsausschuss immer wieder geklagt. Ich glaube, hier wäre noch einiges verbesserungsfähig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als Nächste hat sich Frau Kollegin Tausendfreund zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kriminalstatistik mag ein wichtiger Anhaltspunkt für die Sicherheitslage in den jeweiligen Bundesländern sein. Sie ist ein Nachweis für die zahlenmäßig belegbare Arbeit der Polizei. Bayern steht unbestritten im Vergleich gut da. An dieser Stelle möchte ich deshalb der Polizei für ihre oft sehr schwierige Arbeit unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kriminalstatistik ist aber kein Grund für Eigenlob der Staatsregierung oder der CSU-Fraktion. Die Statistik kann die Sicherheitslage nur in Teilbereichen widerspiegeln, und sie ist viel zu wenig differenziert, als dass konkrete Aussagen getroffen werden könnten, die in die Tiefe gehen. Sie ist nur eine Momentaufnahme, eine Verdächtigtenstatistik. Es lässt sich nicht ablesen, in welchen Fällen es zu Verurteilungen gekommen ist oder kommen wird. Die Aufklärungsquote ist nur eingeschränkt aussagekräftig. Wenn die Polizei einen Schwerpunkt auf Kontrolldelikte legt wie beispielsweise Alkoholfahrten, dann sind alle Fälle sofort aufgeklärt. Demzufolge ergibt sich eine Aufklärungsquote von 100 %. Die niedrigen Aufklärungsquoten bei den Diebstahlsdelikten oder der Internetkriminalität können damit ausgeglichen werden. So kann von erheblichen Defiziten auch abgelenkt werden. So einfach kann Statistik eben sein.

Wir haben häufig über das Waffenrecht und seinen Vollzug gesprochen. Bei den Fällen, bei denen Schusswaffen zum Einsatz gekommen sind, fehlen aber Aussagen, ob es sich um legale oder um illegale Waffen gehandelt hat. Das wäre doch eine wichtige Information, damit die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Immerhin waren es fast 1.500 Fälle, bei denen mit einer Schusswaffe gedroht oder von ihr Gebrauch gemacht wurde.

Keine Aussagen trifft die Statistik über die Dunkelziffern. Das ist auch etwas schwierig. So etwas muss man wissenschaftlich begleiten. Gerade bei der häuslichen Gewalt gegen Kinder und Frauen – letztere sind überwiegend betroffen – und bei Sexualstraftaten dürfte diese Dunkelziffer sehr hoch liegen. Hier handelt es sich immer noch um Tabuthemen, und das macht sich auch beim Anzeigeverhalten bemerkbar. Hier wird sicher nicht jede Straftat angezeigt. Da muss gesellschaftlich gearbeitet werden, um diese Themen aus dem Bereich des Tabus herauszuholen.

Keine Aussagen trifft die Statistik über den Umfang und den Erfolg von Präventionsarbeit, auf die ein stärkerer Schwerpunkt gesetzt werden sollte. Keine Aussage trifft die Statistik auch über die Motivation der Täter von Gewalttaten beispielsweise bei einem fremdenfeindlichen Hintergrund. Der wird sicher häufig auch nicht erkannt. Die Bereiche Gewaltausübung gegen Polizeibeamte, aber auch von Polizeigewalt beim Einsatz werden ausgeklammert. Für beide Bereiche fordern wir eine genaue Erfassung und Auswertung, möglichst bundeseinheitlich, damit gegen diese Phänomene die richtigen Konsequenzen gezogen werden können.

Dies waren nur einige Beispiele, um deutlich zu machen, dass es nicht ausreicht, sich auf den statistischen Daten auszuruhen und sich selbst zu loben. Für eine verbesserte Sicherheitslage brauchen wir eine gute Sach- und Personalausstattung bei der Polizei, wie wir sie hier immer wieder beantragt haben. Gerade in der Fläche besteht noch immer ein großer Engpass bei den Polizeiinspektionen. Der Schichtdienst kann kaum aufrechterhalten werden, es gibt keinen Ersatz für Beamte, die in Erziehungszeiten sind. Es ist mehr Präsenz auf der Straße notwendig. Ich denke an die langen Anfahrtszeiten. Damit die Steigerung der Wohnungseinbrüche um 9 % in Verbindung zu bringen, ist legitim. Wir brauchen die Fortentwicklung bei der Aus- und Fortbildung. Für die Nachbesprechung von Einsätzen und für Supervisionen bleibt derzeit meist keine Zeit. Wir brauchen mehr Computerspezialisten. Erforderlich sind Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Polizeidienstleistenden. Als Stichwort nenne ich hier nur die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das alles ist

besser als eine Sicherheitswacht, der ausufernde Ausbau der Videoüberwachung oder die Forderung nach der Vorratsdatenspeicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur die Polizei ist gefragt. In vielen Bereichen kann das Sicherheitsgefüge durch ressortübergreifende gesamtgesellschaftliche Präventionskonzepte verbessert werden. Ich möchte die Verhinderung von Jugendgewalt ansprechen. Die Prävention muss bereits mit sozialer Sicherung beginnen, mit einer guten Bildungsarbeit, mit einem Ausbau der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit, mit Integration und mit Präventionsprojekten an den Schulen, solange diese nicht in Intimkontrollen wegen fünf Euro enden, wie das hier in München geschehen ist. Fazit: Die Liste der Hausaufgaben ist noch sehr lang. Es gibt keinen Grund, sich hier selbst zu loben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Fischer spricht jetzt für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat seinen Spitzenplatz bei der inneren Sicherheit auch 2012 behauptet. Wenn ich das feststelle, Herr Kollege Harnisch und Frau Kollegin Tausendfreund, dann ist das alles andere als ein Selbstlob, dann ist das zunächst einmal ein Lob für die hervorragende Arbeit der Polizeibeamtinnen und der Polizeibeamten in Bayern. Für deren Einsatz danke ich ganz herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben eine Aufklärungsquote von 63,2 %. Fast zwei Drittel aller Straftaten in Bayern werden aufgeklärt. Im Bundesdurchschnitt ist es gerade einmal die Hälfte. Diese erfreuliche Bilanz ist aber kein Grund, sich auszuruhen. Natürlich ist die Kriminalstatistik nur eine Verdächtigtenstatistik, sie gibt aber Aufschluss über die Schwerpunkte der Kriminalität und über die Bereiche, in denen wir Hausaufgaben zu erledigen haben.

Lassen Sie mich in aller Kürze vier Bereiche ansprechen, zunächst das Erfreulichste zum Anfang: Die Gewaltdelikte sind zurückgegangen, und zwar auf den niedrigsten Wert seit 2001. Mit einer Aufklärungsquote von 83,2 % hat die bayerische Polizei gezeigt, wie effektiv sie arbeitet. Die Tötungsdelikte sind um 28 auf 307 gesunken. Fast jeder Täter konnte gefasst werden. Eine Aufklärungsquote von fast 99 % ist ein weiterer Beleg der Qualität der polizeilichen Arbeit.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Rauschgiftkriminalität. Ja, es ist richtig, und es wurde auch zu Recht darauf hingewiesen: Der hohe Anteil und der hohe Anstieg des illegalen Schmuggels der Modedroge Crystal Meth aus der Tschechischen Republik ist alarmierend. 2012 sind 23 % mehr dieser Droge über die Grenze gelangt. Natürlich stellt sich die Frage, wie man darauf reagiert. Ich glaube aber, es ist der falsche Weg, Herr Kollege Schneider, die Drogenpolitik eines anderen Landes zu kritisieren. Der richtige Weg in einem vereinten Europa ist doch, gemeinsam entschlossen vorzugehen. In diese Richtung haben wir unsere Bestrebungen erfolgreich ausgebaut:

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist kein Widerspruch, man kann beides tun!)

Kooperation mit dem Zoll, der Bundespolizei und den tschechischen Sicherheitsbehörden, Fahndungsmaßnahmen auch mit Unterstützung der geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei, eine Intensivierung der Schleierfahndung und, was mir besonders wichtig ist, gemeinsame Streifen und Einsätze von bayerischer und tschechischer Polizei. All das passiert, und all das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Es ist ein gutes Signal, dass die tschechische Regierung nun entschiedener und mit verstärkten Kontrollen gegen die Drogenkriminalität vorgeht.

Damit komme ich zum dritten Bereich, den Straftaten im Internet. Auch dieser Bereich gibt durchaus Anlass zu Besorgnis. Laut der Kriminalstatistik 2012 waren das fast 22.000 Delikte. Es ist zu Recht gesagt worden, dass das von der Kinderpornografie über Betrug bis zur Beleidigung reicht. Diese Zahl ist alarmierend. Sie lässt sich größtenteils auf die Anonymität des Internets zurückführen. Das Risiko für Täter ist gering. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Deshalb muss man auf Folgendes hinweisen: Wir wollen weder einen rechtsfreien Raum im Internet noch einen gläsernen Bürger im Internet. Deswegen sind wir bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität nicht der Auffassung, dass wir alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unter Generalverdacht stellen dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Vielmehr ist der richtige Weg, weitere Planstellen für die Bekämpfung von Cyberkriminalität zu schaffen. 100 weitere Planstellen in diesem Bereich sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Damit komme ich zum vierten Bereich, der ebenfalls zugenommen hat, den Diebstahlsdelikten. 31 % der Kriminalität entfallen auf Diebstahlsdelikte, die Fahrraddiebstähle haben um 5,7 %, die Wohnungseinbrüche um 9 % und die Taschendiebstähle um 14,3 %

zugenommen. Hier hat das alte Sprichwort seine Berechtigung: Gelegenheit macht Diebe. Denn oft helfen schon ganz einfache Sicherungen. Wir sollten noch mehr an Aufklärung für die Bürgerinnen und Bürger leisten, um dem weiteren Anstieg der Zahl der Straftaten in diesem Bereich entgegenzuwirken.

Mein Fazit ist: Wir müssen weiter an der Optimierung der Ausrüstung der Polizei und an der Verbesserung des Personalschlüssels arbeiten.

Kritisch sehe ich hingegen den Anstieg der Zahl der Videokameras im öffentlichen Raum. Von 2008 bis 2012 sind sie von 11.000 auf 17.000 gestiegen. Das ist nicht der zentrale Ansatzpunkt, um Kriminalität zu bekämpfen; denn die Videokamera kann keinem Bürger helfen, der Polizeibeamte aber schon. Deswegen setzen wir auf eine personelle Verstärkung unserer Polizei.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Dr. Fischer. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Zellmeier für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hanisch hat vorhin ein gutes Stichwort geliefert: Es ist gut, in Bayern zu leben. – Das kann man nicht oft genug betonen. Gerade die innere Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor und ein Markenzeichen Bayerns.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die innere Sicherheit ist auch ein Teil der sozialen Gerechtigkeit - das sage ich mit voller Überzeugung -; denn bei uns in Bayern kann auch der kleine Mann, Otto Normalverbraucher, sicher leben.

Ich war erst vor Kurzem auf meiner Hochzeitsreise in Südafrika und habe dort die Villenviertel, aber auch die mittelständischen Gegenden sehr genau angeschaut: Überall gibt es Stacheldraht, Überwachungsanlagen und Sicherungseinrichtungen. Dort leben nur diejenigen gut, die sich einen Sicherheitsdienst leisten können. Die Bürger, die ihn sich nicht leisten können, haben dort schlechte Karten. Deshalb sage ich: Innere Sicherheit, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der SPD, ist auch ein Teil der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU)

- Es ist erfreulich, dass ich dafür Applaus bekomme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber Sicherheit ist nicht gottgegeben. Sicherheit beruht auch darauf,

dass die CSU zur Polizei und zu der Arbeit der Polizei steht und dass wir ihr die nötigen rechtlichen Instrumente geben. Dazu gehört eindeutig auch die Videoüberwachung. Wir brauchen die Videoüberwachung gerade an öffentlichen Plätzen, insbesondere an den Bahnhöfen. Die Erfolgsbilanz ist eindeutig. Kritik, wie sie gerade von Rot-Grün kommt, ist meines Erachtens realitätsfremd.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das kam doch aus der Koalition!)

- Da haben wir auch mit der FDP manchmal einen kleinen Dissens. Aber wir müssen uns ja nicht überall einig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Übrigen sind wir uns auch mit 80 % der Bevölkerung einig – Sie kennen die Umfragewerte -: 80 % der Bürger sagen, sie seien für die Videoüberwachung. Ich glaube, es ist ein schlagendes Argument, dass die Bevölkerung, und zwar parteiübergreifend, für dieses Instrument ist.

Meine Damen und Herren, dazu tragen auch die Erfahrungen der letzten Jahre bei. Denken wir nur einmal daran: Es ist jetzt ziemlich genau dreieinhalb Jahre her, dass Dominik Brunner auf tragische Weise zu Tode kam, weil er helfen wollte. Er kam aus meiner näheren Umgebung. Ich habe damals das Ganze sehr intensiv mitverfolgt, auch die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger. Eine Folge dieses Falles war, dass der Freistaat und die Bahn die Videoüberwachung bei den S-Bahnen auf der Stammstrecke massiv ausgebaut haben. Jeden Tag profitieren 800.000 Fahrgäste davon.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, auch die Münchner Verkehrsgesellschaft hat im U-Bahn-Bereich, im Trambahn-Bereich und im Bus-Bereich die Videoüberwachung massiv ausgebaut. Gerade in den rot-grün regierten Städten München und Nürnberg hat es hier den meisten Zuwachs gegeben. Seien Sie einmal ehrlich: Ihre Kommunalpolitiker machen doch genau das, was Sie kritisieren. Der Erfolg gibt ihnen und uns recht: Die Videoüberwachung trägt dazu bei, dass es weniger Straftaten gibt und dass schwere Fälle aufgeklärt werden können.

Ein weiteres Argument ist der Kofferbombenanschlag, der im Hauptbahnhof in Bonn verübt werden sollte. Ausgerechnet auf Gleis 1 gab es keine Videoüberwachung. Nur eine Aufnahme bei McDonald's hat dazu geführt, dass man überhaupt eine Ahnung bekommen hat, wer der Täter sein könnte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir von der CSU setzen aber nicht auf Fast-Food-Restaurants, wenn es um Überwachung und Aufklärung geht, sondern auf öffentliche Einrichtungen. Wir wollen auch, dass die Speicherdauer

und natürlich auch der Datenschutz einheitlich gehandhabt werden. Auch das ist uns wichtig. Beides gehört zusammen. Akzeptieren wir doch die Videoüberwachung als wichtigen Teil der inneren Sicherheit, und stehen wir zur Arbeit unserer Polizei! Bayern muss eine Hochburg der inneren Sicherheit bleiben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist sehr gut, in Bayern zu leben, nicht nur gut. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das wird bleiben, solange die CSU die Mehrheit der Staatsregierung, den Ministerpräsidenten und den überaus erfolgreichen Innenminister stellt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Zellmeier. – Herr Kollege Ländner kommt schon herbei. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Manfred Ländner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, bereits zum fünften Mal in diesem Parlament die Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik miterleben zu dürfen.

Ich kann mich erinnern: In den letzten Jahren gab immer die Kritik, dass erst relativ spät nach der Bekanntgabe parlamentarisch darüber diskutiert werde. Heute, schon einen Tag nach der Bekanntgabe, nimmt der Minister die Gelegenheit wahr, hier im Parlament eine Diskussion zu führen, und auch Parlamentarier sprechen zur Kriminalstatistik. Aber jetzt ist es auch wieder nicht richtig. Wir sollten uns vielleicht irgendwann in den nächsten Jahren einmal einigen, welches Prozedere wir haben wollen. Ich finde, es ist richtig, dass wir heute über die polizeiliche Kriminalstatistik sprechen; sie wurde gestern vorgestellt. Ich glaube, es ist richtig, dass wir im Hinblick auf diese Statistik auch einmal Danke sagen.

Ich möchte eines feststellen: Wenn die bayerische Kriminalstatistik für unser Land ein gutes Zeugnis ausstellt und wir im Landtag darüber sprechen, dann ist das nichts anderes als ein Kontrastprogramm zu dem, was wir nahezu täglich hier in diesem Hohen Haus erleben. Wenn nämlich ein Außenstehender die Situation im Freistaat Bayern anhand von Debatten, die im Parlament geführt werden, beurteilen müsste, dann würde er vor Angst mit den Zähnen klappern, weil alles in unserem Land so schlecht ist. Das haben wir vorhin bei der Gesundheitsdiskussion und bei ähnlichen Diskussionen wieder gehört.

Wir von der Regierungskoalition sagen ab und zu einmal, dass es in Bayern nicht so schlecht zu leben ist, dass die Menschen durchaus nach Bayern kommen und froh sein können, in Bayern zu leben. Ich wäre

aber dankbar, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn auch Sie das ab und zu einmal berücksichtigen würden.

(Beifall bei der CSU)

Uns treibt auch die Sorge wegen der Kriminalität um. Wenn die Rednerinnen und Redner der Opposition bestimmte Bereiche angesprochen haben, dann sicherlich zu Recht. Sorgen wegen der Kriminalität begleiten die Gesellschaft seit Anbeginn der Menschheit. Ich darf aber auch sagen: Die Sorge der Menschen, die Angst der Menschen vor Kriminalität, die Angst der politisch Verantwortlichen ist in Bayern nicht so stark ausgeprägt wie in anderen Ländern. Bayern steht mit seiner niedrigen Kriminalitätsrate und der hohen Aufklärung weltweit mit an der Spitze.

Lieber Herr Kollege Schneider, man sollte es vielleicht nicht so locker und harmlos darstellen: Der Kaugummi-Dieb wird gefasst, der Internet-Kriminelle nicht. Wenn das Kaufhaus des Kaugummi-Diebes auf den Fidschi-Inseln oder irgendwo auf den Bermudas steht, wird ihn die Polizei auch nicht festnehmen. Das ist die Problematik der Internet-Kriminalität. Der Ausgang der Straftaten liegt oft nicht in Deutschland. Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich müssen wir uns damit international beschäftigen. Aber auch das sei gesagt: IT-Spezialisten bei der Polizei gibt es nicht erst seit der Einstellung der 25 neuen IT-Spezialisten. IT-Kriminalität wird bei der bayerischen Polizei seit vielen Jahren sehr erfolgreich, sehr intensiv und mit großer Manpower bekämpft.

Wir dürfen es uns nicht so einfach wie beim Kaugummi-Dieb machen, wenn der Schutzmann an der Ecke als Lösung aller Einbruchsdiebstähle betrachtet wird. Einbruchsdiebstähle geschehen. Das sehe ich in meiner unmittelbaren Umgebung: in Siedlungsgebieten nahe der Autobahn, in Siedlungsgebieten, die bereits seit 30 Jahren bestehen. Warum? – Dort sind die Büsche hoch gewachsen. Dort fährt der Täter von der Autobahn runter und springt in den Garten hinein. Das sind die Probleme. Der Schutzmann an der Ecke nützt da überhaupt nichts. Es gilt, Fahndungsstrategien auf Autobahnen und Landstraßen zu entwickeln. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Bagatellisiert wird auch die Auseinandersetzung mit Crystal Speed. In dieser international schwierigen Situation nützt es nichts, Druck auf ein befreundetes Nachbarland auszuüben. Wie wollen Sie das machen? Wollen Sie denen den Zeigefinger zeigen? Hier helfen Gespräche. Sie wissen ganz genau, dass wir in vielen Bereichen Gespräche brauchen. Manchmal ist es im internationalen Geschäft sehr schwierig, Gespräche zu führen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Mit Österreich wegen der Landesbank!)

Das sollte man bitte nicht verharmlosen oder bagatelisieren. Wenn wir der Stadiongewalt ohne Gespräche und Einbindung der Betroffenen begegnen würden, wäre das mit Sicherheit der falsche Weg. Es ist wichtig, Gespräche zu führen. Neben den Gesprächen sollte – das wird in Bayern gemacht – intensiv und konsequent Einsatz gezeigt werden.

Sehr geehrte Frau Tausendfreund, ich bin durchaus dankbar für Ihren Redebeitrag. Ich habe schon schlimmere Redebeiträge gehört.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Manfred Ländner (CSU): Prävention kann nie Gegenstand von Statistik sein. Dunkelziffern können ebenfalls nicht statistisch erfasst werden. Es ist unser aller politischer Wille, weiter darauf zu drängen, die Kriminalität zu reduzieren. Wir werden weiterhin hinter unserer Polizei stehen. Das Schulterklopfen gebührt in gar keiner Weise der Politik, das gebührt den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im täglichen Dienst, die die hervorragende Statistik erst ermöglichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung gibt Herr Staatsminister Herrmann noch Schlussbemerkungen ab.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich aus Zeitgründen auf drei kurze Anmerkungen beschränken. Erstens ist von mehreren Rednern angesprochen worden, dass wir überall im Land eine starke Polizeipräsenz brauchen, um die Kriminalität erfolgreich bekämpfen zu können. Dem stimme ich 100-prozentig zu. An dieser Stelle möchte ich mich beim Hohen Haus herzlich dafür bedanken, dass dieser Bayerische Landtag in den letzten vier Jahren insgesamt 2.000 zusätzliche Planstellen für die bayerische Polizei geschaffen hat und wir diese in den letzten vier Jahren besetzen konnten. Deshalb hat die bayerische Polizei aktuell im März 2013 den höchsten Personalstand, den sie jemals in ihrer Geschichte hatte.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Bedanken Sie sich für den Druck der Opposition!)

Das haben diese Regierung und diese Landtagsmehrheit bewerkstelligt.

Zweitens nenne ich das Stichwort Drogen. Ich greife das auf, weil ich gestern in der Pressekonferenz einerseits ausdrücklich die erfolgreiche Gesamtbilanz vorgestellt habe, andererseits im Rahmen der Details diejenigen Punkte angesprochen habe, die uns vor Herausforderungen stellen. Den Erfolg bei der Kriminalitätsbekämpfung in Bayern hatten wir in den vergangenen Jahren nur deshalb, weil wir angesichts der neuen Entwicklungen in der Kriminalität nicht den Kopf in den Sand gesteckt haben, sondern diese offen angesprochen und Gegenkonzepte entwickelt haben. Deshalb habe ich gestern nicht lange heruntergebetet, was alles gut läuft, sondern die Probleme angesprochen, denen wir uns entsprechend stellen müssen. Dazu gehört auch die Drogenentwicklung, dazu gehört Crystal Speed. Deshalb sind wir das in den letzten zwei Jahren verstärkt angegangen.

Lieber Herr Kollege Schneider, Sie haben in einem Atemzug erklärt, diese Staatsregierung müsse jetzt endlich mehr Druck auf die tschechische Regierung ausüben. Gleichzeitig haben Sie erklärt, den "Hofer Dialog" brauche man nicht. Nach welchem Verständnis wollen Sie eigentlich in Zukunft die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und Tschechien gestalten?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sollen wir mit irgendwelchen Drohgebärden gegenüber Tschechien agieren? Ich bin froh, dass wir endlich ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zwischen Bayern und Tschechien entwickelt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb kann eine vernünftige und rationale Politik im 21. Jahrhundert nur darin bestehen, mit den Kollegen zu sprechen. Es muss einen Dialog geben, wie ihn der Bundesinnenminister in Gang gesetzt hat. In den letzten Wochen war ich zweimal in Prag und habe mit dem tschechischen Innenminister geredet. In einem vernünftigen Dialog müssen wir unsere Position selbstverständlich akzentuiert zum Ausdruck bringen. Wir müssen aber mit den Tschechen reden. Wir können ihnen nicht diktieren, was sie zu tun und zu lassen haben. Wir können nur dafür werben, die Probleme stärker anzugehen. Mein Eindruck war, dass es in Tschechien einen Sinneswandel gegeben hat. Das Problem wird vom tschechischen Innenminister wesentlich beherzter angegangen. Auf unserer Seite, diesseits der Grenze, haben wir beispielsweise in den letzten neun Monaten die Kontrollen deutlich intensiviert und 11.000 Personen kontrolliert. Das zeigt, wir sind konsequent.

Dritte und letzte Anmerkung: Nicht nur Bayern steht im Vergleich zu anderen Ländern gut da. Das sage

ich ebenfalls ausdrücklich für unsere Landeshauptstadt. In unseren bayerischen Großstädten haben wir einen Sicherheitsstandard erreicht, der deutschlandweit seinesgleichen sucht. Im Ranking der deutschen Städte mit über 200.000 Einwohnern – das sind nach der polizeilichen Kriminalstatistik auf Bundesebene 38 Städte – weist München regelmäßig schon seit Jahren mit Abstand die niedrigste Kriminalitätsbelastung auf. Meine Damen und Herren, ich nenne einen konkreten Vergleich mit Köln. Die Häufigkeitsziffer – Straftaten pro 100.000 Einwohner – liegt in der Landeshauptstadt München aktuell bei 7.153. Die Häufigkeitsziffer lag in der Stadt Köln, die ebenfalls über eine Million Einwohner aufweist, 2011 bei 14.838. Das ist mehr als doppelt so hoch wie in München. Meine Damen und Herren, deshalb sage ich in Übereinstimmung mit dem Münchner Oberbürgermeister, dass München die sicherste Großstadt in Deutschland und wahrscheinlich die sicherste Millionenstadt in Europa ist. Das sage ich in Übereinstimmung mit Christian Ude. Das, was Sie erzählen, ist weit entfernt von dem, was Ude in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit der Münchner Polizei bewerkstelligt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das gilt auch – Ihre Äußerungen waren ein Armutszeugnis – für den Ausbau der Videoüberwachung, nicht flächendeckend irgendwo auf den Straßen wie in London oder dergleichen, sondern ganz gezielt dort, wo wir Probleme haben, zum Beispiel im Münchner ÖPNV. Die Videoüberwachung haben Ude in München und Maly in Nürnberg konsequent vorangebracht. Das haben wir vonseiten des Innenministeriums immer wieder gefordert, und es ist konsequent umgesetzt worden. Es ist erfolgreich. Alle Statistiken bestätigen dies. Wir haben in den letzten Jahren einen signifikanten Rückgang der Kriminalität gerade auch im ÖPNV-Bereich in München zu verzeichnen.

(Franz Maget (SPD): Dank Rot-Grün!)

Die GRÜNEN waren – das muss man ihnen konsequenterweise zugutehalten – im Münchner Stadtrat immer dagegen, aber die Mehrheit des Münchner Stadtrates hat es in den letzten Jahren auf den Weg gebracht.

Ich bin Übrigens dankbar – das sage ich ganz vorsichtig –, dass der Wirtschaftsminister, Kollege Zeil, in den letzten zwei Jahren zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hat, damit auch im S-Bahn-Bereich die Videoüberwachung ausgebaut werden konnte.

(Zurufe von der SPD und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das ist einfach richtig und wichtig.

Die Umfragen bestätigen: 81 % der Nutzer des ÖPNV fühlen sich dadurch sicherer, dass es diese Überwachung gibt. Es ist also im Interesse der Bürger, der Menschen, das wir sie entsprechend ausgebaut haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle am heutigen Tag erneut fest, dass in allen Ländern in Deutschland, in denen Rot-Grün regiert, die Kriminalität höher ist als in Bayern und die Aufklärungsquote schlechter ist. Deshalb wird diese Staatsregierung und die sie tragende Landtagsmehrheit auch künftig alles dafür tun, dass die Menschen in Bayern sicherer leben können als anderswo.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall des Abgeordneten Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes und anderer Gesetze (Drs. 16/15695) - Erste Lesung -

Dieser Gesetzentwurf soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz überwiesen werden. Gibt es hinsichtlich des Zuweisungsvorschlages Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgeschlagenen Verfassungsausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Jeweils keine. Damit einstimmig so beschlossen. Der Gesetzentwurf wird damit diesem Ausschuss zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Feiertagsgesetzes (Drs. 16/15696) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Damit darf ich den Herrn Innenminister wieder ans Mikrofon bitten.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung sieht vor, den Beginn der Schutzzeit an den stillen Tagen von bisher 0.00 Uhr auf 2.00 Uhr zu verlegen. Ich stelle ausdrücklich fest, dass sich am Karfreitag und am Karsamstag nichts ändert. Dort bleibt es beim Schutz ab 0.00 Uhr. Auch am Beginn des Schutzes am Heiligen Abend um 14.00 Uhr ändert sich nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass das insgesamt eine maßvolle Lockerung ist. Sie trägt dem heutigen Ausgehverhalten vieler Menschen Rechnung, ohne den Schutz der stillen Tage zu gefährden. Die künftige Regelung kommt der früheren Rechtslage in manchen Punkten durchaus nahe, die bis zum 31. Dezember 2004 gegolten hat, wo immerhin an drei Tagen schon bisher der Schutz nur von einer Sperrzeit zur anderen galt, das heißt, erst um 1.00 Uhr begann. Es ist deshalb nicht richtig, wenn da oder dort in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob der Schutz in Bayern schon immer und ewig um Mitternacht begonnen hätte. Insofern ist die Änderung sehr maßvoll und vertretbar.

Klar ist im Hinblick auf die Anliegen der großen christlichen Kirchen in unserem Lande – das will ich durchaus noch einmal unterstreichen –, dass es sich nicht um eine Salamtaktik handelt. Es kann keine Rede davon sein, scheinbarweise den Schutz der stillen Tage weiter einzuschränken.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das will die FDP!)

Ich glaube, dass das, was die Staatsregierung jetzt vorgelegt hat, eine sehr vertretbare Regelung ist.

(Zurufe von der SPD)

Ich stelle auch hier im Landesvergleich fest:

Erstens, es gibt kein Bundesland, das mehr stille Tage hat als Bayern. In den meisten anderen Bundesländern gibt es überhaupt nur sechs, fünf oder gar nur drei stille Tage im Jahr.

Zweitens gibt es kein Bundesland, das diese stillen Tage so umfassend schützt wie Bayern. Denn in den

anderen Bundesländern beginnt der Schutz der stillen Tage frühestens um 3.00 Uhr, oder aber um 4.00 Uhr oder sogar erst um 5.00 Uhr.

Es bleibt also auch in diesen Punkten festzustellen: Kein Bundesland schützt auch in Zukunft die stillen Tage so gut und umfangreich wie Bayern.

Ich bitte Sie um eine zügige Beratung und eine entsprechende Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Staatsminister. Damit eröffne ich die Aussprache. Der erste Redner ist Kollege Maget für die SPD.

Franz Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, meine Kolleginnen und Kollegen! In unserer Fraktion haben wir dieses Thema schon vor einigen Monaten ausführlich diskutiert und eine gemeinsame Linie gefunden. Da ich diese teile, darf ich sie hier auch gern vertreten. Wir werden diesen Gesetzentwurf ablehnen, und zwar sowohl aus grundsätzlicher wie auch aus praktischer Erwägung.

Die grundsätzliche Erwägung geht dahin, dass wir mit großem Bedauern sehen, dass es eine immer weiter voranschleichende Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche in unserer Gesellschaft gibt. Wir glauben dagegen, dass es gesellschaftlich Sinn macht, zeitliche Strukturen in der Woche zu haben. Wir sehen einen großen Wert darin, dass es einen Sonntag und einen Feiertag gibt,

(Zuruf von der CSU: Wir auch!)

dass es das Wochenende gibt und dass es auch die stillen Tage gibt. Wir wissen natürlich, dass diese Haltung unter dem Druck von Globalisierung und neoliberaler Ideologie gefährdet ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Günther Beckstein (CSU))

Umso mehr muss man diese Werte verteidigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Man muss diese Werte verteidigen, wenn man sie für gut befindet. Nach unserer Auffassung ist schon viel zu viel auf dem Altar der Liberalisierung, der Privatisierung und der Deregulierung geopfert worden.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es vieles, was man heute gerne wieder zurückholen möchte. Darum können wir schon aus

grundsätzlicher Erwägung diesem Ansinnen nicht nãhertreten.

Ich halte das übrigens auch für ein gutes Argument, wenn man mit Gastronomen oder Diskothekenbesitzern diskutiert und diese argumentieren: Wir brauchen gerade diese Zeiten vor einem Feiertag, vor einem stillen Tag. Da machen wir unser Geschäft. Genau das ist aber doch das Argument für den Feiertag und für das Wochenende.

(Beifall bei der SPD)

Nur weil es das Wochenende gibt, können die Leute am Freitag und am Samstag ausgehen. Deswegen ist diese zeitliche Strukturierung der Woche so sinnvoll, wie übrigens für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Zweitens nun die praktische Erwägung. Im Grunde genommen gibt es nur zwei Positionen. Die eine besagt: Der stille Tag beginnt dann, wenn man am Morgen aufsteht. Das wäre denkbar. Machen Sie es dann so.

Die andere Position ist: Es gibt keinen Regelungsbedarf; dann lassen wir es so, wie es ist.

(Beifall bei der SPD)

Zwischen diesen beiden Positionen muss man sich entscheiden. Was mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt wird, ist jedoch kein Kompromiss in dieser Entscheidungsfindung, sondern es ist total willkürlicher Unfug.

(Stefan Schuster (SPD): Typisch FDP halt!)

Warum denn 2.00 Uhr? Warum nicht halb drei Uhr oder warum nicht 3.00 Uhr? Womit begründet sich das?

(Beifall bei der SPD)

Es ist Unfug. Sie helfen damit niemandem, außer dass Sie wieder – Herr Staatsminister, Sie haben gesagt "scheibchenweise" - einem falsch verstandenen Liberalismus entgegenkommen.

(Beifall bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Ich höre schon Ihre Argumentation: Das ist typisch sozialdemokratisch; eine Verbotskultur, eine Gängelung und eine Bevormundung. Nein, es ist keine Gängelung und keine Bevormundung, wenn man sagt, es muss nicht rund um die Uhr eingekauft werden dür-

fen. Es muss nicht jeder Tag gleich sein. Es soll auch einen Sonntag geben. Es gibt gute Gründe für einen stillen Tag.

(Beifall bei der SPD)

Die Haltung der Kirchen ist für mich in dieser Frage kein ausschlaggebendes Argument. Denn ich widerspreche in vielen wichtigen Fragen den Kirchen durchaus, gerade auch meiner katholischen Kirche. Es geht aber nicht, dass man die Kirchen hier als Kronzeugen zitiert und so tut, als wären diese mit dieser jetzt vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

(Beifall bei der SPD - Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das sind sie ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen darf ich Ihnen jetzt schon ankündigen, dass wir in der Zweiten Lesung, wenn es bei diesem Entwurf bleiben sollte, eine namentliche Abstimmung fordern werden. Dann können die Damen und Herren, die sich den christlichen Kirchen verbunden fühlen,

(Zuruf von der SPD: Genau!)

unter Beweis stellen und dokumentieren, wie hierzu ihre Haltung ist.

Sie haben aber noch eine andere Möglichkeit, die ich Ihnen anheimstelle: Wir haben jetzt März, und man kann noch eine Anhörung im Landtag durchführen, in der man diese Frage noch einmal in Ruhe erörtert. Damit lösen Sie keinen neuerlichen Koalitionskrach aus,

(Zuruf von der SPD: Das weiß man bei denen nie!)

sondern Sie können das Ganze der Gesetzmäßigkeit der Diskontinuität anheimfallen lassen. Damit wären Sie dann aus dem Schneider.

(Inge Aures (SPD): Genau!)

Aber Sie müssen selbst wissen, was Sie tun.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Maget. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Guttenberger. Bitte schön.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir sehr gespannt!)

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt habe ich doch endlich einmal die Vorteile dieses Bordes nutzen können. Ich habe gleich zweimal drauf geschaut und mir gesagt: Mein Gott, über welches Gesetz stimmen wir denn jetzt ab? Herr Maget sprach zur Abschaffung von Feiertagen. Das steht aber heute nicht auf der Tagesordnung.

(Inge Aures (SPD): Haben Sie nicht zugehört, was er gesagt hat?)

Das wird mit uns auch nie auf der Tagesordnung stehen; denn es geht nicht darum, Feiertage abzuschaffen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Es geht auch nicht darum, das Schließen von Lokalen zu verhindern. Auch das steht nicht zur Debatte. Es geht um die sogenannten stillen Tage.

(Zurufe von der SPD)

Auch an stillen Tagen habe ich als Gastronom das Recht, meine Lokalität so lange geöffnet zu halten, wie ich das auch an einem nicht stillen Tag tue,

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum brauchen wir denn dann eine Änderung?)

nur mit einem kleinen Unterschied,

(Zuruf von der SPD: Da sind wir sehr gespannt!)

dass nämlich an diesen stillen Tagen bisher zum überwiegenden Teil ein Tanzverbot herrschte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aha!)

Das heißt in der Konsequenz, dass die Auswirkung bei den meisten Gastronomen – ob Sie das jetzt als stille Tage bezeichnen oder nicht – nicht zum Tragen kommen wird, weil nämlich Lounge-Musik im selbem Umfang auch immer an sogenannten stillen Tagen zulässig war.

(Zuruf von der SPD: Warum macht ihr das denn? - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Es geht hierbei also nur darum, dem geänderten Ausgehverhalten und der geänderten Lebenswirklichkeit – – Auch wenn Sie mir ständig ins Wort fallen, ändert das am Wahrheitsgehalt nichts, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Auch wir sehen, dass sich die Lebensumstände der Menschen geändert haben. Heute geht niemand mehr vor 21.30 Uhr oder 23.00 Uhr in ein Tanzlokal bzw. in eine Diskothek.

(Zurufe von der SPD)

Uns ist es wichtig, dass der Kernbereich der stillen Tage erhalten bleibt. Der Kernbereich eines stillen Tages ist in keiner Weise dadurch berührt, dass an bestimmten stillen Tagen, nämlich an denen, die im Gesetz genannt sind und die auch der Herr Minister ausgeführt hat,

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist der Kernbereich? So wie es bisher war? Das ist der Kernbereich?)

das Verbot, Tanzmusik zu spielen, auf 2 Uhr hinausgeschoben wird,

(Volkmar Halbleib (SPD): Wann dann?)

statt es zum Beispiel wie 2004 um 1 Uhr enden zu lassen. Ich kann mich an keinen Antrag der SPD erinnern, in dem stand, dass man es um eine Stunde verkürzt. Das ist komisch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr wollt doch den Zustand ändern und habt keine Begründung dafür! - Zuruf von der SPD: Da muss man doch kein Gesetz machen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Derzeit gilt 0 Uhr. Es unterscheidet sich also nicht wesentlich. Der Kernbereich, der die christlichen und die kulturellen Traditionen in unserem Land widerspiegelt, genau dieser Kernbereich wird von der Änderung nicht berührt; auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Kollege, es jetzt so darstellen, als würde man Feiertage abschaffen wollen. Es geht nicht um die Abschaffung von Feiertagen und es geht auch nicht darum, ein Sonntagsarbeitsverbot abzuschaffen, wie Sie es gerade gesagt haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es geht um scheinweise Liberalisierung! Da muss man wissen, was man will!)

Um all das geht es nicht. Jeder, der lesen kann, Herr Kollege, könnte anhand des Gesetzestextes feststellen, worum es geht. Noch einmal: Das Lokal ist, ob stiller Tag oder nicht stiller Tag,

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum dann ein Gesetz?)

genauso lange geöffnet.

(Zurufe von der SPD)

Es wird weiterhin Musik gespielt, auch ungeachtet der jetzigen Gesetzeslage.

(Zuruf von der SPD: Warum dann ein Gesetz?)

Das Gesetz würde Diskotheken und anderen die Möglichkeit bieten,

(Zuruf von der SPD: Ein Gesetz für die FDP!)

Tanzveranstaltungen bis 2 Uhr – und nicht wie bis 2004 bis 1 Uhr – festzulegen. Um etwas anderes geht es in dem Gesetz nicht. Über etwas anderes stimmen wir auch nicht ab,

(Zuruf von der SPD: Namentlich!)

weil wir als CSU zu unseren christlichen und kulturellen Traditionen stehen.

(Zurufe von der SPD)

Wir stehen zu unseren Feiertagen. Weshalb hat übrigens Bayern die meisten Feiertage? Warum gibt es in den SPD-regierten Ländern weniger Feiertage als in Bayern? Aber das ist nicht unser Thema. Wir werden dem Gesetzentwurf, so wie er vorliegt,

(Zuruf von der SPD: Nicht zustimmen!)

zustimmen, weil er die Kernbereiche der stillen Tage weiterhin schützt

(Zurufe von der SPD)

und zum Beispiel die Karwoche auch rechtlich bis auf die Tatsache, dass das Tanzverbot erst um 2 Uhr beginnt, nicht berührt wird.

(Zuruf von der SPD: Denken Sie doch einfach mal über den Anstoß von Herrn Maget nach! Das wäre doch auch etwas!)

In diesem Sinne Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote. Bitte schön, Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Kollegin, ich muss schon sagen, ich finde das Auftreten, den Gesetzentwurf und vor allem die Argumentation dazu schon ziemlich scheinheilig. Ich könnte als Erstes den Aschermittwoch, das Spektakel in Passau anführen und Sie fragen, ob das zu einem stillen Tag passt. Mit der Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf

(Georg Schmid (CSU): Seit das die GRÜNEN auch machen, habe ich auch meine Zweifel!)

passt das eigentlich nicht zusammen.

(Petra Guttenberger (CSU): Wie ist das bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der FDP?)

Das ist sogar ein öffentliches Besäufnis.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, das passt auch nicht zu einem christlichen stillen Tag. Wo sind dabei Ihre christlichen Traditionen?

Jetzt einmal etwas anderes: Haben Sie – das frage ich Sie, das frage ich den Minister, und das frage ich auch die Staatsregierung – einmal ernsthaft geprüft, ob es in anderen Religionen auch stille Tage gibt? Wieso schreiben Sie nur von den christlichen Feiertagen? "Die stillen Tage sind wie die Feiertage zur Bewahrung unserer christlichen und kulturellen Traditionen und Werte ..." – Also ich finde, das ist zu kurz gesprungen. Haben Sie das einmal ernsthaft geprüft?

Mir fällt dazu spontan – ohne dass ich das jetzt tiefer geprüft hätte – zum Beispiel Jom Kippur für die Juden ein. Warum ist das kein stiller Tag bei uns? Ich finde, dafür müssten Sie eine Begründung liefern oder zumindest nachweisen, dass es dieses Bedürfnis in anderen Religionen nicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Liebe Frau Kollegin, es steht Ihnen frei, entsprechende Anträge zu stellen und bestimmte neue Tage als stille Tage kennzeichnen zu wollen. Darüber können wir gern im Rahmen dieses Parlamentes diskutieren.

(Zuruf von der SPD: Wie war Ihre Meinung dazu?
- Ulrike Gote (GRÜNE): Ich fragte, ob Sie darüber nachgedacht haben!)

– Warum sollte ich jetzt hier eine Meinung dazu äußern?

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das ist jetzt kein Dialog, meine Damen und Herren.

Petra Guttenberger (CSU): Frau Kollegin, ich wüsste nicht, worüber ich hier jetzt nachdenken sollte.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben hier einen Gesetzentwurf, der zur Abstimmung steht. Ich wundere mich, warum von Ihnen kein Antrag dazu kommt,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Erste Lesung, Frau Kollegin!)

wenn Sie so intensiv darüber nachgedacht haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Dann warten wir doch einmal ab, was Sie uns in den Ausschüssen noch so zu bieten haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Guttenberger. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Streibl. Bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier nicht um Feiertage, sondern es geht um die stillen Tage. Die Frage ist: Brauchen wir stille Tage in einer Gesellschaft, die immer säkularer und immer pluraler wird? Ist es gut, dass wir diese stillen Tage haben?

Ich sage Ja. Wir brauchen diese stillen Tage. In einer Gesellschaft, die immer funktionaler, immer schneller wird, in der von den Mitgliedern dieser Gesellschaft immer mehr Leistung abverlangt wird, in der immer mehr von Burn-out gesprochen wird, ist es wichtig, dass es diese Haltepunkte im Jahr gibt. Es ist wichtig, dass eine Gesellschaft auch zur Ruhe kommen, man sich selbst reflektieren und über sich selbst nachdenken kann. Diese stillen Tage sind auch eine Chance für jeden Einzelnen, auch für die Familien, sich wieder einmal selbst zu pflegen und zu sich selbst zu finden. Aber es gibt natürlich Leute, die auch vor der Stille Angst haben, weil sie damit nicht mehr umgehen können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

- Ja, wenn Sie reden, dann ist es nie still, verehrte Kollegin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die stillen Tage, meine Damen und Herren, liegen nicht unbedingt in der Verantwortungsträgerschaft der Kirchen, sondern es ist eine eindeutig staatliche Regelung aufgrund des Feiertagsgesetzes. Wir sind diejenigen, die das zu regeln haben. Wir haben uns hier zu positionieren und müssen auch Regelungen schaffen.

Vorhin sind die christlichen Feiertage angeführt worden, aber der Volkstrauertag beispielsweise ist ein stiller Tag. Er hat mit den Kirchen ganz und gar nichts

zu tun, sondern er ist ein Tag, der aus dem Schicksal unserer Geschichte kommt und der auch heute noch aktuell ist, wenn wir an Opfer von Gewalt, Verfolgung und Vertreibung denken. Wenn wir an unsere Soldaten in Afghanistan denken, ist das auch ein Tag, der heute seine Aktualität und seine Berechtigung hat. Es ist berechtigt, dass ein Volk an seine Opfer denkt und dass man sich hier besinnt.

Die Frage ist natürlich, wann so ein stiller Tag beginnen soll: um 0 Uhr, um 2 Uhr, um 3 Uhr, um 5 Uhr? Das ist das, worum es jetzt hier geht. Es gibt einen Vorschlag der Staatsregierung, den Beginn auf 2 Uhr festzulegen. Das ist vielleicht ein "Kompromiss", aber 2 Uhr ist ein Zeitpunkt, der völlig willkürlich gesetzt ist. Es gibt keinen sachlichen Grund für diese 2-Uhr-Regelung. Auch die Gesetzesbegründung liefert diesen sachlichen Grund nicht. Mit der gleichen Begründung wie für 2 Uhr könnte ich auch die Forderung des Hotel- und Gaststättenverbandes - Dehoga - übernehmen und sagen: 3 Uhr. Das wäre ein weitergehender Antrag, der vielleicht zu mehr Befriedung führen würde; denn die Festlegung auf 2 Uhr beendet die Diskussion um die stillen Tage und die Tanzverbote mitnichten.

Sie haben gesagt, das Ausgehverhalten der Bevölkerung habe sich verändert. Ja, das ist so. Aber dann kann man nicht ungefähr um 2 Uhr, wenn die Party erst so richtig losgeht, sagen: Jetzt drehen wir den Saft ab! – Das ist dann auch der falsche Zeitpunkt.

(Unruhe)

Wenn Sie diesen Schritt gehen wollten, müssten Sie es natürlich erweitern und noch mehr verlängern. Aber man befürchtet, dass das der schleichende Ausstieg aus den stillen Tagen ist. Hier besteht die Ansicht, dass man sagen muss: Wehret den Anfängen! – Hier wäre ein klares Bekenntnis dieses Hauses sicherlich auch wünschenswert.

Insofern muss man die Diskussion in den Ausschüssen abwarten, um zu erfahren, was für Argumente für die eine oder andere Uhrzeit noch kommen, was für Überlegungen da sind. Wenn man hier nach einem gesellschaftlichen Kompromiss sucht, halte ich den Vorschlag des Kollegen Maget für zielführend, der da lautet: Machen wir doch eine Anhörung, holen wir uns die gesellschaftlichen Gruppierungen hierher ins Haus und hören wir uns an, was sie dazu zu sagen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

So kann man, wenn man denn einen Kompromiss will, einen tragfähigen Kompromiss finden, mit dem man auch wirklich den Bedürfnissen unserer Gesell-

schaft in Bayern gerecht wird. Aber mit einem Gesetz, das im Grunde ein bisschen weder Fisch noch Fleisch ist, helfen wir weder den stillen Tagen noch denen, die Tanzveranstaltungen besuchen wollen, denn mit dem vorliegenden Gesetzentwurf würden Tanzveranstaltungen auch eingeschränkt. Damit ist niemandem gedient. Die Diskussion geht dann weiter, es wird weiter abgeschafft, und letztlich können wir die stillen Tage vergessen.

Daher glaube ich, dass es für uns in dieser Zeit einer immer stärkeren Inanspruchnahme unserer Bürgerinnen und Bürger – Arbeitnehmer müssen ja auch bis in die Nacht arbeiten – wichtig ist, dass wir diese Oasen der Ruhe und der Besinnung haben, gerade um uns in unserer bayerischen Heimat auf unsere Werte und auf unsere Traditionen besinnen zu können, dass wir also hier auch im Brauchtum und in den Traditionen stehen und diese pflegen können. Daher sollten wir uns überlegen, ob wir eine solche Anhörung durchführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich nun Dr. Martin Runge ans Mikrofon bitten. Herr Dr. Runge, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Vorschlag zur Verkürzung der Schutzzeit in der Nacht zu stillen Tagen – wohlge-merkt, nur in der Nacht zu manchen der sogenannten stillen Tage – um zwei Stunden jetzt in der Ersten Lesung ist unseres Erachtens nicht unbedingt der Aufregung und der Rede wert. Deswegen war es das jetzt auch schon mit meiner Rede. Selbstverständlich stellen wir uns gerne der Debatte in den kommenden Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen herzlichen Dank. Für die FDP-Fraktion ergreift nun Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut Ding braucht Weile.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben in der Koalition lange um einen vernünftigen Kompromiss gerungen. Wir haben die Vor- und die Nachteile abgewogen. Es war unserem Koalitionspartner sehr wichtig, dass am Wesensgehalt des Schutzes des stillen Tages nicht gerüttelt wird. Unserer Meinung nach beginnt ein Tag mit dem Aufstehen

und folglich nicht um Mitternacht; das war uns wichtig. Wir haben im Übrigen darauf verwiesen, dass es früher nicht so war, dass ab 1 Uhr ein Tanzverbot galt, sondern dass bei vielen stillen Tagen früher erst zur sogenannten Besenstunde Schluss war. Das war dann 5 Uhr in der Früh. Ich glaube, damals ist die christliche Kultur bei uns in Bayern auch nicht untergegangen.

Wir haben jetzt eine Lösung gefunden, mit der wir veränderten Lebensbedingungen entsprochen haben und veränderten Bedürfnissen junger Leute nachgekommen sind. Es spricht auch für einen modernen Staat, für ein modernes Land, wie wir es hier mit dem Freistaat Bayern haben, dass man den Bedürfnissen von jungen Menschen angemessen Rechnung trägt. Ich glaube, wir haben einen Kompromiss gefunden, mit dem alle leben können.

Ich gebe zu, dass 2 Uhr nicht meine Wunschvorstellung war. Wir hätten das Tanzverbot ruhig auf einen späteren Zeitpunkt festlegen können.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):
Das ändert sich mit der Zeit! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Hören Sie lieber zu, dann lernen Sie vielleicht etwas.

Zu dem, was die SPD hier am Redepult vorgetragen hat, muss ich sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das war mehr als scheinheilig. Wenn sogar die Kirchen mit ihrer mehr als 2000-jährigen Tradition mit diesem Entwurf mitgehen, dann sind Sie noch konservativer als die Kirchen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich werde vielen Tanzlokalbetreibern die Haltung der SPD sagen. Das hört sich nämlich hier ganz anders an als vor Ort, vor allem in urbanen Gebieten. Ich werde die Haltung der SPD entsprechend zitieren. Aber jetzt hören Sie einmal zu, dann können Sie vielleicht noch etwas lernen, wenn Sie der Gastronomie entsprechende Ratschläge geben oder Wirtschaftseinschränkungen veranlassen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Von Ihnen kann man relativ wenig lernen!)

Es geht hier nicht nur um die Diskotheken, es geht auch um unglaublich viele Bars, Bistros, Pubs, die um Mitternacht genauso davon betroffen sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie doch, was Sie wollen, gesellschaftspolitisch!)

Im November hatten wir drei Wochenenden am Stück, an denen es für die Gastronomie und für das Ausgehenverhalten der Menschen keine Möglichkeit gab. Da hat das nämlich um 12 Uhr Freitagnacht geendet. Es durfte in keinem Bistro mehr Stimmungsmusik gemacht werden. Die Umsatzzahlen sind eingebrochen. Die Leute mussten nach Hause gehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Völlige Freigabe?)

Am nächsten Tag durften gerade die Bistros bis Mitternacht am Samstag kein Geschäft machen, keine Stimmungsmusik spielen, weil auch noch der Schutz des stillen Tages wirksam war. Mit dem Schutz eines stillen Tages wurden also zwei Ausgeh-Abende beschnitten. Ich glaube nicht, dass das im Interesse des Schutzes des stillen Tages ist.

Man kann darüber streiten, ob man das auf 2 Uhr oder 3 Uhr festlegen möchte oder ob man das vielleicht, wie es früher in Bayern auch üblich war, um 5 Uhr machen möchte. Aber ich glaube, dass viele Menschen draußen nicht einsehen werden, warum Politiker immer meinen, dass sie den Menschen vorschreiben haben, wie sie zu leben haben. Ich möchte nicht, dass wir allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes staatlich vorschreiben, wann sie zu trauern und wann sie sich zu freuen haben. Ein staatlich oktroyiertes Innehalten kann zumindest ich nicht aushalten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schmarren!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Thalhammer. Kollege Meyer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Thalhammer, darüber, ob 2 Uhr richtig ist, und über die Vor- und Nachteile wurde schon ausgiebig diskutiert. Mir geht es darum: Bitte hören Sie auf, die Kirchen als Kronzeugen für Ihren Entwurf zu benennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die beiden Kirchen, die katholische und die evangelische, haben klipp und klar erklärt, dass sie gegen diese Regelung sind. Wenn es nach ihnen ginge, würde es auch keine Änderung geben. Sie haben nur gesagt, wenn es der Befriedung dient

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Befriedung von wild gewordenen Kollegen!)

und wenn es nicht die Vorstufe ist für einen weiteren Schritt zu einem späteren Zeitpunkt, dann werden sie

das als Kompromiss notgedrungen hinnehmen. Sie sind aber ausdrücklich nicht einverstanden. Die Kirchen gehen mit Ihrem Vorschlag nicht mit. Das bitte ich zu bedenken.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke schön. Herr Kollege Thalhammer, zur Erwidern bitte.

Tobias Thalhammer (FDP): Wir waren in einem intensiven Dialog mit den Kirchen. Mir ist durchaus bewusst, dass es da Vorbehalte gab. Was Sie geschildert haben, trifft zu. Aber auch den Kirchen war es wichtig, dass es hier um eine entsprechende Befriedung geht. Ich glaube, wir können mit diesem Kompromiss – es ist ein Kompromiss – ein vernünftiges Mittelmaß finden, damit auf der einen Seite die kirchliche Tradition, die religiösen Bedürfnisse gewahrt werden können. Der Schutz des stillen Tages bleibt erhalten. Auf der anderen Seite wird damit den veränderten Lebensbedingungen von Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Rechnung getragen.

Ich weiß gar nicht, warum man das so hochstilisieren muss, so politisieren muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben es politisiert!)

Von den GRÜNEN wurde auch gesagt, das Ganze werde aufgebauscht. Ich glaube, es ist ein vernünftiger Kompromiss, mit dem wir alle leben können. Deshalb werbe ich um Zustimmung.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. Es hat sich noch Kollege Dr. Beyer für die SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herzlichen Dank Herr Präsident. Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Kollege Thalhammer, ich weiß nicht, ob gerade Sie uns vorwerfen sollten, dass wir bei den stillen Tagen irgendetwas hochstilisieren. Es gibt im Rechtsstaat keinen höheren Akt als den der Gesetzgebung. Sie – ich habe das Gefühl, immer mehr Sie persönlich – haben das Thema hier zur Gesetzgebung erhoben. Die Diskussion der letzten Viertelstunde hat gezeigt, dass das in der Tat nicht nötig wäre, wenn man keine verschobenen Maßstäbe hätte. Die werfe ich Ihnen vor. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich überlege, worüber wir allein heute gesprochen haben, welche Probleme wir in Bayern zu lösen haben – ich erinnere an das Thema Pflege, Gesundheit, Krankenhausfinanzierung usw. –, frage ich mich

wirklich, ob es vergleichbarer Mühen wert ist, dass Sie dieses Thema hier ausbreiten, mit dem Sie nichts anderes wollen, als Ihre Vorstellung eines sehr jungenhaften Pseudoliberalismus zu leben. Sagen Sie das bei den Julis oder bei Ihren Freunden aus der Diskotheken-, Bar- und Lounge-Szene. Sie sollten aber bedenken, vor allem, solange Sie Regierungsverantwortung in Bayern tragen, dass Sie mit dem, was Sie zum Schluss Ihrer Rede gesagt haben, indem Sie das Thema Trauer – nicht im persönlichen, sondern im staatlichen Zusammenhang – angesprochen haben, dass Sie mit solchen Äußerungen, Sie könnten nicht in einem Staat leben, der solche Dinge "vorschreibt", vielen Menschen entgegentreten und deren Gefühle verletzen. Gerade weil wir eine solche Haltung hinter diesem Gesetzentwurf sehen, weil wir einen Fundamentalangriff auf diese Werte, die Franz Maget heute vorgetragen hat, sehen, sind wir so entschieden dagegen. Wehret den Anfängen, sage ich in diesem Punkt. Uns gefällt es nicht, was Sie da tun. Ich sage es so deutlich, damit Sie wissen, dass Sie mit dieser Haltung höchstens ein paar Stimmen für die FDP gewinnen. Wenn Sie ein bisschen Gefühl hätten, dann würden Sie den Weg für eine Anhörung freimachen, damit deutlich wird, wo die gesellschaftlichen Empfindungen in diesem Land bei diesem Thema wirklich sind.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Thalhammer, zur Erwidern bitte.

Tobias Thalhammer (FDP): Sehr geschätzter Herr Kollege, ich finde, was ich hier mache, ist in keiner Weise Pseudoliberalismus. Ich finde es grundehrlich.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Umso schrecklicher!)

Es ist grundehrlich, dass wir der Meinung sind, dass jeder Einzelne über sein Leben und seine Art zu leben entscheiden können soll, solange er einem anderen keinen Schaden zufügt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann können Sie gleich die Feiertage abschaffen, Volkstrauertag usw.!)

Ich sehe keinen Schaden, wenn das Tanzverbot nicht schon um Mitternacht, sondern erst um 2 Uhr greifen soll. Darin kann ich nicht erkennen, welche persönlichen Empfindungen eines Menschen der Gesellschaft mit Füßen getreten werden. Ich glaube, die Wahrung des stillen Tages ist weitgehend immer noch gewährleistet. Ich möchte allerdings den Ball zurückschieben. Wir haben ja Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Auch für die Diskothekengänger!)

- Auch für Diskothekengänger. Auch das sind Menschen. Auch Gastronomen sind Menschen.

Es ist doch vollkommen in Ordnung, wenn man Menschen ihr Leben so leben lässt, wie sie es wollen. Gerade die Gastronomie hat in den letzten Jahren sehr viele Steine in den Weg geworfen bekommen, was sie im Umsatz entsprechend geschädigt hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Aha, Umsatz! Interessant! Darum geht es Ihnen!)

Das sind freie Unternehmer. Wir leben in einer sozialen Marktwirtschaft. Auch diese Unternehmer haben ein Recht, ihr Geschäft dann zu öffnen, wenn sie Umsatz erzielen können. Für einen Diskothekenbetrieb, ein Szenelokal ist ein Dienstagabend nun einmal nicht so spannend wie ein Freitagabend oder ein Samstagabend. Das meiste Geschäft macht ein Diskothekenbetreiber, zumindest in der Stadt, zwischen halb eins und halb zwei Uhr in der Nacht. Auf dem Land sieht es ein bisschen anders aus. Lassen Sie doch die Leute, solange es niemandem schadet, ihr Leben leben, lassen Sie sie ihr Geschäft machen. Dafür steht die FDP. Deshalb werben wir um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Zwischenbemerkungen oder Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 c auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (Drs. 16/15831) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Zu Wort gemeldet hat sich Innenminister Joachim Herrmann. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Staatsregierung legt Ihnen einen Gesetzentwurf vor, der durch eine kleine Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes die Kommunen künftig in die Lage

versetzen soll, den öffentlichen Alkoholverzehr auf Straßen und Plätzen zu Nachtzeiten zu verbieten, wenn sie es vor Ort aufgrund aufgetretener Probleme für nötig halten.

Hintergrund ist, wie sich auch aus der neuesten polizeilichen Kriminalstatistik ergeben hat, dass der Alkohol eine immer größere Rolle, gerade auch bei Gewalttätigkeiten, spielt. Bei gefährlichen Körperverletzungen, schweren Körperverletzungen sind landesweit über 40 % der festgestellten Täter zum Zeitpunkt der Tat alkoholisiert. Bei den Heranwachsenden im Alter zwischen 18 und 21 Jahren sind es sogar über 50 %. Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, dass der Alkohol leider eine sehr negative Rolle spielt, dass Alkohol enthemmt, dass er Aggressionsverstärker ist und dass deshalb nicht nur die Betroffenen sich selbst schädigen, sondern zugleich vielerorts zu einem Risiko für ihre Mitmenschen werden.

Keiner von uns will Alkohol generell in irgendeiner Weise diskreditieren. Niemandem soll verwehrt sein, ein gutes Glas Bier, ein schönes Glas Wein zu trinken. Aber es ist wichtig, zu erkennen, dass leider manche Mitbürger ihre eigenen Grenzen nicht richtig einschätzen. Vor diesem Hintergrund haben viele Kommunen schon länger mehr Handlungsmöglichkeiten gefordert. Diese Handlungsmöglichkeiten wollen wir ihnen mit diesem Gesetzentwurf geben. Es ist ein vernünftiger Mittelweg. Wir erlassen nicht landesweit irgendwelche Verbote, sondern wir setzen die Kommunen in die Lage, dort, wo es Probleme gibt, angemessen zu handeln. Es geht nicht darum, dass für die gesamte Stadt ein entsprechendes Verbot erlassen wird. Dieses soll vielmehr zielgenau dort zur Anwendung kommen, wo es immer wieder zu Problemen kommt, konkret: zu Störungen der Sicherheit auf öffentlichen Plätzen.

Ich denke, dass wir einen vernünftigen Vorschlag unterbreitet haben. Ich hoffe, dass das Hohe Haus dem Gesetzentwurf nach den Beratungen in den kommenden Wochen zustimmen wird, damit die Kommunen, wenn es notwendig ist, von den Möglichkeiten Gebrauch machen können.

Es kommt aber auch darauf an, dass die Kommunen ihren Handlungsspielraum tatsächlich wahrnehmen. In den letzten Tagen gab es manche öffentliche Äußerung zu diesem Thema, auch zu Auswüchsen des Spielhallenwesens. Ich habe festgestellt, dass sich Vertreter von Kommunen zu Wort gemeldet haben, die bereits vorhandene Aktionsspielräume nicht nutzen. Man beschwert sich zum Beispiel über das Spielhallenunwesen, ignoriert aber die Möglichkeit, die Sperrzeiten für Spielhallen zu verlängern. Diese Möglichkeit eröffnet bereits das geltende Gesetz. Es ist

zwar die ureigene Entscheidung der Kommunen, diese Möglichkeit nicht zu nutzen; aber dann sollen sie sich bitte nicht über den Landesgesetzgeber beschweren.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält einen vernünftigen Vorschlag, um genau den Kommunen, die selbst aktiv werden wollen, den nötigen Spielraum zu eröffnen. Gleichzeitig sollen nicht alle Bürgerinnen und Bürger mit unnötigen landesweiten Verboten eingengt werden.

Ich bitte Sie um wohlwollende Beratung des Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich eröffne die Aussprache. Es ist eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart worden. Erster Redner ist Herr Kollege Reinhold Perlak von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Reinhold Perlak (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf sollen Kommunen ermächtigt werden, per Verordnung – ich zitiere wörtlich – "den Verzehr sowie das Mitführen alkoholischer Getränke zum Zwecke des Verzehrs auf bestimmten öffentlichen Flächen zu verbieten." Mit einem solchermaßen festgelegten Erlass könne die Verhütung alkoholbedingter Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erreicht werden, heißt es weiter, jedoch nur dann – das ist unsere Auffassung –, wenn hierfür eine absolut rechtssichere Grundlage mit klar ausgearbeiteten flankierenden Maßnahmen geschaffen wird.

Sehr verehrter Herr Staatsminister, grundsätzlich stimmen wir der Einschätzung zu, dass präventive Maßnahmen notwendig sind, weil die Entwicklung dramatisch ist. Die anhaltend steigende Tendenz bei Gewaltdelikten, Sachbeschädigungen und Sicherheitsstörungen unter Alkoholeinfluss ist besorgniserregend.

Nach eingehender Prüfung und Beratung vertreten wir jedoch die Auffassung, dass der vorgelegte Gesetzentwurf keine rechtssicheren Anwendungsgrundlagen für die Kommunen schaffen kann. Noch deutlicher verfestigt sich unser Eindruck, dass einmal mehr eine ordnungs- und sicherheitsrelevante Aufgabe auf die Kommunen abgewälzt werden soll, obwohl sie der Zuständigkeit wegen besser eine Polizei- als eine Staatsaufgabe wäre. Den Kommunen fiele erneut ohne Beachtung des Konnexitätsprinzips eine Aufgabe zu, zu deren Erfüllung sie unserer Auffassung nach weder personell noch organisatorisch - schon

gar nicht finanziell - aufgestellt sind. Den kommunalen Entscheidungsträgern würde zudem zugemutet, in rechtsunsicherem Rahmen Verordnungen zu erlassen, ohne flächendeckend eine Lösung des Problems zu erzielen. Es käme wohl lediglich zu einer Pseudofestlegung, die den Eindruck erwecken soll, der Freistaat schaffe die Grundlage für die Beseitigung besorgniserregender Entwicklungen, obwohl in Wirklichkeit nichts klar geregelt wird, eben weil rechtssichere Normen fehlen.

Es besteht durchaus die Gefahr, dass in der Bürgerschaft eine Erwartungshaltung hinsichtlich der Beseitigung von Sicherheitsstörungen geweckt wird mit rechtlichem Anspruch für sämtliche Bereiche, obwohl diese Erwartungshaltung, wie schon dargelegt, nicht erfüllbar ist, was den Vollzug angeht. Dies gilt insbesondere dann, wenn frei bestimmbare Ermessensspielräume bestehen. Die Beschränkung des Verbots auf die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr lässt völlig unberücksichtigt, dass die Alkoholproblematik auch tagsüber und vor allem an Wochenenden besteht.

Auch die vorgesehene räumliche Eingrenzung auf bestimmte öffentliche Flächen - außerhalb von Gebäuden und genehmigten Freischankflächen - erscheint uns praxisfremd. Nach unserer Wahrnehmung findet unmäßiger Alkoholkonsum, insbesondere das hochbegehrte "Vorglühen", auch jenseits solcher Räume statt. Wenn derartige Festlegungen erfolgen, müssen größere Stadtteile erfasst werden können, weil es sonst erfahrungsgemäß zur Abwanderung in nicht vom Verbot umfasste Gebiete kommt.

Wenig hilfreich erscheint uns auch die rechtsunsichere Festlegung, dass vor Verordnungserlass "tatsächliche Anhaltspunkte" vorliegen müssen, dass "auf Grund übermäßigen Alkoholkonsums regelmäßig Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder Straftaten begangen werden." Die Beurteilung, ob hierzu ausreichende Anhaltspunkte vorliegen, ist von Kommunen wohl schwer zu leisten, erst recht nicht in personeller Hinsicht, da der anfallende Verwaltungsaufwand nicht gering sein dürfte. Bürgermeister und ihre Kommunen wären nicht zu beneiden, wenn sie nach einer so entstandenen Erwartungshaltung die Umsetzung veranlassen müssten.

Zusammenfassend stelle ich fest: In der Ersten Lesung erkennen wir ein hohes Maß an Verbesserungsnotwendigkeit bezüglich des Inhalts des Gesetzentwurfs. Ziel muss es sein, dass die Kommunen ausreichend Rechtssicherheit erlangen. Für die gegenwärtige Fassung können wir keine Zustimmung signalisieren. Statt diesen Entwurf zur Abstimmung zu stellen, wäre es nach unserer Auffassung besser, es

beim gegenwärtigen gesetzlichen Zustand zu belassen.

Hinweisen will ich noch auf die vorgebrachten umfangreichen Einwendungen des Bayerischen Städtetages, die unserer Auffassung nach der Berücksichtigung bedürfen. Der Städtetag ist anzuhören, aber auch der Bayerische Jugendring und die Landesseniorenvertretung sind zu beteiligen. Wir gehen davon aus, dass danach eine überarbeitete Fassung für die weitere Beratung vorgelegt wird, um realistische Umsetzungsmöglichkeiten für die Kommunen zu erreichen.

Wir freuen uns auf die weitere Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CSU-Fraktion hat Kollege Andreas Lorenz das Wort. Bitte schön.

Andreas Lorenz (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, werde Kollegen! Wir haben heute im Rahmen der Aktuellen Stunde ausführlich über die allgemeine Sicherheitslage in Bayern debattiert. Dabei ist auch die aktuelle Kriminalitätsstatistik erwähnt worden. Im Allgemeinen ist die Entwicklung positiv: Wir verzeichnen eine hohe Aufklärungsquote, und die Zahl der Straftaten ist insgesamt niedrig. Daneben gibt es in einigen Bereichen eine Entwicklung, die weniger erfreulich ist. Zu dieser Einschätzung kommt man insbesondere dann, wenn man die Langfristperspektive einbezieht. Die polizeiliche "Arbeitsgruppe Alkoholmissbrauch" hat erschreckende Ergebnisse ans Licht gebracht.

Von 2001 bis 2011 ist die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten um 11,4 % zurückgegangen; die Zahl der unter Alkoholeinwirkung begangenen Straftaten ist jedoch im gleichen Zeitraum um 44,6 % gestiegen. Schon an diesem Missverhältnis erkennen Sie eine gewisse gesellschaftliche Tendenz. Die Zahlen sind in dem Gesetzentwurf nachzulesen. Man kann zum Beleg auch andere Zahlen hernehmen.

Es ist offensichtlich, dass ein Zusammenhang zwischen Straftaten und Alkohol besteht. Die Steigerungsraten betreffen nicht nur Jugendliche, sondern alle Menschen, die Straftaten unter Alkoholeinfluss begehen. Auch in zeitlicher Hinsicht ist der Zusammenhang klar: Es ist eine Fokussierung auf die Nachtzeit festzustellen. Natürlich gibt es auch tagsüber Alkoholmissbrauch. Bezüglich der Häufigkeit liegt der Schwerpunkt jedoch in der Nacht. Insofern ist der vorliegende Gesetzentwurf ein logischer, konsequenter und schlüssiger Ansatz, um dem Problem Herr zu

werden. Ich habe ein bisschen mehr Vertrauen in die Arbeit der Gemeinden als mein Vorredner von der SPD. Hier ist der Zusammenhang offensichtlich. Die Zahlen der Kriminalitätsstatistik liegen vor. Deshalb dürfte es nicht schwierig sein, eine rechtliche Verordnung zu schaffen.

Die Kommunen wissen selbst am besten, wo der Schuh drückt. Das kann innerhalb der einzelnen Stadtteile und sogar von Platz zu Platz ganz unterschiedlich sein. Ungleiches kann nicht gleich behandelt werden. Wo es keine Probleme gibt, sollten auch keine geschaffen werden. Wenn es jedoch Probleme gibt, müssen sie angegangen werden. Ich traue das den bayerischen Kommunen zu und hoffe auf Ihre Unterstützung.

Die bayerischen Kommunen haben dies als Schritt in die richtige Richtung bezeichnet. Dem einen oder anderen wäre vielleicht ein bisschen mehr recht gewesen. Wenn es an gewissen Stellen noch Nachjustierungsbedarf gibt, kann dieser Schritt immer noch gegangen werden. Vertrauen wir auf die Umsetzungskraft der bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Joachim Hanisch das Wort erteilen.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun geht es heute zum dritten Mal um die Sicherheit. Die statistischen Zahlen sprechen dafür, dass hier ein Problem vorliegt. 44,6 % der Straftaten werden unter Alkoholeinfluss verübt. Bei den Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender ist der Prozentsatz noch höher. Die derzeitige Gesetzeslage ermöglicht keine Bewältigung des Problems des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum. Nach Artikel 24 Absatz 1 Nummer 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern besteht zwar die Möglichkeit, dass die Kommunen über Satzungen Regelungen schaffen, aber eben nur dort, wo es um ihr Eigentum geht, um ihre eigene Halle, um ihr eigenes Wirtshaus usw. Das Thema kann damit nicht erschöpfend geregelt werden.

Wir begrüßen deshalb den Vorstoß. In den Kommunen gibt es große Probleme mit randalierenden Jugendlichen unter Alkoholeinfluss, mit Ruhestörung, Vandalismus und Ähnlichem. Allerdings passt uns die zeitliche Festlegung von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr überhaupt nicht. Die Dunkelheit bricht im Winter und in anderen Jahreszeiten wesentlich früher als 22.00 Uhr ein. Viele Jugendliche treffen sich dann in der Dunkelheit, trinken Alkohol, werden auffällig und stellen etwas an. Dieses Problem können wir mit der zeitli-

chen Komponente 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr nicht in den Griff bekommen.

Wir werden deshalb bei den Beratungen im Ausschuss darauf hinwirken, dass diese Regelung den Kommunen selbst überlassen wird; denn der Staat soll nur das regeln, was er regeln muss. Die Kommunen sollen einen Spielraum erhalten; denn sie sind nicht gezwungen, eine solche Verordnung zu erlassen. Sie können wählen, ob sie eine solche Verordnung haben wollen oder nicht. Wenn diese Entscheidung in die Hände der Kommunen gegeben wird, sollten sie auch über die zeitliche Komponente entscheiden können.

Schwierig wird es auch bei Begriffen, die man drehen und wenden kann, wie man will. "Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung": Wann hat eine Ordnungswidrigkeit erhebliche Bedeutung und ab wann nur störenden Charakter? Diese Formulierung ist uns zu weich. Hier sollte eine klare Regelung getroffen werden. Welche Bedeutung der Begriff "Ordnungswidrigkeit" hat, müssen wir hier nicht im Detail klären.

Wir sehen der Diskussion positiv entgegen. Sofern einige Passagen geändert werden, könnten wir uns vorstellen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erhält nun Frau Kollegin Christine Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, es klingt wunderbar, wenn Sie den Kommunen Handlungskompetenzen geben wollen. Das wünschen wir uns in anderen Bereichen häufiger, beispielsweise beim Genehmigungsvorbehalt bei der Eigentumsurowandlung in Satzungsgebieten, bei Klimaschutzmaßnahmen der Kommunen und vielem anderem mehr.

Kritisch sehen wir jedoch, dass Sie mit diesem Gesetzentwurf suggerieren, durch ein Verbot des Alkoholkonsums und ein Verbot des Mitführens alkoholischer Getränke könnten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in nennenswertem Umfang zurückgedrängt werden. Wir sehen außerdem erhebliche Probleme bezüglich der Verhältnismäßigkeit, wenn versucht wird, den Alkoholkonsum im öffentlichen Raum zu unterbinden, dies jedoch in Diskotheken, Kneipen, auf dem Oktoberfest oder sonstigen Volksfesten nicht geschieht, obwohl von den dort Alkoholisierten in einem durchaus erheblichen Umfang Ordnungswidrigkeiten und Straftaten begangen wer-

den. Als Bahnpendler zu Oktoberfestzeiten kann man einiges erleben.

Wir meinen, die Kommunen sollten das Geld, das in diesem Gesetzentwurf für Ordnungsdienste vorgesehen ist, lieber für Streetworker ausgeben. Das Problem des Alkoholmissbrauchs muss grundsätzlich angegangen werden. Die Argumentation der Staatsregierung, mit diesem Alkoholverbot könnte Jugendkriminalität eingedämmt werden, halten wir für außerordentlich fragwürdig. Die Eindämmung von Gewalt und Kriminalität ist Aufgabe der Polizei. Ein Alkoholverbot verbunden mit kommunalen Ordnungsdiensten, die nachts zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr morgens tätig sein sollen, ist keine Lösung des Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP hat nun Herr Kollege Dr. Andreas Fischer das Wort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist, der Faktor Alkohol hat in den letzten Jahren bei der Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten an Bedeutung zugenommen. Richtig ist auch, dass der Anteil der unter Alkoholeinfluss begangenen Straftaten besonders bei Jugendlichen und Heranwachsenden angestiegen ist. Ebenso richtig ist aber, dass Alkoholverbote im öffentlichen Raum kein Allheilmittel darstellen. Frau Kollegin Kamm, ich sehe sehr wohl Probleme bei der Verhältnismäßigkeit, ich glaube aber nicht, dass diese Probleme dadurch gelöst werden könnten, dass der Alkoholkonsum auf Volksfesten ebenfalls reglementiert wird, wie dies in Ihrem Beitrag angeklungen ist.

Viele bayerische Gemeinden haben durch rechtliche Regelungen den Konsum von Alkohol auf öffentlichen Plätzen bereits auf der Basis der Gemeindeordnung oder des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes untersagt. Dies wurde von den Gerichten beanstandet. So kam es zu einer rechtlichen Grauzone und einem rechtsunsicheren Rahmen, den Herr Kollege Perlak beklagt hat.

Was gilt es zu tun? Wir stehen vor der Aufgabe, einerseits Exzesse wirksam einzudämmen und andererseits die Freiheit nicht über Gebühr einzuschränken. Deswegen handeln wir nach dem Grundsatz: So viel Regelung wie nötig und so viel Freiheit wie möglich. Ich denke, der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf wird genau diesen Anforderungen gerecht.

In der Ersten Lesung möchte ich nur auf fünf Punkte hinweisen:

Erstens. Wir haben keine landesweite Regelung, sondern eine Ermächtigung der Gemeinden zum Handeln. Die Gemeinden können Verordnungen erlassen, müssen dies aber nicht tun. Hier soll kein Beitrag dazu geleistet werden, den Gemeinden Verantwortung zuzuschieben, wie das die SPD offensichtlich zu glauben scheint, sondern es geht um das Subsidiaritätsprinzip. Die Verantwortung ist nämlich vor Ort am besten aufgehoben, wo sie auch wahrgenommen werden kann.

Zweitens gibt es eine räumliche Einschränkung für die in Privateigentum stehenden Flächen nur dann, wenn sie für den öffentlichen Verkehr freigegeben sind, und ansonsten nur für öffentliche Flächen. Das ist eine wichtige Begrenzung.

Der dritte Punkt ist die schon mehrfach angesprochene zeitliche Begrenzung. Ich sage es ganz offen: Ich möchte den Handwerker, der in der Mittagspause sein Bier zur Brotzeit trinkt, nicht in den Geltungsbereich der Verordnung einbezogen wissen. Dafür brauchen wir doch keine Regelung, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wofür wir eine Regelung brauchen, sind Exzesse, und die finden ganz überwiegend zur Nachtzeit statt.

Der vierte Bereich ist die Anknüpfung an Tatsachen im Zusammenhang mit dem Alkoholkonsum, die entweder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung oder Straftaten nahelegen. Auch das halten wir für sachgerecht. Denn wenn es keine Probleme gibt, dann brauchen wir keine Verordnung, und dann sollten wir auch die Finger davon lassen.

Der fünfte Punkt schließlich bedeutet auch eine Begrenzung, dass nämlich diese Verordnung längstens auf vier Jahre zu befristen ist. Auch das halten wir für notwendig, weil sich die Lage eben ändern kann. Wo heute ein Brennpunkt ist, besteht vielleicht vier Jahre später eine ganz andere Situation.

Unter all diesen Einschränkungen halten wir diesen Gesetzentwurf für verantwortbar, und wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem

Ausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 d auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Leistungslaufbahngesetzes und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/15832) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Bereit hält sich Herr Staatssekretär Pschierer. – Dachte ich.

(Zurufe von der SPD: Hallo!)

Herr Kollege, bitte nicht ablenken lassen. Sie haben bereits das Wort.

(Zuruf von der SPD: Die Zeit läuft!)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auf den Hinweis "Die Zeit läuft!" kann ich nur antworten: Ich habe heute Abend nichts mehr vor. Ich weiß nicht, wie Ihre Planung für den Abend aussieht; das heißt, ich könnte erschöpfend von meinem Rede-recht Gebrauch machen, werde das aber nicht tun, sondern darf den Gesetzentwurf in aller Kürze begründen.

Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe von Änderungen, die sich als notwendig erwiesen haben. Der Anlass ist uns bekannt: Es ist die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. Juni 2011, in der dieses das Auswahl- und Beförderungssystem der Zollverwaltung bemängelt hat. Darauf gilt es zu reagieren. Dieses entspricht übrigens der in Bayern weit verbreiteten Auswahlpraxis. Deshalb wurden auch Änderungen des Leistungslaufbahngesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes notwendig. Ich will in aller Kürze die Eckpunkte darstellen. Es sind vier.

Im Wesentlichen geht es erstens um die Normierung der Binnendifferenzierung im Leistungslaufbahngesetz. Das heißt, bei gleicher Endpunktzahl der Beurteilung der Bewerber ist zunächst eine umfassende inhaltliche Ausschöpfung der aktuellen Beurteilung durchzuführen. Zweitens geht es um ein gesetzliches Regelmodell der Binnendifferenzierung mit "Superkriterien" und Öffnungsklauseln für eine passgenaue Auswahl. "Superkriterien" sind nichts anderes als Beurteilungskriterien, die im Rahmen der Binnendifferenzierung entscheidend sind. Drittens geht es um die Regelung zum Bewerbungsverfahrenanspruch im Leistungslaufbahngesetz. Hierdurch wird die Unter-richtung unterlegener Bewerber auch durch elektronische Informationssysteme unbürokratisch und einfach

ermöglicht. Viertens erfolgt eine Klarstellung zur Zulässigkeit von gebündelten Dienstposten im Bayerischen Besoldungsgesetz. Das bedeutet nichts anderes, als dass Beförderungen in höhere Ämter auch ohne Änderung des Aufgabenbereichs möglich sind.

Ziel des Ganzen ist, durch Schaffung rechtlicher Grundlagen eine erhöhte Rechtssicherheit zu erreichen für die Auswahl bei Entscheidungen über die Besetzung höherwertiger Dienstposten und Beförderungen und die Vermeidung weitergehender Bürokratisierung. Das Gesetzgebungsverfahren wurde im Übrigen auch zum Anlass genommen, weitere notwendige Änderungen umzusetzen, so zum Beispiel auch die Einführung einer Rechtsgrundlage im Bayerischen Beamtengesetz für die sogenannte elektronische Personalakte.

In diesem Zusammenhang will ich darauf verweisen, dass diesbezüglich auch das Einvernehmen mit dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz erzielt wurde. Das gilt auch bezüglich der Neuregelungen im Gesetz über das öffentliche Versorgungswesen. Das heißt, wir haben im Zuge der Erstellung des Gesetzentwurfs versucht, auch diese Dinge zu regeln und klarzustellen.

Ich bitte, diesen Gesetzentwurf an die Ausschüsse weiterzuleiten, und wünsche viel Freude bei der weiteren Beratung und verfassungsmäßigen Behandlung.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stefan Schuster für die SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Stefan Schuster (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatssekretär hat den Gesetzentwurf bereits begründet. Ich möchte das Ganze nicht wiederholen, sondern nur einen Punkt herausgreifen.

Das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber mit seinem Beschluss vom 19. Juni 2012 verpflichtet, rückwirkend zum Zeitpunkt der Einführung des Instituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit Wirkung vom 1. August 2001 eine gesetzliche Grundlage zur Nachzahlung des Familienzuschlags zu schaffen. Mit dem Gesetzentwurf, der gerade vom Herrn Staatssekretär begründet wurde, hat die Staatsregierung dem Richterspruch Genüge getan. Allerdings gewährt der Gesetzentwurf verpartnerten Beamten und Richtern einen Familienzuschlag rückwirkend vom 1. August 2001 bis zum 31. Dezember 2010 nur, sofern sie ihren Anspruch innerhalb des genannten Zeitraums gerichtlich oder durch Widerspruch geltend ge-

macht haben, zumindest ein Antragsverfahren noch nicht mit einem Bescheid abgeschlossen worden ist. Es bleibt also ein Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die verpartnerten Beamten und Richter ihre Ansprüche nicht geltend gemacht haben.

Ich meine, Bayern sollte es genauso machen wie Schleswig-Holstein, das den verpartnerten Beamten und Richtern ohne Einschränkung rückwirkend ab dem 1. August 2001 den Familienzuschlag gewährt, oder Bayern sollte es machen wie Niedersachsen, wo es ausreicht, dass die Verpartnerung der Dienst- oder Besoldungsstelle angezeigt worden ist. Die Staatsregierung setzt die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichts vom 19. Juni 2012 zwar korrekt um, aber Schleswig-Holstein und Niedersachsen tun dies eben ohne die Einschränkung der Geltendmachung der Ansprüche ab dem 1. August 2011.

Zu dieser Problematik werden wir einen Änderungsantrag in die Gesetzesberatung einbringen. Ich freue mich auf die Diskussionen im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion hat nun Kollegin Ingrid Heckner das Wort. Bitte sehr.

Ingrid Heckner (CSU): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Leistungslaufbahngesetz haben wir verschiedene Gesetzesänderungen in einem Gesetzentwurf untergebracht. Herr Kollege Schuster hat jetzt zu einer Stellung genommen.

Mir ist eine andere wichtig, die uns auch vom Gericht, nämlich vom Bundesverwaltungsgericht, diktiert wird. Sie betrifft die Form der dienstlichen Beurteilung zur Auswahl für Bewerbungen um Dienststellenposten und die Bildung von Ranglisten. Das Gericht hat uns die Änderung des Verfahrens mehr oder weniger aufgezwungen. Das Gerichtsurteil spricht davon, dass ausschließlich die letzte dienstliche Beurteilung herangezogen werden muss. Das ist natürlich für die Bildung von Ranglisten ein sehr schwaches Instrument. Deshalb muss auf diese letzte Beurteilung, wie es der Herr Staatssekretär gesagt hat, durch sogenannte Superkriterien innerhalb der Leistungskriterien bei der dienstlichen Beurteilung ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Wichtig ist für uns – das werden wir in den parlamentarischen Beratungen klarmachen –, dass durch diese notwendige gesetzliche Änderung der bürokratische Aufwand für dienstliche Beurteilungen nicht erhöht wird, dass die Gerechtigkeit bei dienstlichen Beurtei-

lungen nach wie vor im Vordergrund stehen muss und dass es hier nicht zu zielgerichteten Beurteilungen kommen kann, nur weil gerade die letzte Beurteilung einen so hohen Stellenwert erhält. Aus Gründen der Verwaltungsökonomie wollen wir bei diesen Superkriterien wie Fachkenntnis, Führungserfolg und Entscheidungsfreude den einzelnen Ministerien noch Gestaltungsspielraum lassen.

Richtig ist, dass wir mit diesen Änderungen des Leistungslaufbahngesetzes das fortsetzen, was wir mit dem neuen Dienstrecht in den Mittelpunkt unserer gesetzlichen Arbeit gestellt haben: Die Leistung unserer Beamten muss honoriert werden. Leistung muss auch zu entsprechenden Beförderungen führen.

Dieser Gesetzentwurf enthält auch eine Änderung des Besoldungsgesetzes in zwei Punkten. Ich freue mich sehr, dass die Wünsche der Flussmeister, die sich hier zu Wort gemeldet und für bestimmte Funktionen eine Aufwertung haben wollten, berücksichtigt werden. Diese Wünsche werden für die Hauptflussmeister und die Hauptstraßenmeister berücksichtigt. Ebenso ist mit diesem Gesetzentwurf eine kleine Gerechtigkeitslücke geschlossen worden, auf die wir erst nach den Beratungen des Dienstrechts gestoßen sind. Fachberater an Förderschulen, die als Fachlehrer eine Amtszulage bekommen haben, hätten als Fachberater keine mehr bekommen sollen, damit es keine Doppelbezahlung gibt. Dies ist jetzt korrigiert worden. Selbstverständlich muss jemand, der zusätzliche Arbeit leistet, auch eine zusätzliche Entschädigung und Anerkennung erhalten.

Lieber Kollege Schuster, Sie haben jetzt nur die technischen Fragen beim Nachzahlen des Familienzuschlags angesprochen, nicht aber die ideologischen. Dafür danke ich Ihnen. Zu Ihrem Anliegen muss ich Ihnen Folgendes sagen: Auch als ein Gerichtsurteil einen höheren Familienzuschlag für mehr Kinder ermöglicht hat, galt dieses Urteil nur für die, die vorher Einspruch eingelegt hatten. Wenn Sie schon immer auf Gleichbehandlung drängen, müssen Sie sich fragen lassen, warum Sie hier eine Besserstellung haben wollen.

Mit den Gesetzesänderungen, die jetzt in die Ausschussberatungen gehen, haben wir den Leistungen unserer Beamten Rechnung getragen. Darauf werden wir auch weiterhin den Schwerpunkt setzen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FREIEN WÄHLER darf ich nun das Wort an Peter Meyer weiterreichen.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Sehr verehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, dass der Staatssekretär zu den spannenden Fragen, die dieser Gesetzentwurf aufwirft, nichts gesagt hat.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Ich kann nicht zu allem etwas sagen!)

Das, was Sie, Herr Staatssekretär, und Sie, Frau Kollegin, erwähnt haben, sind die eigentlich technischen Regelungen, die einer Diskussion nicht wert sind. Es sind formelle Änderungen, und es kann nicht schaden, wenn die Beurteilung etwas mehr kodifiziert wird. Das ist alles in Ordnung. Darüber brauchen wir wirklich nicht zu streiten.

Ich habe mir auch zwei Punkte notiert, die mir aufgefallen sind. Darauf sind Sie nicht eingegangen. Liebe Frau Kollegin Heckner, zum Beitrag zur Gerechtigkeit für die Flussmeisterinnen und Flussmeister, die Straßenmeisterinnen und Straßenmeister und die Schulrätinnen und Schulräte - -

(Ingrid Heckner (CSU): Von den Schulräten habe ich nicht gesprochen!)

- Die Schulräte stehen aber auch in diesem Gesetz. Mit den Regelungen für die Flussmeister und die Straßenmeister geben Sie uns wieder die Gelegenheit, zu fragen, was mit den Lebensmittelüberwachern, mit den Hygieneinspektoren an den Gesundheitsämtern und mit den Gerichtsvollziehern geschieht. Diese Frage stellt sich wieder. Auch hier könnten Sie einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten.

Beim zweiten Punkt schließe ich an den Beitrag des Kollegen Schuster an. Mit der Nachzahlung des Familienzuschlags an gleichgeschlechtliche Paare unterstreichen Sie das, was Herr Seehofer und jetzt auch die Bundeskanzlerin gesagt haben: Wir machen nur das, wozu wir von den Gerichten gezwungen werden. Wir sollten uns aber schon einmal der Diskussion stellen, wie mit gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften überhaupt umzugehen ist.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Ein Punkt ist mir in den letzten Wochen wirklich aufgefallen. Da hilft uns auch das vor wenigen Wochen ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Adoptionsentscheidung. Sie argumentieren immer, dass wir die Familien benachteiligen, wenn wir den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften immer mehr familienrechtliche Leistungen gewähren. Ich bitte Sie aber, das zu bedenken, was das Bundesverfassungsgericht gesagt hat. Die gleichgeschlechtli-

chen Lebenspartnerschaften gehören schon zur Familie. Es geht also nicht darum, Familien zu benachteiligen, sondern es geht darum, was der Familienbegriff aussagt. Dazu war jetzt vom Bundesverfassungsgericht erstmalig zu hören, dass die Mütter und Väter des Grundgesetzes das nach heutigen Maßstäben nicht gewusst haben. Das Verfassungsgericht hat gesagt, dass Familie mehr als Mann und Frau als Eltern sei und dass die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften auch zu Familie gehörten. Das müssen wir bei unseren zukünftigen Entscheidungen berücksichtigen. Dann stellt sich die Frage der angeblichen Benachteiligung von Ehe und Familien möglicherweise nicht mehr.

Im Übrigen freue ich mich auch auf die Diskussion im Ausschuss.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Kollegin Claudia Stamm das Wort.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hat, egal ob bei den Studiengebühren oder bei der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, nicht das Heft des Geschehens in der Hand, sondern sie ist wieder einmal die Getriebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wird vom Volkswillen oder von Karlsruhe getrieben, aber Politik muss doch von uns Politikerinnen und Politikern gestaltet werden. Politik darf nicht nur die Ausführung von Gerichtsurteilen sein. Das, was uns heute in Erster Lesung als Gesetzentwurf von der Staatsregierung vorgelegt wird, ist wieder nichts anderes als nur die Ausführung dessen, was uns Karlsruhe und was uns Gerichte vorgeschrieben haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Stammwähler sind schon viel weiter als Sie. Sie wollen die Gleichstellung. Sie sagen, Schwule und Lesben sind nicht anders. Kommen Sie endlich auch zu dieser Auffassung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schwules und lesbisches Leben ist überall in Bayern angekommen. Nehmen Sie es wahr. In jedem Dorf leben geoutete Schwule oder Lesben. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis. Auch in Ihren Reihen gibt es Mandatsträger und Amtsträger, die sich als schwul oder lesbisch geoutet haben. In Unterfranken gibt es einen geouteten Bürgermeister, der ein hervorragender CSU-Politiker ist.

(Ingrid Heckner (CSU): Dagegen haben wir doch gar nichts!)

Diese Leute haben keine Lust mehr auf Ihre Diskussionen aus dem vorvorletzten Jahrhundert, die Sie hier noch führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für Äußerungen wie die des Ministerpräsidenten, dass in Lebenspartnerschaften Verantwortung übernommen wird, bedanken sich die Betroffenen vor Ort bestimmt. Was sind diese Äußerungen eigentlich? Sie sind Allgemeinplätze. Natürlich übernehmen zwei Menschen, die zueinander Ja sagen, soweit dies überhaupt möglich ist, Verantwortung füreinander. Erkennen Sie es endlich an und hecheln Sie nicht den Gerichtsurteilen hinterher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Sommer ist mit einem weiteren Urteil aus Karlsruhe zu rechnen. Das ist – das sei an die Adresse von Schwarz-Gelb gerichtet – übrigens vor der Wahl, vor der Landtags- und vor der Bundestagswahl. Passen Sie auf, dass Sie dann noch genügend Zeit haben – der Landtag tagt dann nämlich nicht mehr –, dieses Urteil wenigstens verbal einzufangen und aus dem Weg zu räumen, wie Sie sonst alles andere auch aus dem Weg zu räumen versuchen. Ich weiß, dass von der sogenannten Homo-Ehe – ich möchte wirklich die Gleichstellung der Homo-Ehe mit der Ehe haben – kein Wahlsieg abhängt. Von der Frage der Gerechtigkeit hängt aber ein Wahlsieg ab. Um nichts anderes geht es hier. Es geht um die Frage der Gerechtigkeit, endlich die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften, also der Homo-Ehe, mit der Ehe herbeizuführen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit oder bei Ihnen eine Frage der Diskriminierung. Das, was Sie tun, ist diskriminierend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf, den Sie jetzt vorgelegt haben, diskriminiert die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften wieder, weil er nicht den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts entspricht. Er stellt nämlich die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften nur beim Familienzuschlag und bei der Hinterbliebenenrente gleich, nicht aber bei anderen Leistungen wie zum Beispiel dem Trennungsgeld.

Der Gesetzentwurf hat noch einen Haken; das hat Kollege Schuster schon gesagt. Berücksichtigt werden sollen nur diejenigen, die vorher schon die Ansprüche geltend gemacht haben, und das in einem Land, wo Sie schon bislang der Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften jeden Stein in

den Weg gelegt haben. Verlangen Sie im Nachhinein von Ihren Beamten, dass sie die Ansprüche, von denen Sie Lichtjahre entfernt sind, hätten geltend machen sollen?

Wenn ich zum Rest des Gesetzes nichts sage, dann deswegen, weil es teilweise einfach nur Ausführungen sind und wir damit einverstanden sind. Ich fasse nur kurz zusammen: Liebe Kolleginnen von Schwarz-Gelb, geben Sie sich einen Ruck. Wenn Sie schon Verfassungsgerichtsurteile umsetzen und sich nicht etwa wie Ihr Parteivorsitzender verhalten wollen, der schon vorher angekündigt hat, dass er das nächste Urteil nicht umsetzen wird, und sich damit außerhalb der Verfassung befindet,

(Widerspruch bei der CSU)

dann tun Sie es wenigstens richtig und so, dass Sie die Kriterien des Urteils tatsächlich erfüllen.

Über allem aber steht die Forderung: Nehmen Sie endlich das Heft des Geschehens wieder in die Hand und lassen Sie sich nicht von Gerichtsurteilen jagen. Das würde ich mir tatsächlich wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Liebe Kollegen und Kolleginnen der CSU, Ihre Basis und Ihre Stammwählerschaft sind hier schon viel weiter als Sie. Bewegen Sie sich auch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Letzter Redner in der Debatte ist Herr Kollege Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion, bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es wirklich ganz kurz. Alles Wesentliche ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Deswegen sage ich nur als Fazit: Als rechtstreue Menschen werden wir das zunächst im Ausschuss behandeln und dann hier drin das Gesetz machen, das die CSU und die FDP wollen, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öf-

fentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 e auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Kompensation der Studienbeiträge und zur Sicherung der Qualität in Studium und Lehre mittels Studierendenboni (Studierendenbonigesetz - StudiboG) (Drs. 16/15834) - Erste Lesung -

Auf die Begründung des Gesetzentwurfs wird verzichtet. Ich eröffne deshalb sofort die Aussprache. Wir haben eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Erste Rednerin ist Kollegin Isabell Zacharias für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Heike, Sie können mich nicht daran hindern, nach vorne zu kommen; ich habe es geschafft.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ist mir bekannt!)

Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein schöner Tag, und wenn ich Kollegen Thalhammer so vor mir sehe, wird der Tag immer schöner.

(Zurufe von der FDP: Bravo! - Tobias Thalhammer (FDP): Hier kommt der schönste Teil des Tages! - Weitere Zurufe)

– Nein, nein, so schnell heirate ich keinen FDPler, so groß kann meine Not gar nicht sein.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Diskriminierung! - Tobias Thalhammer (FDP): Aber ich liebe die Herausforderung! - Allgemeine Heiterkeit)

Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

- Ich habe ja Zeit. Ich habe wie Kollege Pschierer nichts mehr vor und kann gerne warten. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, mir alle Plenarprotokolle seit Beginn der Diskussion über die Studiengebühren, über die Uni-Maut, zu Gemüte zu führen. Dr. Goppel hat am 27. Januar 2005 – das ist acht Jahre her – gesagt, - ich zitiere:

Wir werden Studienbeiträge einführen, die in den Fällen, in denen jemand nicht die nötigen Mittel zur Verfügung hat, in einer sehr knappen Größenordnung ausfallen werden. BAföG-Empfänger werden also nur ganz gering belastet werden.

In der gleichen Aussprache hat Herr Kollege Goppel gesagt:

Im Gegenzug aber erwarten wir von den Studierenden, gegebenenfalls auch von ihren Eltern, einen Beitrag. Notfalls können sie sich durch ihre eigenen Leistungen, wenn sie eine Spitzenleistung erbringen, den Erlass der Gebühr verschaffen, egal wie viel die Eltern verdienen. Notfalls wird ihnen die Gebühr bis nach dem Studium gestundet ... Ich finde, das ist eine Gemeinschaftsleistung, die ein Kompliment verdient...

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Herr Spaenle sagte in der gleichen Plenarsitzung:

Wenn es jemanden gibt, der sich um die Ausschöpfung der Bildungspotenziale, völlig unabhängig von der sozialen Herkunft, für die Studierenden sorgt und bemüht, dann ist das Herr Staatsminister Goppel.

Ich zitiere weiter Herrn Spaenle, den damaligen Ausschussvorsitzenden:

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir es wissenschaftspolitisch geboten und sozialpolitisch für vertretbar halten, einen Eigenbetrag von Studierenden für die Verbesserung ihrer konkreten Studiensituation in Bayern einzuführen.

Das waren also große Plädoyers der CSU.

In der Plenarsitzung am 18. Juli 2007 – da waren ein paar Jahre ins Land gezogen – wurde munter diskutiert. Ich darf Kollegen Spaenle noch einmal zitieren:

Die Einführung von Studienbeiträgen ... ist ein Erfolgsmodell.

Hört, hört, ein Erfolgsmodell! Kollege Oliver Jörg sagte am 22. April 2009, zwei Jahre später:

Ich bin davon überzeugt, dass die Studienbeiträge auch für ein gesellschaftliches Umdenken von Bedeutung sind. Es kommen Zeiten, da wird der Staat nicht mehr alles Wünschenswerte erfüllen können.

Er bringt es an dem Tag wie folgt auf den Punkt:

Die CSU ist geprägt vom Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft. Wir stehen für Eigenverantwortung. Deshalb werden wir an den Studienbeiträgen festhalten.

(Harald Güller (SPD): Hört, hört!)

Noch 2009 sagte auch der damalige Ausschussvorsitzende Kollege Sibler:

Wir erhoffen uns dadurch eine höhere Akzeptanz der Beiträge, an denen wir auch in der Zukunft festhalten wollen.

Am 20.10.2011 sagte Kollege Jörg noch:

Es ist gerechtfertigt, dass der Studierende vor diesem Hintergrund einen eigenen überschaubaren Beitrag zu seinem Studium leistet.

(Karl Freller (CSU): Haben Sie auch einen eigenen Gedanken in Ihrer Rede?)

Da waren bereits Proteste in vollem Gang, und die CSU war sich noch einig.

Am 22.10.2012 kam der Tag des Kollegen Piazzolo: Der Verfassungsgerichtshof entschied, dass ein Volksbegehren gegen Studiengebühren zugelassen wird. Kollege Jörg sagte noch am 14.11.:

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Studienbeiträge für die Verbesserung der Lehre ein ganz wichtiges Mittel sind.

Dann sagte Charly Freller am 29.01. dieses Jahres:

Ich bin fest davon überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Studiengebühren in Bayern dank der CSU fallen werden.

(Karl Freller (CSU): So ist es!)

Wow! Ich erwarte geradezu, dass wir hier noch ganz viele Koalitionsstreitfälle erleben dürfen, weil dann bei den Menschen draußen endlich Geld ankommt. Hätten Sie die Studiengebühren alleine abgeschafft, hätte das 180 Millionen gekostet. Ihr Koalitionsstreit und Ihr kleingeistiges Gezänke kostet eine Milliarde. Das kommt bei den Menschen draußen an. Darüber freuen wir uns. Ich freue mich auf noch mehr Koalitionsstreitigkeiten.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Weil euch Schuldentilgung nicht in den Sinn kommt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte bleiben Sie noch am Redepult. Kollege Dr. Goppel hat sich für eine

Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Goppel.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Es ist notwendig, daran zu erinnern, dass zum Zeitpunkt der Einführung der Studienbeiträge eine ganze Reihe von Ländern in Deutschland derselben Meinung war wie wir.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr werdet euch doch nicht an anderen Ländern orientieren!
- Harald Güller (SPD): Wenn viele irren, wird das nicht besser!)

- Es ist ganz liebenswürdig, dass Sie dem Zuhören keine Chance geben.

(Unruhe – Zurufe)

- Es hat keinen Sinn. Noch einmal: Damals war eine Mehrheit der Länder, vor allem SPD-regierte Länder, der Meinung, dass man an dieser Stelle tätig werden sollte. Das hat sich in der Zwischenzeit geändert. Sie kassieren über den Länderfinanzausgleich in allen von Ihnen regierten Ländern die Gelder ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist gerechtfertigt, in einer solchen Situation ein Umdenken einzuleiten, weil ich unser Geld lieber meinen Landsleuten gebe als Ihnen in Hamburg oder Berlin.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, wollen Sie darauf antworten? – Sie haben zwei Minuten.

Isabell Zacharias (SPD): Wunderbar, dann kann ich jetzt noch einmal richtig ausholen. Herr Kollege Goppel, ganz ehrlich: Die Argumente werden doch nicht besser. Bayerinnen und Bayern sind auch meine Landsleute; das bitte ich hier einmal festzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten: Sie wollen mir hier doch nicht verkaufen – oder vielleicht doch? -, dass Sie umdenken, weil Sie über den Länderfinanzausgleich oder über die große Finanzpolitik in Deutschland nachdenken. Sie denken doch um, weil Sie im September dieses Jahres hier in Bayern eine Wahl zu bestreiten haben. Sie sind dem Umdenken doch nur anheimgefallen; oh, Sie sind all dem nur anheimgefallen,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist Angst vor den Landsleuten, aber nichts anders!)

weil es sich gar nicht gut anfühlt, im Jahr 2013 vielleicht eine Landtagswahl zu verlieren, weil die Bürgerinnen und Bürger beim Volksentscheid vielleicht eine Abstimmung mit den Füßen machen und sich gegen Sie entscheiden. Deswegen hatten Sie die Hosen voll, wegen nichts anderem.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Es war keine Einsicht der CSU, sondern nur die pure Angst! - Alexander König (CSU): Wer hat hier die Hosen voll?)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Redepult.

(Harald Güller (SPD): Es war eben keine Einsicht der CSU! Es war nur die pure Angst!)

Herr Kollege Rohde, die nächste Zwischenbemerkung. Bitte, Herr Kollege.

Jörg Rohde (FDP): Liebe Frau Kollegin, ich debattiere dieses Thema wirklich sehr gerne und auch immer wieder und intensiv. Ich möchte mir aber von Ihnen gerne die richtigen Argumente vorhalten lassen, deshalb möchte ich Sie einladen, noch einmal zu überdenken, was Sie uns vorwerfen. Ich betrachte das Tilgen von Schulden nicht so richtig als Ausgabe. Sie können das gerne als durchlaufenden Posten oder wie auch immer definieren, eine Milliarde geben wir aber nicht aus. Wenn wir uns vielleicht auf die Hälfte einigen könnten, dann haben Sie immer noch genügend zum Angreifen.

(Beifall bei der FDP - Inge Aures (SPD): Gott, ist das ein Armutszeugnis!)

Isabell Zacharias (SPD): Also Herr Kollege, Ihrem Wortbeitrag kann ich jetzt intellektuell nicht ganz folgen.

(Thomas Hacker (FDP): Schuldentilgung ist doch verständlich!)

- Herr Hacker, wenn Sie mir etwas sagen wollen, dann treten Sie bitte an ein Mikrofon. Gerne widme ich mich Ihnen ganz ausführlich. Erst komme ich aber zu Herrn Kollegen Rohde.

(Zuruf von der FDP: Heiraten wollen Sie aber Herrn Thalhammer, nicht mich!)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Zacharias hat das Wort.

Isabell Zacharias (SPD): Gott, wenn ich alle heiraten würde, die sich hier - - . Nun gut.

(Heiterkeit bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Kollege, am Ende des Tages bleibt für mich übrig, dass die inhaltlichen Argumente, die für oder gegen die Studienbeiträge stehen, nicht Ihre Argumente waren, sondern dass Sie einen Koalitionsstreit brauchten. Sie mussten am Rande eines Tellers stehen, um zu erkennen: Heijejei, da müssen wir umjustieren. Deshalb haben Sie Schuldentilgung und ein Bildungsfinanzierungsgesetz vereinbart. Nur deshalb haben Sie es getan, aber nicht aus innerer Überzeugung. Das finde ich echt mau.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte bleiben Sie noch am Redepult. Herr Kollege Hallitzky, bitte.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Kollegin Zacharias, Sie haben natürlich recht mit Ihrer sehr süffisanten Darbietung dessen, was CSU und FDP verzweifelt versuchen. Die Koalition versucht nämlich verzweifelt, uns hinterherzuspringen, uns GRÜNEN, Roten und FREIEN WÄHLERN, und sie versuchen, dies als eigene Leistung zu verkaufen. Würden Sie Herrn Goppel aber bitte erklären, dass er, wenn er schon gegen den Länderfinanzausgleich klagt, wenigstens den Hauch einer Ahnung davon haben sollte, wie dieser funktioniert.

(Lachen des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erklären Sie ihm bitte, dass sich das Geld, das Bayern in den Länderfinanzausgleich einzahlt, um keinen Cent ändert, egal was Bayern mit dem Geld macht. Ob es damit Studiengebühren abschafft oder verdoppelt, ob es damit Hochschulen finanziert, sich verschuldet oder Schulden zurückzahlt, das ändert die Einzahlung Bayerns in den Länderfinanzausgleich überhaupt nicht. Jemand, der Kläger gegen den Länderfinanzausgleich ist und behauptet, der Länderfinanzausgleich funktioniere nicht, der sollte vielleicht einen Hauch von Ahnung davon haben, was der Länderfinanzausgleich überhaupt ist und wie er funktioniert. Ich bitte Sie deshalb, dies dem geneigten Kollegen Goppel, der schon darauf wartet, zu erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Isabell Zacharias (SPD): Ich danke Herrn Kollegen Hallitzky sehr, der ausgewiesenermaßen ein Finanzexperte der GRÜNEN ist. Ich hoffe aber, dass Herr Goppel, der sich noch im Raum befindet, seinen Ausführungen noch mit offenen Ohren gelauscht hat, so dass ich sie nicht als Zweite überbringen muss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Kollegen Professor Dr. Piazzolo erteilen. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Studiengebühren gehören in Bayern der Vergangenheit an, und das freut mich ganz persönlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Das freut mich, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, das haben wir erreicht. Wir haben das erreicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ohne das Volksbegehren wären die Studiengebühren in Bayern nicht abgeschafft worden.

(Unruhe bei der CSU)

Dazu haben wir sogar noch ein Bildungspaket bekommen, und das freut mich auch, denn auch das haben wir erreicht.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das haben wir erreicht!)

- Das haben auch wir erreicht; denn ohne ein Volksbegehren, Herr Kollege Barfuß, hätte es dieses Bildungspaket garantiert nicht gegeben. Garantiert nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Es ist ein großer Erfolg für die FREIEN WÄHLER, es ist ein großer Erfolg für diese Opposition. Im nahehenden Gehorsam haben Sie das getan, was wir tun wollten, und zwar schon seit vielen Jahren. Ich sage hier ganz deutlich: Noch nie in der Geschichte Bayerns hat eine Opposition die Regierung so vor sich hergetrieben, wie wir das tun. Noch nie in der Geschichte!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU und der FDP)

Energiewende – wir waren früher dran. Donauausbau – wir waren früher dran. Dritte Startbahn – wir waren früher dran. Bildungspaket - wir waren früher dran. Studiengebühren - wir waren früher dran. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da stellt sich manchmal die Frage: Wer regiert hier, und wer ist die Opposition?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dass es so kommen würde, war allen Beteiligten klar. Schon in der ersten Debatte am 25.10.2012 habe ich auf die Zwischenfrage von Herrn Hacker gesagt:

(Thomas Hacker (FDP): Das ist doch das pure Testosteron!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, Sie werden sich diese Studiengebühren abkaufen lassen. Ich habe damals auf den Ladenschluss getippt. Es wurde nun die Bildungspolitik. Ich sage Ihnen ganz deutlich, das ist mir auch viel lieber!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Thomas Hacker (FDP): Warten Sie auf die Koalitionsverhandlungen!)

Ich sage auch ganz deutlich, auch an die Adresse von Frau Kollegin Sandt: Es ist nicht nur die eigene Basis, die vom Umfallen der FDP redet. Wir haben schon immer vom Umfallen geredet. Wer ist in der Geschichte so häufig umgefallen wie Sie? Wenn Umfallen eine Straftat wäre, dann würden Sie von der FDP schon längst hinter Gittern sitzen. Das sage ich hier einmal ganz deutlich.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Sicherungsverwahrung! - Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLER, der SPD und den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Wenn man keine Meinung hat, braucht man sie nicht zu ändern!)

- Herr Hacker, wir haben ein Meinung.

(Thomas Hacker (FDP): Mindestens drei!)

Wir standen für die Abschaffung der Studiengebühren. Sie sind hier umgefallen. Wir stehen für das Sparen. Auch hier greifen Sie in die Rücklagen.

(Unruhe bei der FDP)

Sie haben gesagt: Wir stehen zum Koalitionsvertrag. - Jetzt wird er neu verhandelt. Sie haben gesagt, und das ist das Entscheidende: Wir stehen zum Volksscheid. Ich zitiere nur Sie, Herr Minister. Am 25.10.2012 haben Sie gesagt: Wir Freien Demokraten halten Studienbeiträge für richtig; vor allem meinen wir, dass der Weg der Volksgesetzgebung aus Respekt vor dem Souverän zu Ende gegangen werden muss. - Wo sind Sie ihn zu Ende gegangen? Wir wollten das Volk befragen, auch Sie wollten es.

(Thomas Hacker (FDP): Wollen Sie es jetzt indirekt? Sie wollen es nicht! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wollten es nicht!)

Wo ist die Glaubwürdigkeit geblieben? Ich glaube, Sie haben einen berühmten Satz von Kennedy umgedreht.

(Thomas Hacker (FDP): Was wollt ihr denn? - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie haben den Satz umgewertet. Bei Ihnen heißt es: Frage nicht, was du für das Volk tun kannst, tue, was dir die Macht erhält. - Und so haben Sie das gemacht. Das hat übrigens auch Herr Rösler auf Ihrem Parteitag gesagt. Es sei gut, dass Sie das getan haben, was die Macht erhält.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer ist denn Herr Rösler?)

Wenn das Ihre Position ist, dann Gute Nacht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Thomas Hacker (FDP): Was wollen Sie denn jetzt?)

- Wir wollen jetzt ein Kompensationsgesetz einbringen und geben damit den Gegenbeweis zu dem, was Sie tun. Wir wollen ein Kompensationsgesetz, das dynamisch ist, das den Hochschulen - -

(Thomas Hacker (FDP): Das bringt die SPD ein!)

- Wir bringen es zusammen ein.

(Thomas Hacker (FDP): Die SPD steht aber oben, an erster Stelle!)

Wir wollen ein Gesetz, das den Hochschulen nützt und das mehr Geld bringt, wenn es mehr Studierende werden, also ein dynamisches Kompensationsgesetz. Wir wollen ein Kompensationsgesetz, bei dem die Studierenden mitbestimmen können, so wie bisher. Das nützt den Studierenden nämlich.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Schauen Sie sich dieses Gesetz an. Stimmen Sie ihm zu, dann brauchen Sie kein eigenes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote. Bitte schön, Frau Kollegin. Bitte etwas mehr Ruhe im Haus.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, wir - SPD, FREIE WÄHLER und GRÜNE - bringen heute gemeinsam einen Gesetzentwurf ein, der nach der Abschaffung der Studiengebühren in Bayern, die wir hier Ende April groß feiern werden, die volle Kompensation der

Mittel tatsächlich sicherstellt, und zwar das Studierendenbonusgesetz. Während bei Ihnen nach der Befassung im Kabinett auch heute noch vieles im Nebel bleibt, zeigen wir klar, einfach und für jede Studierende, für jeden Studierenden, für jede Hochschulleitung, für jede Mitarbeiterin und für jeden Mitarbeiter an den Hochschulen nachvollziehbar, wie eine vollständige Kompensation der Mittel in der Praxis aussieht.

(Alexander König (CSU): Aber die berufliche Bildung vergessen!)

So können gemeinsam und rechtzeitig mit der Abstimmung über das Volksbegehren im Landtag die damit verbundene Abschaffung der Studiengebühren und die Kompensation verbindlich beschlossen werden.

Unser Gesetz sieht einen Studierendenbonus von 310 Euro pro Student bzw. Studentin vor. Der Studierendenbonus errechnet sich aus dem Mittel der Einnahmen aus Studiengebühren im Jahr 2012 nach Abzug der Befreiungen. Das ist also exakt der Betrag, der den Hochschulen bisher aus Studiengebühren netto pro Studierenden zur Verfügung stand. Bei wachsenden Studierendenzahlen erhalten die Hochschulen in den Folgejahren entsprechend mehr Geld. Die Studierendenboni sind damit dynamisiert. Geld folgt Studierenden. Wir werden mit Ihnen im Ausschuss gerne darüber diskutieren, ob die 310 Euro ausreichen oder ob wir eventuell noch ein paar Euro drauflegen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Susanna Tausendfreund (GRÜNE))

Gerne werden wir in ein, zwei Jahren schauen, ob die Hochschulen tatsächlich die volle Kompensation haben, und dann eventuell nachsteuern. Auch das ist in unserem Gesetzentwurf schon angelegt.

Wir weisen an dem Punkt noch einmal darauf hin, dass damit die Qualität der Hochschulen für die Zukunft nicht vollständig gesichert ist. Wir werden in der Zukunft eine deutliche Erhöhung der Grundfinanzierung für die Hochschulen brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Studierendenboni sind zudem kapazitätsneutral.

Die Vorteile für die Hochschulen gegenüber Ihrer Gebührenlösung liegen ohnehin auf der Hand: Die Hochschulen haben nicht weniger Geld. Sie haben viel mehr Planungssicherheit als mit den Gebühren. In den letzten drei Jahren haben nämlich die Gebühren für die einzelnen Hochschulen massiv geschwankt, und zwar im Durchschnitt zwischen 281 und 311 Euro. Die Hochschulen wissen also in Zukunft, mit wie viel Geld sie rechnen können.

Zudem haben sie einen deutlich geringeren Verwaltungsaufwand. Es müssen keine Gebühren mehr eingezogen und keine Befreiungen mehr geprüft werden. Es gibt keine Rückzahlungen mehr. Immerhin mussten im letzten Jahr 21 Millionen Euro wieder zurückgezahlt werden. Auch das bedeutete einen Aufwand. Außerdem es gibt keine Rechtsstreitigkeiten mehr. Zudem fällt der Sicherungsfonds weg.

Der Weg zur Kompensation, den wir Ihnen heute hier vorschlagen, ist bereits in Baden-Württemberg erfolgreich erprobt und in Kraft gesetzt, und alle sind zufrieden - so zufrieden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die zuständige grüne Ministerin aktuell vom Deutschen Hochschulverband zur Wissenschaftsministerin des Jahres gekürt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Auszeichnung, die Sie, Herr Heubisch, mit Sicherheit nie erhalten werden.

Schwarz-Gelb hingegen lässt die Hochschulen im Unklaren über die Zukunft. Bisher haben Sie noch keine nachvollziehbare Lösung für die Kompensation auf den Tisch gelegt. Konkrete Versprechungen gibt es von Ihnen nur bis Ende 2014. Was danach kommt, Fragezeichen.

Ich zitiere aus dem heutigen Bericht aus der Kabinettsitzung: Die Entwicklung der Studierendenzahlen wird bei künftigen Haushaltsberatungen berücksichtigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann alles heißen oder auch gar nichts. Damit machen Sie keine Zusagen und geben Sie keine Planungssicherheit. Ich kann mir daher nicht erklären, warum die Hochschulen in Form ihrer Verbände heute bereits darüber jubelt haben. Eigentlich müssten diese Damen und Herren genauer lesen können und auch die Sprache zu deuten wissen.

Ebenfalls bleibt unklar, wie in der Zukunft die Mitbestimmung der Studierenden geregelt wird. Unser Gesetzentwurf legt auch hier klare Regeln zugrunde und ist die klare Alternative.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die Beratung unseres Gesetzentwurfs. Es wird Ihnen schwerfallen, dagegen zu argumentieren. Ich bitte um eine konstruktive Begleitung der Beratung in den Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt darf ich den Kollegen Oliver Jörg das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an der Stelle festhalten, dass es sicherlich gute Gründe gab, die Studienbeiträge einzuführen,

(Harald Güller (SPD): Das steht ja bis heute in eurem Grundsatzprogramm!)

ebenso wie es gute Gründe gibt, die Studienbeiträge abzuschaffen. Lassen Sie mich daran erinnern, wie es 2006/2007 war, als es uns wirtschaftlich nicht so gut ging wie heute. Lassen Sie mich daran erinnern, wie es uns 2006/2007 ging, als wir die Debatten hatten, was mit dem doppelten Abiturjahrgang auf uns zukommt und wie wir all die finanziellen und organisatorischen Herausforderungen bewältigen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer war denn schuld daran, an dem doppelten Abiturjahrgang und dem G 8? - Weitere Zurufe)

Genauso gut gibt es heute gute Gründe dafür, die Studienbeiträge abzuschaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Wahl!)

Herr Kollege Hallitzky, Sie mögen formaljuristisch bewertet recht haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Jörg, einen Augenblick, bitte! Ich kann nur wiederholen: Zwischenrufe, ja, aber bitte keine permanenten Zwischenrufe. Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Mir ist das schon ernst, Herr Kollege. Es geht auch um Stil in diesem Parlament.

(Beifall bei der CSU)

Oliver Jörg (CSU): Danke schön, Frau Präsidentin. – Es wird doch auch Ihnen in Debatten begegnet sein – uns ist es jedenfalls so gegangen –, dass es als ungerecht empfunden wird, wenn es Bayern so gut geht, wir einen ganz erheblichen Beitrag in den Länderfinanzausgleich leisten und dann die Länder, die Empfänger sind, auch noch "Begrüßungsgeld" für Studierende bezahlen.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich ist das, was Sie sagen, formaljuristisch richtig. Aber das ist doch die politische Debatte, die im Land geführt wird.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Jetzt hören Sie doch mit dieser alten Leier auf!)

Jetzt, Herr Kollege, lassen wir das alles weg, genau, wie Sie es sagen.

Freuen wir uns heute doch einmal gemeinsam im gesamten Hohen Haus darüber, dass der Freistaat Bayern im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern, die die Studienbeiträge abgeschafft haben, dies nicht schuldenbasiert machen muss, sondern dass es uns die bayerische Wirtschaft, das bayerische Steueraufkommen und die fleißigen Bürgerinnen und Bürger heute erlauben, dass wir das Studienbeitragsaufkommen zu 100 % kompensieren und finanzieren können. Darauf sollten wir doch mit allen Bürgerinnen und Bürgern in Bayern stolz sein, anstatt uns hier im Kleinklein zu verheddern.

Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zu dem Gesetzentwurf sagen. Es ist richtig, dass die Studienbeiträge und die studentische Mitbestimmung im Hinblick auf die Verwendung der Mittel an unseren bayerischen Hochschulen positive Effekte hatten. Selbstverständlich sollten wir diese studentische Mitbestimmung in dieser Form aufrechterhalten.

Natürlich ist es wünschenswert, den Studierendenbonus zu dynamisieren. Das Kabinett hat es heute entsprechend so formuliert. Der Studierendenbonus beträgt 310 Euro. Wenn ich dem Kabinett Glauben schenken darf - und das tue ich -, dann kommen wir sogar auf 312 Euro.

Jetzt sage ich Ihnen, wo uns Ihr gemeinsamer Gesetzentwurf nicht weiterhilft. Sie monieren, dass wir noch keine Zusage dazu haben, wie sich das alles über viele Haushalte hinweg in Bayern entwickelt. Sie selbst aber haben in Ihrem Gesetzentwurf nicht in einem Satz darauf verwiesen, dass Sie haushalterisch einschlägig handeln müssen. Wo verändern Sie denn den Haushalt? Nicht an einer Stelle ist das hinterlegt. Schauen Sie sich Ihren Gesetzentwurf einmal an!

Noch ein anderer Punkt: Sie müssen in Ihrem Gesetzentwurf schon auch eine Antwort darauf geben, wie es mit dem Sicherungsfonds für diejenigen, die noch abgesichert werden müssen, weitergeht. Sie müssen schon eine Antwort darauf geben, wie die Studienbeitragsdarlehen, die es noch gibt, in Zukunft abgewickelt werden und wie Sie bei den berufs begleitenden Studiengängen die Studienkredite handhaben wollen.

Auch gibt es keine Antwort darauf, wie Sie mit den nicht staatlichen Hochschulen umgehen, die entweder aufgrund des Konkordats oder aufgrund von Artikel 84 Absatz 2 durch den Freistaat kofinanziert werden. Darauf haben Sie keine Antwort.

Ich freue mich auf die Debatte im Hochschulausschuss. Ich denke, dass das bayerische Bildungsförderungsgesetz genau alle diese Fragestellungen behandeln wird. Wenn wir etwas angehen, gehen wir es richtig an, und dann kommt auch etwas Ordentliches dabei heraus.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Kollegen Klein. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir tilgen weitere 480 Millionen Euro.

(Inge Aures (SPD): Wir müssen sie tilgen!)

Wir tilgen insgesamt 1,5 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt, 2,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt. Dadurch unterscheiden wir uns von den Kompensationsmodellen, die Sie auf den Weg gebracht haben; denn all diese werden über Schulden finanziert, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wahren mit unserem Kompromiss die Symmetrie in der Bildungsfinanzierung, indem wir einen Einstieg auch ins kostenfreie zweite Kindergartenjahr zum 1. September 2014 vornehmen, indem wir eine Qualitätsoffensive mit einem Volumen von 150 Millionen Euro im frühkindlichen Bereich auf den Weg gebracht haben und indem wir 1.000 Euro Meisterbonus und Schulgeld zum Beispiel für die Altenpflegeschule auf den Weg gebracht haben. Auch durch diese Qualitätsoffensive unterscheiden wir uns von Ihnen. Sie reden, wir handeln.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU – Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Frau Kollegin Zacharias, lieber Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo, liebe Frau Kollegin Gote, ich kann Ihre Aufregung durchaus nachvollziehen. Ihnen ist mit dem Wochenende ein für Sie vielleicht sehr ergreifendes Thema abhandeln gekommen. Diese Koalition hat eine gemeinsame Regelung für ein Problem gefunden. Ich darf an dieser Stelle für Frau Kollegin Zacharias ein Zitat hinzufügen – es ist

ein Zitat von mir selbst, man soll ja immer sauber zitieren. Am 25. Oktober 2012 habe ich an diesem Pult gesagt, dass am Ende ein Ergebnis stehen wird, das Bayern voranbringen wird. – Das haben wir erreicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo, Sie können mit sehr vielen darüber streiten, wer für die Abschaffung der Studienbeiträge verantwortlich ist. Die Diskussion darüber können Sie gerne führen. Daran werde ich mich nicht beteiligen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Gott sei Dank!)

Fakt ist, dass dieser Kompromiss dieses Land in einem Ausmaß voranbringt, das Sie niemals für möglich gehalten haben und das Sie niemals zustande gebracht hätten.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb kann ich ganz ohne Schaum vor dem Mund auf Ihren Gesetzentwurf eingehen. Frau Zacharias hat diesen Gesetzentwurf ganz umschifft, wahrscheinlich aufgrund seines Inhaltes. Wenn es zur Abschaffung der Studienbeiträge kommen sollte, stehen für uns zuallererst vier Punkte im Vordergrund. Dazu gehört die volle Kompensation der Studienbeiträge; die Qualität der Studien- und Lehrbedingungen an den Hochschulen soll erhalten werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Unsere Forderung!)

Das sind wir auch unserem hervorragend arbeitenden Wissenschaftsminister Dr. Wolfgang Heubisch schuldig.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wo ist dann sein Vorschlag? Wo denn?)

Zweitens fordern wir eine Dynamisierung. Drittens soll die Mitbestimmung erhalten werden. – Im Übrigen, Frau Kollegin Gote, ich kann in Ihrem Gesetzentwurf keine besondere Tiefe erkennen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Da ist alles geregelt!)

Sie verlangen, dass die paritätische Beteiligung erhalten bleibt, dass die Kommissionen fortgeführt werden, die es jetzt schon gibt

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie kennen das alles nicht!)

- doch, ich kenne Ihren Gesetzentwurf –, und als Drittes verlangen Sie: Falls die Gelder an die einzelnen Fachschaften weitergegeben werden, soll dort auch entschieden werden. Herzlichen Glückwunsch, das ist doch jetzt schon geregelt. Da können Sie doch nicht so tun, als wenn Sie einen ausgereiften Vorschlag auf den Tisch gelegt hätten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Bei Ihnen ist noch gar nichts geregelt! Wo ist denn der Gesetzentwurf?)

- Ihre Aufgeregtheit untermauert das noch einmal. – Als Viertes werden wir ganz natürlich eine gesetzliche Grundlage folgen lassen. Auch das ist schon heute in dem Beschluss enthalten: Es wird eine gesetzliche Grundlage für die Kompensation in mittel- und langfristiger Sicht geben. Vielleicht haben Sie das heute falsch verstanden, nun habe ich es richtig gestellt.

Für Bayern gilt genauso wie für Baden-Württemberg, dass wir im Nachtragshaushalt die Mittel für diesen Haushalt einstellen werden und nicht die Mittel für die Folgehaushalte, was ja nicht möglich ist. Das ganze Konzept ist durchfinanziert, es ist nachhaltig, es ist im Sinne der Generationengerechtigkeit, und es ist solide. Wir freuen uns sicher auf die Diskussionen in den Ausschüssen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon voraussagen, dass Ihr Gesetzentwurf bis zu seiner Endbehandlung obsolet sein wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes (Drs. 16/15035) - Zweite Lesung -

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/15035 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes auf Drucksache 16/15850 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen

und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass im Einleitungssatz die Wörter "§ 2 des Gesetzes vom 30. März 2010 (GVBl S. 122)" durch die Wörter "Art. 9 des Gesetzes vom 18. Dezember 2012 (GVBl S. 686)" ersetzt werden. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Es gibt keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Zeigen die Kollegen da hinten Gegenstimmen an? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Es gibt keine. Dann ist es so beschlossen. Das Gesetz ist angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes".

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Es gibt keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Es gibt auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich bedanke mich und darf für heute die Sitzung schließen.

(Schluss: 20.09 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Januar 2013 (Vf. 10-VII-12, Vf. 11-VII-12, Vf. 12-VII-12, Vf. 14-VII-12, Vf. 19-VII-12) betreffend
 Popularklagen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 9 und 11 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland vom 20. Dezember 2007, geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2012 (GVBl S. 270) - erneute Behandlung -
 P II/G-1310/12.9
 Drs. 16/15845 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich weiterhin am Verfahren.
 II. Der Antrag ist unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Claudia Jung u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Verlängerung des Unterhaltsvorschlusses
 Drs. 16/14279, 16/15619 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

3. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU, Brigitte Meyer, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Verfahren bei Sorgerechts- und Umgangsfällen
Drs. 16/14515, 16/15743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Invest in Bavaria
Drs. 16/14561, 16/15811 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Ausländerbehörden als Visitenkarten Bayerns
Drs. 16/14908, 16/15759 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ulrike Gote, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung von Hygienekontrollergebnissen endlich umsetzen!
Drs. 16/15003, 16/15438 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Harald Schneider, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte
hier: Landeslagebild Freistaat Bayern 2011
Drs. 16/15005, 16/15480 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak u.a. SPD
BOS-Digitalfunk
hier: Bericht über die Verhandlungen zwischen Kommunalen Spitzenverbänden, Landesfeuerwehrverband, Hilfsorganisationen und Sozialversicherungsträgern mit dem Freistaat
Drs. 16/15006, 16/15481 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Situation der Krankenhaushygiene und Erfahrungen und Nachbesserungsbedarf der bayerischen Hygieneverordnung
Drs. 16/15013, 16/15820 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

10. Antrag des Abgeordneten Alexander König CSU, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer, Jörg Rohde u.a. und Fraktion (FDP)
e-Books an bayerischen Schulen
Drs. 16/15064, 16/15799 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Strengere Regulierung und höhere Transparenz (außer)börslicher Geschäfte
Drs. 16/15143, 16/15814 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Jörg Rohde, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP),
Dr. Florian Herrmann, Angelika Schorer, Alexander König u.a. CSU
Bericht über Evaluationen zur Einführung der Doppik
Drs. 16/15147, 16/15562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

13. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg u.a. CSU,
Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Gleichwertige Unterstützung des Innovationspotenzials in ganz Bayern
Drs. 16/15215, 16/15658 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Entsorgung mit krebserregenden Stoffen kontaminierter Abfälle durch die Fa. TechnoSan auf mehreren Deponien in Bayern
Drs. 16/15270, 16/15821 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler, Alexander König u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dietrich Freiherr von Gumpenberg und Fraktion (FDP)
Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe KOM(2013) 18 endg.
(BR-Drs. 48/13)
Drs. 16/15798, 16/15830 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Datenschutz an Schulen
Drs. 16/12650, 16/15652

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat